

Nr. 14

2. - 8. April 1990

BRD 2,- DM
Österreich 10,- ÖS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2,- DM

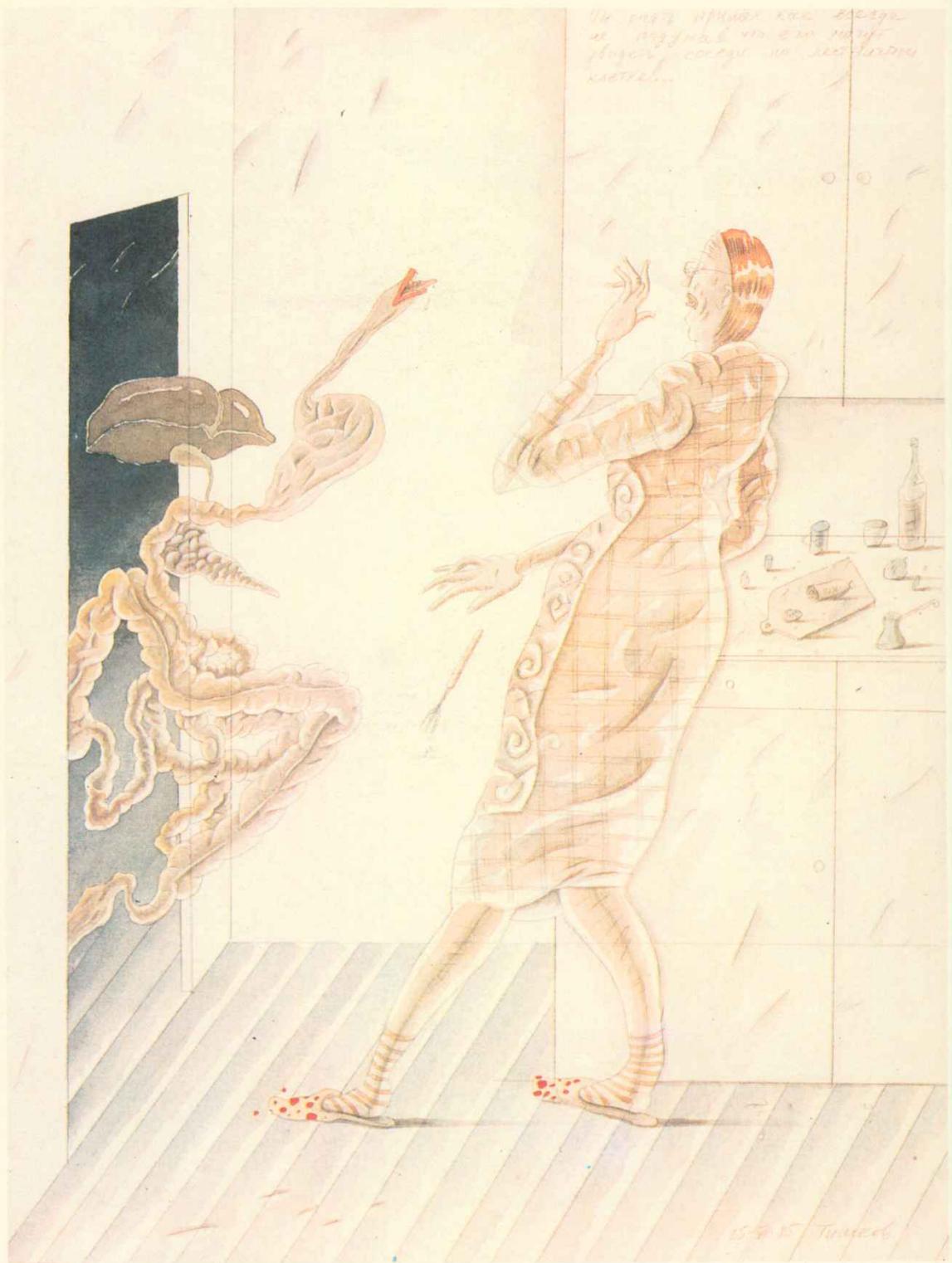
MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

Dissident.
Politischer Häftling.
Parlamentarier

Mit dem
Kreuz gegen
Drogenmißbrauch





Er ist wieder da...

Zeichnung: Leonid Tischkow

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4)

UdSSR V. Schejinis ZU VEREINBARENDEN SPIELREGELN	5
L. Mletschin ERNEUERUNG IN DER KPdSU	6
N. Andrejew DAS SCHWERE LOS DER OPPONENTEN	8
UdSSR – VR CHINA Wang Renzhi DYNAMIK DES DIALOGS	9
SÜDLICHES AFRIKA	
G. Sidorowa, N. Reschetnjak HUNDERT JAHRE UND 16 MINUTEN	10
DEUTSCHLAND N. Sholkwer, „SOZIALISMUS IM SANATORIUM“	12
M. Podwigin OHNE REGIERUNG	12
TSCHECHOSLOWAKEI K. Kostenko WELCHE FARBE	
HAT DER SAMT?	14



Namibia wird
unabhängig
S.10

Unter Waffen
leiden alle
S.20



NZ-STANDPUNKT M. Schakina TRAGÖDIE IN TARGU-MURES	17
GROSSBRITANNIEN D. Woskobojnikow DER GAST	
AUF DER SCHWELLE	18
„WORLD PAPER“ IN DER NZ KEIN FEIND – KEINE WAFFEN	20
NZ-STANDPUNKT W. Tschirkow DER DORNENREICHE	
WEG ZUR DEMOKRATIE	24
EXKLUSIV FÜR DIE NZ	
M. Vargas Llosa UNTERWEGS ZUM VOLKSUNTERNEHMERTUM	25
FRAUEN-LOGIK T. Iwanowa BÜRGER PRÄSIDENT	27
BÜRGERINITIATIVEN O. Janizki GEBURT EINER NEUEN KRAFT	28
MENSCHENRECHTE SERGEJ KOWALJOWS „WEISSBUCH“	31

BARMHERZIGKEIT A. Poljuchow	
CHRISTUS CONTRA DROGE	34
I. Lagunina ALLE ZUM KAMPF!!	36
KULTUR V. Boshowitzch UM DEN „GOLDENEN BÄREN“?	38
HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT P. Struwe INTELLIGENZ	
UND REVOLUTION	40
BESONDERE VORKOMMENISSE B. Balkarej, A. Guber ANT-GATE?	44
L. Ionin DREI IN EINER EPISODE	47
STANDPUNKT DES JURISTEN J. Feofanow	
ZUR NACHERMITTLUNG ZURÜCK	48



Aufzeichnungen aus
einer Prager Bierkneipe
S.14

Titelbild: Wladimir Ptschjolkin

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Tschechisch und Griechisch • Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO

Redaktionskollegium:

Leonid ABRAMOW,

Lew BESYMENSKI,

Alexej BUKALOW

(verantwortl. Sekretär),

Alexander DIDUSSENKO,

Vitali GANJUSCHKIN

(stellv.

Chefredakteur),

Sergej GOLJAKOW,

Wladimir

KULISTIKOW

(stellv. Chefredakteur),

Leonid MLETSCHIN,

Dmitri POGORSHELSKI,

Alexander PUMPJANSKI

(1. stellv.

Chefredakteur),

Galina SIDOROWA,

Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur

der deutschen Ausgabe:

Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier

Michail CHROBOSTOW;

Belgrad

Gennadi SYSSOJEW;

Berlin

Michail PODWIGIN;

Bonn

Nikita SHOKWER;

Bukarest

Sergej SWIRIN;

Delhi

Sergej IRODOW;

Havanna

Vitali SOBOLEV;

Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Prag

Kim KOSTENKO;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW;

Warschau

Rudolf BORECKI

WIEN

Anatoli KOWRIGIN

Auslandsredaktionen:

Prag, „Nova doba“

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Keri“

Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

„Handschriften brennen nicht“

■ Mit großem Interesse lese ich die Beiträge in Ihrer neuen Rubrik. Besonders beeindruckt hat mich das Werk von Rosa Luxemburg „Diktatur und Demokratie“. Ich denke, daß wir, wenn wir die Wahrheit über Rosa Luxemburg aussprechen, auch die Wahrheit über andere Revolutionäre nicht verschweigen sollten, so auch über Lenin. Seine „Bemerkungen eines Publizisten“, 1922 geschrieben, sind erst nach seinem Tod erschienen. Er konnte den Beitrag nicht mehr vollenden. Im Manuskript gibt

es Pläne für nichtgeschriebene Kapitel. Darunter finden sich Thesen über die Legalisierung der Partei der Menschewiki, die Zusammenarbeit mit Anarchisten und Sozialrevolutionären, Lenin hat sich offenbar ernsthaft Gedanken über die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems gemacht, da er begriffen hatte, daß es ohne dieses System keine wahre Demokratie geben kann, daß ein ernster Fehler begangen worden war. Und nur sein Tod hinderte ihn, diese Pläne zu verwirklichen...

W. Chatschaturow
Krasnodar, RSFSR

„Moskauer Adelsversammlung“

(NZ 9/90)

■ Bei uns wurde also eine Gesellschaft reinblütiger Adliger gegründet! Als mir meine Großmutter vor langer Zeit einmal erzählte, wir würden von Adligen abstammen, dazu noch aus einem alten Geschlecht, war das für mich fast der größte Kummer meiner Kindheit. Ich erinnere mich ganz genau, wie ich, ein elfjähriger Pionier, bitter weinte und allen aus dem Weg ging, so schämte ich mich. Nun bemühen wir uns, unsere Vergangenheit, uns selbst zu erkennen. Wir wollen wissen, wer unsere Vorfahren waren, und bekommen

„Reformer und Konservative“

(NZ 10/90)

■ Den Prozeß der Reformen kann man nicht aus seinem sozial-kulturellen Umfeld herauslösen, in dem er erfolgt. Das Bewußtsein der Menschen ist in gewisser Hinsicht in der Lage, sich innerhalb weniger Monate zügig zu wandeln, in anderen Fällen ist es unwahrscheinlich konservativ. Die Ergebnisse unserer Untersuchungen zeigen, daß das ökonomische Bewußtsein besonders konservativ ist.

Schon im Sommer 1989 hat sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung für solche Attribute des politischen Radikalismus ausgesprochen wie Mehrparteiensystem, freier Austritt von Republiken aus der Union, Übergabe der Macht durch die Partei an das Parlament usw. Diese Einstellung hat sich zum Jahresende noch verstärkt. In Moskau traten drei Viertel der Befragten für die Einführung des Mehrparteiensystems ein. Privateigentum an Betrieben stimmten 54 %, an Boden sogar 70 % zu. Offensichtlich sehen die meisten die letztgenannte Forderung hauptsächlich als politische an. Was die Einstellung zu den heutigen ökonomischen Realien betrifft, so ist diese schon viel strenger. Die Tätigkeit der Genossenschaftler, die nur von 30 % der Moskauer gebilligt wird, löst große Unzufriedenheit aus. Noch geringer ist der Anteil derer, die selbst gern im genossenschaftlichen Sektor arbeiten würden – nur 22 %. Warum aber schreckt sie dann nicht das Privateigentum ab?

Die registrierten Kandidaten für verschiedene Ebenen der Sowjets sind in der Regel Leute, die bereit sind, die Verantwortung für staatliche Beschlüsse zu tragen (Im Januar 1990 wurden 500 Kandidaten befragt). Nach den Antworten zu urteilen, sind nicht wenige Radikale unter ihnen. Was jedoch ihre Äußerungen zur Wirtschaftsreform betrifft...

Der Vorschlag, für alle Waren Marktpreise einzuführen, trifft auf Ablehnung (unter Berücksichtigung ausweichender Antworten: 48 % dagegen, 33 % dafür). Die alternative Idee einer strengen Verteilung der Waren auf Marken findet dagegen eine größere Unterstützung (45 % dafür, 41 % dagegen). Von den beiden Übeln, Inflation und Defizit, wird das zweite, bekanntere gewählt,

obwohl es, vom Standpunkt des allgemeinen Verlaufs der Wirtschaftsreform betrachtet, keine Zukunft hat.

Scheinbar paßt die Idee, „überschüssige“ Ersparnisse der Bevölkerung zugunsten des Staates einzuziehen, die von der Vereinigten Front der Werktätigen vertreten wird, überhaupt nicht zu unseren Vorstellungen vom linken Radikalismus. Dennoch wird sie von den meisten Volksvertretern begrüßt (46 % dafür, 41 % dagegen).

Es ist klar, daß die Erfolge der politischen Reformen und die linksradikale Euphorie nicht über den tatsächlichen Stand unserer Bereitschaft zu ökonomischen Reformen hinwegtäuschen dürfen.

In der Gesellschaft macht sich seit dem Herbst 1989, im Deputiertencorps seit Anfang 1990, eine äußerst pessimistische Haltung gegenüber den künftigen Reformen breit. Nur 9 % der befragten Deputierten meinten, es sei „alles in Ordnung“. In der KPdSU liegt der Anteil der Optimisten bei 16 %. Die meisten Befragten (61 %) meinten jedoch, die Reformen hätten noch gar nicht begonnen, es habe sich noch nichts ernsthaft geändert. Fast ein Viertel äußerte sich dahingehend, die Reformen seien mißlungen und unsägliche Zeiten bevor. Diese Meinung ist besonders häufig (35 %) unter den „Westlern“ und linken Radikalen anzutreffen.

Die Führer und Ideologen der Reformen sollen die unreflektierte Bevölkerungsmehrheit nicht zu ernst nehmen, besonders wenn sie die „große“ Politik betrifft. Man muß allerdings exakt den Punkt fixieren, an dem linksliberale Gespräche in konservative Klischees des ökonomischen Verhaltens umschlagen.

Dr. rer. oec. L. Bysow
Zentrum für angewandte soziologische Untersuchungen der freiwilligen Gesellschaft „Nauka“

VON DER REDAKTION: In Heft 11/90 ist eine Ungenauigkeit passiert. Die Umfrage „Kandidaten: Wer ist wer?“ wurde vom Zentrum für angewandte soziologische Untersuchungen der freiwilligen Gesellschaft „Nauka“ (L. Bysow, G. Gurewitsch) durchgeführt.

Lenin und das Mehrparteiensystem

Was fangen wir mit den Kurilen an?

„Wremja“ statt „7 Tage“

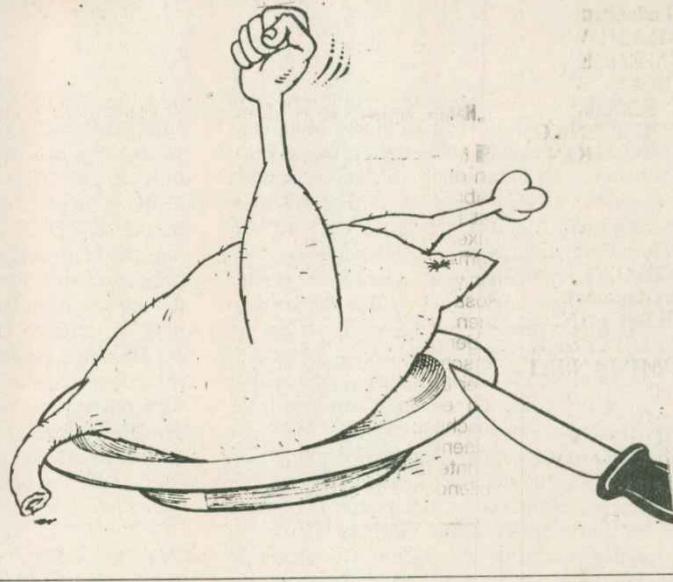
die Mängelhaftigkeit unserer Kenntnisse zu spüren. Meine selige Großmutter sagte, unser Name sei im Sechsten Adelsbuch des Simbirsker Gouvernements verzeichnet. Ich würde viel darum geben, einmal einen Blick in dieses Buch zu werfen.

Ich hoffe sehr, daß sich unter den Mitstreitern von Valentina Orlowa-Korsun auch Historiker und Archivare befinden, die das Geheimnis unserer Vergangenheit lüften und uns erkennen helfen, von wem wir abstammen und mit wem wir verwandt sind.

Juri Sabusow
Kasan, Tatarische SSR

„Die Last der Vergangenheit überwinden“ (NZ 6/90)

■ In diesem Beitrag über die Reise von Boris Jelzyn nach Japan sind konstruktive Vorschläge zur Erweiterung der Kontakte zwischen unseren Ländern dargelegt. Warum sollte man nicht für die Japaner eine freie Wirtschaftszone auf den Inseln der Kurilen-Kette eröffnen? Wir haben doch auch so schon genug zu tun! Wir



Zeichnung: Ildus Asimow

geben offen die Rückständigkeit der östlichen Regionen zu, sind aber selbst kaum in der Lage, in nächster Zeit irgend etwas zu verändern. Falls wir tatsächlich grundlegende Veränderungen in nächster Zukunft anstreben, wäre unter diesen Bedingungen der Verzicht auf die Hilfe nahegelegener hochentwickelter Industriestaaten ein unverzeihlicher Fehler. Außerdem wäre die freie Wirtschaftszone eine gute Schule der Wirtschaftsführung, eine Zone gegenseitiger Kontakte.

Natürlich muß man eine ausgewogene Entscheidung treffen. Was das Lied betrifft, „Von unserem Land geben wir nichts her“, so sehe ich darin ein Symbol imperialer Ambitionen. Man muß nicht alten Müll in das neue Haus schleppen, das wir jetzt bauen.

A. Krasnow
Kirow, RSFSR

„Macht und Medien“ (NZ 9/90)

■ Mir hat es gefallen, wie Sie für die von rechts angegriffenen

Medien Partei ergriffen haben. Hoffentlich kommen Sie nicht auch einmal in diese Lage... Der März hat uns allerdings wieder schlechte Nachrichten von der, wie man früher sagte, ideologischen Front gebracht. Am 17. März hatte ein verantwortlicher Mitarbeiter des Fernsehens noch erklärt, am 18. März werde die Wochenschau „7 Tage“ wie gewohnt um 21.00 Uhr ausgestrahlt. In dem Beitrag ging es lediglich darum, ob diese Sendung früher oder später gezeigt werden sollte. Und mit welchem Ergebnis? Sie wurde ganz weg gelassen! Am vergangenen Sonntag bekamen wir wieder die gute alte Nachrichtensendung „Wremja“ vorgesetzt!

Welchen Grund gab es dafür? Als das mit der Jugendsendung „Wsglijad“ passierte, konnte man sich noch einen Reim darauf machen. Aber bei den „7 Tagen“? Das Programm war gerade dabei, seinen eigenen Stil zu suchen, intelligenter, tiefgründiger, persönlicher. Mir gefiel, wie Tichomirow die Sendung moderierte. Ihm gelang das, aber bald darauf war er nicht mehr auf dem Bildschirm zu sehen... Hat das vielleicht die gleichen Gründe wie das Wegfallen der Sonntagssendung? Warum muß ich als Zuschauer, d. h. als Hauptperson, von der es eigentlich abhängen müßte, ob eine Sendung gezeigt wird oder nicht, raten, was passiert ist? Warum hält es wieder keiner für nötig, etwas zu erklären?

L. Lisjutkina

Moskau

Zusammengestellt von T. Tschernewa

An das Redaktionskollegium der NZ

■ Die Botschaft des Staates Palästina in der UdSSR bringt Ihnen ihre Hochachtung zum Ausdruck und hat die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir die Veröffentlichungen Ihrer Zeitschrift zu Problemen des arabisch-israelischen Konfliktes insgesamt, besonders aber zur Palästina-Frage.

Im Zusammenhang damit lenkte der in Heft 11/90 auf Seite 26 veröffentlichte Beitrag unter der Überschrift „Sorgen um „Alia““ mit der Zwischenüberschrift „Meinung der PLO“ unsere Aufmerksamkeit auf sich.

Es ist nur natürlich, daß auf den Seiten Ihrer Zeitschrift jede beliebige Meinung zu jedem beliebigen Problem geäußert werden kann. Jedoch die Meinung der PLO können nur deren Führer oder offizielle Persönlichkeiten äußern, die dazu bevollmächtigt sind.

Leider sind wir ebenfalls gezwungen zu unterstreichen, daß der Standpunkt des Botschafters des Staates Palästina in der UdSSR zu dieser Frage wie „nebenbei“ abgedruckt wurde. Ihnen dürfte jedoch bekannt sein, daß nur er oder ein von ihm dazu beauftragter Mitarbeiter der Botschaft das Recht

hat, einen offiziellen Standpunkt in der Sowjetunion zu äußern.

Dennoch möchte ich feststellen, daß der Beitrag des palästinensischen Publizisten, würde er nicht unter der Überschrift „Meinung der PLO“ stehen, durchaus eine Daseinsberechtigung hat. So würde der Autor seiner Meinung keinen offiziellen Anstrich verleihen. Wir möchten ebenfalls mitteilen, daß Rami Shaer in keinerlei Beziehung zur PLO steht.

Wir hoffen auch darauf, im nächsten Heft eine Erklärung zu finden.

Wir möchten außerdem die Möglichkeit nutzen, Sie unserer Hochachtung zu versichern.

Said Abu Imara

Bevollmächtigter Minister der Botschaft des Staates Palästina in der UdSSR

VON DER REDAKTION: Die Position des Redaktionskollegiums besteht darin, daß die in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Artikel den Standpunkt ihrer Autoren zum Ausdruck bringen. Die von der Redaktion im Einleitungsteil zugelassene Ungenauigkeit, Rami Shaer würde die offizielle Meinung der PLO zum Ausdruck bringen, beruht auf der Tatsache, daß Rami Shaer vier Jahre lang die PLO-Vertretung in der Sowjetunion geleitet hat.

MEINUNG
EDWARD KENNEDY

EDWARD KENNEDY,
Senator,
Vorsitzender
des Senatsaus-
schusses
für Arbeit und
Arbeitskräfte
des US-
Kongresses

Ich hatte viele Begegnungen in Ihrem Land und die Möglichkeit zu einem Meinungsaustausch mit Menschen auf verschiedenen Ebenen. Ich habe einen solchen Austausch stets sehr geschätzt und für nützlich erachtet. Anderthalb Stunden lang sprach ich mit Präsident Gorbatschow. Wir befaßten uns vor allem mit den radikalen Veränderungen in der Sowjetunion, bedingt durch die Perestroika. Vor allem sprachen wir über die Lage in Litauen. Ich brachte die Besorgnis der Amerikaner und von Präsident Bush persönlich über den akuten Charakter der Lage zum Ausdruck sowie ihren Wunsch, daß sie eine friedliche Lösung finden möge. Die Anwendung von Gewalt könnte die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen stören, zurückwerfen. Daraufhin versicherte mir Präsident Gorbatschow, er sei für eine friedliche Lösung, und Gewalt werde in Litauen nicht angewandt, wenn keine Gefahr für Menschenleben entsteht.

Michail Gorbatschows Streben nach Frieden und Dialog brachte ihm weltweit Anerkennung ein – und das nicht nur bei den Staatsmännern, sondern auch bei den einfachen Menschen. Ich habe Ihr Land bereits dreimal besucht – 1974, 1978 und 1986. Alles hat sich seitdem entscheidend verändert. Damals waren das Fehlen eines Dialogs, Argwohn, Mißtrauen und Feindseligkeit deutlich zu spüren. Jetzt wird ein Dialog zwischen unseren Ländern geführt, und wir sehen immer Fortschritte in Bereichen wie der Rüstungskontrolle. Wir erleben ein Anwachsen des Vertrauens und der Kontakte in den verschiedensten Bereichen. Kurz gesagt, es gibt eine breite Grundlage für gegenseitiges Verständnis und für Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen, für eine Zusammenarbeit, die die Lebensqualität in beiden Staaten verbessern und der ganzen Welt mehr Sicherheit geben kann. Man möchte hoffen, daß diese Möglichkeiten nicht ungenutzt bleiben.



**ANDRZEJ STELMA-
CHOWSKI,**
Präsident des
Senats
der
Republik Polen

Einer der wichtigsten Punkte, die wir bei den Begegnungen mit der sowjetischen Führung erörterten, war die Frage der Vereinigung Deutschlands. Wir erreichten volles Einvernehmen: Das europäische Gleichgewicht darf nicht gestört werden. Doch ich wäre nicht ganz aufrichtig, wenn ich nicht sagen würde, das es unterschiedliche taktische Haltungen gibt. Die sowjetische Seite ist der Meinung, ein vereintes Deutschland müsse neutral sein. Wir aber hegen Befürchtungen, daß Deutschland, wenn es keinem der internationalen Bündnisse angehört, so allein recht gefährlich werden könnte.

Man darf auch die militärisch-politische

Bedeutung der NATO als reales Element des europäischen Gleichgewichts nicht vergessen. Auch sollte man sich daran erinnern, daß in Europa auf BRD-Territorium ausländische Truppen stehen. Es darf auch nicht zugelassen werden, daß die Bundeswehr auf dem Territorium der heutigen DDR, d. h. östlich der Elbe, stationiert wird. Ich meine, sowjetische Soldaten müssen noch lange Zeit auf dem Territorium der jetzigen DDR präsent sein. Ich bin der Meinung, das sich beide Blöcke in Zukunft verändern und ihren militärischen Charakter verlieren werden, wobei der politische Aspekt der Blöcke stärker wird. Solange das nicht geschieht, müssen die Truppen der USA wie der UdSSR dort bleiben, wo sie sich gegenwärtig befinden.

Ich halte die Idee für sehr wichtig, den Sieger des nationalen Wettbewerbs der Lehrer der Grund- und Mittelschulen der USA, der bei uns bereits zum 38. Mal durchgeführt wurde, in die UdSSR einzuladen. In der Sowjetunion soll ein ähnlicher Wettbewerb organisiert werden, wonach unsere Länder ihre besten Lehrer werden austauschen können. Ich werde viele Eindrücke von Begegnungen mit sowjetischen Pädagogen, von dem, was ich in der Sowjetunion gesehen habe, in die USA mitnehmen. Mein Herz ist voll neuer Gefühle, die ich den Amerikanern vermitteln möchte.

Die amerikanischen Pädagogen und, wie mir klar wurde, auch die sowjetischen Lehrer machen sich Sorgen darüber, wie die Kinder, denen das 21. Jahrhundert gehört, sein werden. Die einen wie die anderen sind besorgt über das nachlassende Interesse der Schüler an der Geschichte der Zivilisation und der Kultur, darüber, daß den Kindern die Lust am Lernen vergeht. Die Lehrer in den USA und in der UdSSR meinen, daß es an den Schulen an modernen technischen Anlagen mangelt, die nötig sind, damit sich die Schüler sowohl am Ende dieses Jahrhunderts als auch zu Beginn des kommenden Jahrhunderts gut auf das Leben vorbereitet fühlen können. Die amerikanischen Lehrer sind besorgt über die Disziplin an den Schulen. Die sowjetischen Pädagogen sind, soweit ich das beobachten konnte, unzufrieden, wie sich der Prozeß der Herausbildung der Beziehungen zwischen Lehrer und Schüler vollzieht. Uns alle bewegt, daß unsere Schüler nicht so gut sind, wie wir das möchten. Wir stimmten mit den sowjetischen Lehrern darin überein, daß wir eine gemeinsame Aufgabe haben – zu erreichen, daß die jetzige Generation besser wird als die vorhergehende.



MARY BICOUVARIS,
beste
Lehrerin
des Jahres
in den USA

Die Reformer

Der Erfolg der demokratischen Kandidaten bei den Republikwahlen, die Aktionen der Opposition im Unionsparlament, der in der KPdSU eingeleitete Prozeß der Erneuerung, die Herausbildung eines Mehrparteiensystems in unserer Gesellschaft und die Schaffung neuer Institute der Staatsmacht – all das verändert die politischen Realitäten im Land.

Welche Aussichten bieten sich unseren Reformern?

Zu vereinbarenden Spielregeln

Dr. rer. oec. habil. Viktor Schejnis, Volksdeputierter der RSFSR, präsentiert seine Überlegungen zu den Aussichten der neu gewählten Parlamente der Unionsrepubliken

Die jüngsten Wahlen waren von überaus großer Bedeutung für unser politisches Leben, obwohl sie weniger Aufmerksamkeit bei Presse und Öffentlichkeit auf sich zogen als die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR vor einem Jahr. Vor allem widerspiegeln die Wahlen den realen politischen Prozeß der Verlagerung der Macht vom Zentrum in die einzelnen Republiken. 15 Parlamente von Unionsrepubliken entstanden – nicht einfach Sprachrohr Moskaus, wie das früher der Fall war, sondern Organe, die die Souveränität der Republiken mit Leben erfüllen. Der einheitlich strukturierte Staat fällt auseinander, und in welcher Form er weiterbestehen wird – als Föderation, Konföderation oder Staatengemeinschaft –, darüber hat jetzt schon nicht das Zentrum zu entscheiden...

Die Wahlen 1990 boten eher echte Alternativen und waren die ersten, die unter den Bedingungen eines sich real herausbildenden Mehrparteiensystems erfolgten. Während 1989 der Kampf zwischen einzelnen Personen geführt wurde, so heute zwischen politischen Positionen, von denen es vereinfacht drei gibt: der Block der „gesellschaftlich-patriotischen“ Bewegungen, der Block „Demokratisches Rußland“ und die „offizielle“ Plattform. Das politische Gesicht der ersten beiden Vereinigungen ist deutlich genug. In vielen Positionen gehen ihre Aussichten in verschiedene Richtungen.

Der Block der „gesellschaftlich-patriotischen“ Bewegungen wurde auch von der Vereinigten Front der Werktätigen unterstützt; das „Demokratische Rußland“ wurde mit der interregionalen Abgeordnetengruppe des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR und mit der Demokratischen Plattform in der KPdSU assoziiert. Die „offizielle“ Plattform war ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Strömungen in der Partei, und deshalb enthielt sie eine Reihe widersprüchlicher, ja sogar sinn-

loser Thesen wie die einer „Plan-Marktwirtschaft“. Obwohl viele ihrer Punkte durchaus annehmbar sind, beunruhigte eine gewisse Unbestimmtheit und Verschwommenheit, die nichtsdestoweniger einen recht großen Teil der Wähler, die Angst vor den „Extremen“ bekommen hatten, für sich gewinnen konnte. Dieses Programm hatte die uneingeschränkte Unterstützung des Apparats, der zentralen Publikationen und fast der gesamten örtlichen Presse.

Die Ergebnisse der Wahlen erlaubten die Feststellung, daß die nationalen Bewegungen – dort, wo sie eine demokratische und (oder) antiimperiale Richtung annahmen – einen großen Erfolg errangen.

Vertreter des Blocks „Demokratisches Rußland“ siegten in den großen Industriestädten sowohl bei den Wahlen der Deputierten der RSFSR als auch bei den Wahlen zu den örtlichen Sowjets. Vitali Worotnikow sagte in einem Interview, daß die Vertreter des „Demokratischen Rußland“ nur 20 bis 23% der Mandate, dank den Deputierten der Großstädte, errangen. Wenn dem so ist, dann meine ich, sollte man sich an Lenins Worte erinnern, daß es das Wichtigste ist, die großen Industriezentren unter Kontrolle zu nehmen...

Doch dabei muß man sich auch dessen bewußt sein, daß sich mit zunehmender Entfernung von der Hauptstadt in Rußlands Weiten, im Süden und im Osten, das Bild ändert – dort sind die Positionen des „Demokratischen Rußland“ viel schwächer. In einer ähnlichen Lage sind die demokratischen Kräfte auch in der Ukraine und besonders in Belorussland.

Eine weitere Besonderheit der jetzigen Wahlen, die sich auf die Abstimmungsergebnisse auswirkte: Der Apparat, der bei den Wahlen vom Vorjahr eine vernichtende Niederlage erlitt, hatte sich diesmal gründlich vorbereitet. Zwei Methoden, die der Apparat immer wieder im Wahlkampf anwandte, seien besonders genannt.

Ein Großteil der örtlichen Spitzenfunktionäre verzichtete auf eine Nominierung zu den Republik- und den örtlichen Sowjets, wodurch sie auch die Möglichkeit vergaben, die entsprechende Legislative zu leiten, und zogen es vor, nur Deputierte der UdSSR zu bleiben.

Andere, höchste, Partei- und Staatsfunktionäre suchten sich „zuverlässige“ ländliche Wahlkreise ohne oder nur mit schwachen Gegenkandidaten.

Unter welchen Bedingungen werden die Republikparlamente, insbesondere das Parlament der RSFSR, ihre Arbeit aufnehmen? Unter den Bedingungen einer Verschärfung der wirtschaftlichen, sozialen und Nationalitätenprobleme. Eine klare Mehrheit im Parlament der RSFSR ist nicht gegeben, und deshalb werden die Demokraten wie die Konservativen an die unabhängigen Abgeordneten appellieren.

Das Parlament der RSFSR wird die ersten Schritte angesichts einer Vertrauenskrise nicht nur zur Partei- und Staatsführung, sondern auch zur repräsentativen Demokratie überhaupt tun. Das verdeutlicht die Wahlbeteiligung: Verglichen mit dem Vorjahr hat sie in der RSFSR im ersten Wahlgang um 12% abgenommen. „Quatschbude“ – eine solche Meinung vom Obersten Sowjet der UdSSR widerspiegelt ein Phänomen des Massenbewußtseins. Mit ihm muß man rechnen. Deshalb verfalle ich beim Sieg der demokratischen Kräfte in den Hauptstädten der Unionsrepubliken und in den großen Industriezentren nicht in Euphorie – Wählersympathien sind unbeständig, sie kann man leicht wieder verlieren.

Die wirtschaftliche und soziale Situation muß dringend verbessert werden. Die Routinearbeit muß auf die Ausschüsse konzentriert werden, deshalb bin ich davon überzeugt, daß an der Arbeit im höchsten Gesetzgebungsorgan wirklich alle Volksdeputierten beteiligt werden müssen. Die Abgrenzung zwischen dem Kongreß der Volksdeputierten und dem Obersten Sowjet der RSFSR muß entweder verschoben oder aber ganz aufgehoben werden, wie das in allen anderen Republiken geschah. Vor allem geht es darum, vor dringliche Maßnahmen zu verwirklichen, die spüren lassen, daß der Alltag der Menschen zumindest etwas leichter wird – Maßnahmen, die in den nächsten Monaten ein Ergebnis zeigen.



Die Struktur der Präsidialherrschaft bildet sich erst noch heraus, doch vom Präsidenten selbst erwarten die Menschen ein sofortiges Handeln

Der Prozeß der Abgrenzung der politischen Positionen, der Prozeß der Herausbildung eines Mehrparteiensystems wird seinen Weg nehmen – es ist sinnlos, ihn aufzuhalten zu wollen. Alle politischen Kräfte werden in Zukunft wie vor Wahlen um Einfluß in der Gesellschaft ringen. Das ist nur natürlich. Wichtig, überaus wichtig ist es, diesen Kampf in einem zivilisierten Rahmen zu halten und den Frieden der Bürger zu gewährleisten. Die verantwortlichen Kräfte in jeder Strömung – die Demokra-

ten, die Populisten, die Nationalpatrioten, die Konservativen, die Unabhängigen – müssen eine Art Gesellschaftsvertrag über die Spielregeln schließen. Wir müssen begreifen, daß wir alle verschieden sind – und es bleiben werden. Niemand von uns wird sich in Luft auflösen, wird einfach das Weite suchen. Wir alle haben hier zu leben, wir alle müssen Absprachen treffen und einen vernünftigen Ausweg aus der unglaublich schwierigen Lage finden, und deshalb muß man es lernen, zusammenzuleben.

Erneuerung in der KPdSU

Wie wird die KPdSU ihren 28. Parteitag erleben? Wird es nicht zu einer Spaltung kommen? Und wenn sie die Einheit bewahrt, dann auf welcher Plattform – auf der des ZK oder einer alternativen? Das sind die Fragen, die sich nicht nur die Parteimitglieder stellen

86 Prozent der Deputierten des Parlaments der RSFSR sind KPdSU-Mitglieder. Von welcher Krise der Partei kann da die Rede sein? Jede andere Partei wäre glücklich, wenn sie so stark im Parlament vertreten wäre... Doch eine andere Partei gibt es nicht: In der RSFSR herrscht ein Einparteiensystem. Doch die regionalen Komitees der einzigen Partei in der Republik sind nicht sonderlich zufrieden mit den Wahlergebnissen. Kein Wunder. Ein Großteil der Wähler besonders in den Großstädten, wo sich ein realer politischer Kampf abspielt, unterstützte jene Kandidaten, die die Politik der KPdSU und die Tätigkeit des ZK, sehr kritisch bewerten. Hier nahmen die Einmischung der Parteikomitees in den Wahlablauf, ihre Versuche, die eigenen Kandidaten zu unterstützen, gewöhnlich für letztere ein trauriges Ende, was nur von dem einen zeugen kann – davon, daß das Ansehen der Parteikomitees der verschie-

denen Ebenen stark nachläßt, davon, daß ihre Programme und ihre Kandidaten nicht einmal bei den Parteimitgliedern Unterstützung finden. Ist das nicht Ausdruck einer Krise in der Partei?

Viele 1. Sekretäre von KPdSU-Gebietskomitees fanden nicht die Unterstützung der Wähler; den Niederlagen ihrer Genossen trauerten einige Diskussionsteilnehmer beim März-Plenum des ZK der KPdSU nach, wobei sie einander und uns weiszumachen suchten, es werde eine Hexenjagd auf die Partei gemacht. Die Angewohnheit, zu meinen „Die Partei bin ich“, die Macht der Partei als die eigene anzusehen, sich hinter ihr zu verstecken, ist vielen Spitzenfunktionären ins Blut übergegangen und entsteht schon auf der Ebene der KPdSU-Rayonkomitees. So wird der Sekretär eines Parteikomitees wegen der Zerrüttung der Landwirtschaft, wegen der leeren Regale und wegen dummer Kampagnen kritisiert, die die Staatskasse teuer zu stehen kamen,

er aber behauptet arrogant: „Das sind Attacken auf die Partei. Ich werde nicht abtreten, ich will arbeiten.“ Was soll da die Partei? Obwohl es einen gewissen zeitlichen Zusammenhang gibt – wenn es die Parteiführer nicht eilig hat, den desorganisierten Funktionär abzuservieren. Dann wird die Unzufriedenheit über einen einzelnen auf die gesamte Partei übertragen, und diejenigen, die absolut keine Schuld auf sich geladen haben, müssen die Suppe auslöffeln.

Die Wahlniederlagen (im letzten und in diesem Jahr) vieler Parteiführer, ihre Unfähigkeit, Sympatien zu erringen und attraktive Programme zu präsentieren – all das weckt ernste Zweifel an der Fähigkeit der Partei, in ihrer jetzigen Verfassung einen erfolgreichen Konkurrenzkampf zu führen. Heute braucht die Partei wirkliche Führungspersönlichkeiten – doch wo sie hernehmen? Das Jahrzehntlang ausgefeilte System der Auswahl und Placierung der Kader sorgte schon auf der ersten Etappe dafür, daß allzu selbständige Kandidaten, erst recht aber markante Persönlichkeiten, ausgesiebt wurden.

Einige Parteisekretäre sprechen mit unverhohler Besorgnis von dem Haß, der plötzlich bei den Menschen gegenüber dem Parteiaufbau hervorbricht. Die Sekretäre meinen, daran seien wer auch immer Schuld – Journalisten, Extremisten, Informelle, nur nicht sie selbst. Nicht „Treue zu den Leninschen Prinzipien“ (ihre Prinzipientreue beteuerten wohl am stärksten, wie ich mich erinnern kann, Sekretäre, die das Volk schon wenig später wegen Korruption und totaler Unfähigkeit in die Wüste schickte), sondern der Wunsch, um jeden Preis den früheren politischen Komfort zu bewahren – eben das ist ihr Beweggrund. Niemand wagte das laut zu sagen, doch schon jetzt ist klar: In offenem Konkurrenzkampf haben diese Leute keinerlei Chance. Die Unfähigkeit, die Krankheit zu diagnostizieren und die richtige Behandlung anzusetzen, die fehlende Fähigkeit zu selbstkritischem Denken sind verhängnisvoll für die Partei.

Die vom jetzigen ZK verabschiedete Plattform zum Parteitag wurde zum Gegenstand erbitterter Diskussionen. Alternative Entwürfe tauchten auf, darunter der bekannteste – die „Demokratische Plattform“.

Die Plattform des ZK schlägt vor, die bestehende Struktur der Partei, ihre Strategie und Taktik zu modernisieren, wobei die frühere Konzeption bewahrt wird: Die KPdSU ist die führende politische Kraft der Gesellschaft und vertritt die Interessen des ganzen Volkes.

Die „Demokratische Plattform“ stellt sich radikaler dar: Die Partei muß ihren Platz in der Gesellschaft auf parlamentarischem Weg erkämpfen, und deshalb sind eine flexible Struktur, die die Bildung von Fraktionen umfaßt, und die Befreiung des Parteimitgliedes von den Fesseln des jetzigen Statuts erforderlich. Manche dieser Vorschläge wurden im Entwurf des neuen Statuts berücksichtigt.

Der Plattform des ZK wird Verschwommenheit vorgeworfen, was bei dem offenen Streben, einander direkt entgegengesetzte Ansichten auf einen Nenner zu bringen, unvermeidlich ist. Die „Demokratische Plattform“ wird kritisiert, sie besitzt kein in sich geschlossenes Programm der Umgestaltungen, die nur in allgemeiner Form angedeutet wurden.

Doch beide Plattformen haben vielmehr gemein als sie trennen. Die Verfasser der „Demokratischen Plattform“ schlagen ja ebenfalls keineswegs eine radikale Umgestaltung der Partei vor, sondern eher deren Anpassung an die heutige Situation – in der Hoffnung, die Partei konkurrenzfähig zu machen. Beide Plattformen sehen, wie mir scheint, die Ausgangslage zu optimistisch.

Die KP Litauens spaltete sich nicht nur deshalb, weil sich ein Großteil ihrer Mitglieder völlig von der KPdSU lösen und eine Minderheit in der Unionspartei bleiben wollte. Der 20. Parteitag der KP Litauens in Vilnius verabschiedete sich vom Marxismus-Leninismus, vom demokratischen Zentralismus und von der Proklamierung der führenden Rolle. Diejenigen, für die diese Veränderungen schlimmste Ketzerei sind, bildeten die KP Litauens auf der Plattform der KPdSU... Ebenso spalten sich auch die KP Estlands und die KP Lettlands. Die innerparteilichen Prozesse werden hier noch durch den nationalen Faktor beschleunigt: davon, welche Positionen die kommunistischen Parteien zur Selbständigkeit der Republiken einnehmen, hängt ihr politisches Überleben ab.

Am Vorabend des 20. Parteitages der KP Estlands wurden ihre führenden Vertreter nach Moskau gebeten. Die Estnische Nachrichtenagentur meldete, es habe eine ernsthafte Diskussion über „mögliche Modelle für die Zukunft der jetzigen Estnischen SSR“ gegeben. Das Zentrum stellte die Idee eines neuen Unionvertrages zur Diskussion, wobei der „Grad der Freiheit“ der Unionsrepubliken unterschiedlich sein könne – in Estland bis hin zu einem baltischen „Sonderstatus“... Indrek Toome legte die „Estnische Pyramide“ dar – zunächst politische und wirtschaftliche Verhandlungen und erst dann eine politische Lösung. Obwohl die Gesprächspartner der Delegation der Republik im ZK der KPdSU bemüht waren, auf keinen Fall von „Verhandlungen“ zu sprechen, stimmten sie darin überein, daß ein **Dialog** erforderlich sei.“

Die Verhandlungen blieben ergebnislos. Die KP Estlands spaltete sich ebenso wie in Litauen – nach dem nationalen Kriterium...

Eine Abgrenzung, wenn sie auch noch keine organisatorischen Formen angenommen hat, erfolgte auch in einigen anderen kommunistischen Parteien der Republiken, was eine Spaltung der KPdSU auf dem 28. Parteitag nicht ausschließt. Dabei geht es nicht nur darum, daß die KPdSU Mitglieder hat, die konträre Ansichten vertreten und so zwei Flügel bilden. Die absolute Mehrheit der politisch Aktiven, die in Wirklichkeit, so paradox das auch klingen mag, die

verschiedensten Ansichten – vom Anarcho-Syndikalismus bis zum Monarchismus – vertreten, besitzen ein KPdSU-Parteibuch. Jetzt erhalten sie die Möglichkeit, ihre Ansichten offen zu äußern, nach Verbündeten zu suchen, um Wählerstimmen zu ringen. Manche wollen die KPdSU verlassen, um eine eigene Partei zu gründen. Andere wollen so viele KPdSU-Mitglieder wie nur möglich zu sich herüberziehen, wobei sie hoffen, auch einen Teil des Besitzes und fertige Organisationsstrukturen übernehmen zu können. Man kann davon ausgehen, daß eine weitergehende Abgrenzung später erfolgen, zunächst aber die Form des Kampfes von zwei oder drei Plattformen annehmen wird.

Die Lage in der KPdSU wird auch durch die Bereitschaft der kommunistischen Parteien (selbst der loyal zu Moskau stehenden) in den Republiken, größtmögliche Selbständigkeit zu erringen, verändert. Die KPdSU in der Rolle eines Bündnisses von Parteien? Als eine Art neue Kommunistische Internationale innerhalb eines Landes? Das wird so gut wie unvermeidlich werden, wenn die KP Rußlands gebildet wird. Was wäre die KPdSU ohne die Kommunisten Rußlands? Zudem forcieren jetzt einige Parteiorganisationen die Bildung einer KP Rußlands auf einer ideologischen Plattform, die den Positionen der Vereinten Front der Werktätigen und des Leningrader Gebietsparteikomitees nahe kommt... Diese Prinzipien, die auf dem ersten Leningrader Meeting verkündet wurden, werden offenbar einer nicht geringen Zahl von Parteiorganisationen in der RSFSR keineswegs zusagen.

Die jüngsten Wahlen demonstrierten eine gefährliche Müdigkeit in Rußland. Die stärker politisierten Städter stimmten für Kandidaten des demokratischen Blocks, die Provinz aber konnte nicht aus der Apathie geweckt werden, weil bislang keine Bewegung (Partei) entstanden ist, die die nationalen Interessen der Einwohner Rußlands zum Ausdruck bringt. Ein gewisser Block, gebildet von „Pamjat“, „Ote-

tschestwo“ und von der Führung des RSFSR-Schriftstellerverbandes, der sich „patriotisch“ nennt und beansprucht, die Interessen des Volkes zum Ausdruck zu bringen, erlitt eine Wahlniederlage. Trotz des aufwendig geführten Wahlkampfes erhielten die Kandidaten dieses Blocks durchschnittlich nur 2 bis 4 Prozent der Stimmen.

Offenbar ist in Rußlands Weiten eine einheitliche Volksfront wie im Baltikum oder in der Ukraine nicht möglich. Rußland braucht offenbar mehrere Parteien, die in der Lage sind, die nationalen Interessen der verschiedenen Gruppen und Klassen des russischen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Die nationale Tragödie der Russen besteht darin, daß die Herrscher immer wieder die Interessen des russischen Volkes imperialen Ambitionen opferen. Es liegt nicht im nationalen Interesse der Russen, als Zement zu dienen, um alle Risse im Staat zu katten, sondern Rußland aus seiner schweren Lage herauszuführen.

Die Reformer in der Partei müssen die Lage nüchtern einschätzen, müssen die Kräfteverhältnisse nicht nur in der Partei selbst, sondern die Stimmung in der Gesellschaft berücksichtigen. Die Anstrengungen, die die Reformer für den Kampf gegen die Konservativen aufwenden, müssen nicht vom Volk belohnt werden, für das auch die Progressiven in der Partei nicht radikal genug sind. Doch am Ausgang dieses Kampfes zu verzweifeln, die Hoffnung aufzugeben, die KPdSU umzugestalten, sie zu verlassen, würde nicht nur von Charakterchwäche zeugen, sondern wäre auch ein schwerer Fehler. In den Händen der Konservativen und der Rückschrittländer könnte dann der mächtige Apparat bleiben, der leicht gegen die Perestroika eingesetzt werden könnte, um sie abzuwürgen. Deshalb dürfen nicht die Reformer die Partei verlassen, sondern das müssen jene tun, die sich Veränderungen widersetzen. Und immer mehr Menschen, auch in der Partei selbst, sind für eine derartige „Spaltung“.

Leonid Mletschin

Der Präsidialrat

Wer gehört ihm an, und womit wird er sich befassen?

Während auf dem außerordentlichen Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR sehr leidenschaftlich, bisweilen sogar erbittert, über die Präsidentschaft gestritten wurde, ging der Vorschlag, einen Präsidialrat zu bilden, ruhig durch. Eine interessante Meinung im Zusammenhang mit dessen Einführung äußerte offenbar nur der Volksdeputierte Alexej Jelissejew, der vorschlug, nur einen Rat der Förderation zu bilden, den man, wenn man das wolle, zugleich als Präsidialrat betrachten könnte.

Im Gesetz über die Aufgaben des Präsidialrates heißt es lakonisch: „Die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Umsetzung der

Hauptrichtungen der Innen- und der Außenpolitik der UdSSR, zur Gewährleistung der Sicherheit des Landes.“

Noch viele Fragen sind geblieben, die offenbar in der praktischen Arbeit geklärt werden. Ist der Präsidialrat ein Leitungsgremium? Eine Art Überregierung? Oder aber eine rein konsultative Einrichtung? Eine Versammlung von im Lande angesehenen Persönlichkeiten? Von Leuten, denen der Präsident uneingeschränkt vertraut? Und welche Formen werden die Entscheidungen des Rates annehmen: Präsidentenerlasse oder aber Empfehlungen für das Staatsoberhaupt? Die Berufung der Leiter der wichtigsten staatlichen Ämter – des

Außenministers, des Innenministers, des Vertheidigungsministers, des Vorsitzenden des KGB und des Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees – zeugt davon, daß ein Organ der strategischen Leitung geschaffen wird. Dem Rat gehören fünf Mitglieder des Politbüros an, darunter der Sekretär des ZK der KPdSU Alexander Jakowlew und zwei Kandidaten des Politbüros.

Der Präsidialrat ist ein Organ zur Prüfung der strategischen Richtungen der Entwicklung von Staat und Gesellschaft. Deshalb müssen die Mitglieder des Präsidialrats Ansehen in der Gesellschaft genießen. Doch der Präsidialrat darf auf keinen Fall einen Deckmantel der Kollegialität abgeben. Das führt, wie unsere eigene Geschichte lehrt, zu nichts Gute. Jetzt, da der Präsident mit umfassenden Vollmachten ausgestattet ist, hat das Volk das Recht, auch von ihm persönlich und nicht von wem auch immer Rechenschaft zu verlangen.

Nimmt man die Zusammensetzung des Präsidialrates konkret, so müssen ihm auch Leute angehören, die Ideen und Vorschläge des Präsidenten kritisch betrachten, nicht aber Über-

einstimmung und Einmütigkeit vortäuschen.

Und solche Leute, die sich nicht als Zustimmungsstatisten eignen, die orginelle Ansichten zum Ausdruck bringen können, wurden in den Rat aufgenommen.

Nach der brillanten Rede von Akademie-mitglied Stanislaw Schatalin auf dem Februar-Plenum des ZK der KPdSU gelangte er gleich in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Dem Präsidialrat gehören zwei Schriftsteller an – Tschingis Aitmatow und Valentin Rasputin. Beide sind in der Literatur, in der Gesellschaft ein Begriff. Aitmatow als Anhänger und Verteidiger der allgemein-menschlichen Werte, Rasputin als Sprachrohr nationaler, traditioneller Werte, das bisweilen seine Ansichten recht extrem zum Ausdruck bringt. Rasputin stellte auf dem ersten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR die Frage so: Vielleicht sollte Rußland aus der Union austreten? Und fuhr fort: „Ohne Angst, als Nationalisten abgestempelt zu werden, könnten wir dann das Wort ‚russisch‘ in den Mund nehmen und von nationalem Selbstbewußtsein sprechen.“

und Einstimmigkeit. Hat uns dies das große Glück gebracht? Hat die Einstimmigkeit dem Volk genug zu essen gegeben, hat die Einmütigkeit die Wirtschaft saniert?

Als der Oberste Sowjet seine Arbeit aufnahm, stellte sich dann doch Verständnis dafür ein, daß, wenn jemand Dissens zum Ausdruck bringt, man ihn nicht der verbrecherischen Absicht verdächtigen sollte, die monolithische Einheit der Deputierten untergraben zu wollen; und wenn jemand eine alternative Gesetzesvorlage einbringt, sollte man wiederum darin keine Hinterhältigkeiten suchen. Folgendes Argument tauchte auf: Ja, verschiedene Meinungen können nebeneinander bestehen, doch sie müssen konstruktiv sein. Die Existenz einer Opposition aber ist ja gerade ein konstruktives Element der parlamentarischen Tätigkeit.

Opponenten in jedem Bereich (nicht nur dem der Legislative) sind nicht nur wünschenswert, sondern einfach notwendig. Sonst entsteht ein Monopolismus mit allen sich daraus ergebenen Folgen: mit Ambition, mit Selbstzufriedenheit, mit der Unterdrückung nicht nur des Andersdenkens, sondern überhaupt des Denkens. Kurz gesagt, Stagnation. Stagnation, die wir am eigenen Leib erfuhren, in allen Lebensbereichen. Und was ist die Perestroika, wenn nicht offene Opposition gegen die Stagnation?! Doch all das bedeutet keineswegs, die Gesellschaft würde die gleichen Ansichten dazu haben, wie die Umgestaltungen zu verwirklichen sind. Auch der neue Kurs hat Gegner. Das ist nur normal. Anormal wäre etwas anderes: Wenn auf dem Kongreß der Volksdeputierten und im Obersten Sowjet der UdSSR nicht unterschiedliche Auffassungen zu Wort kommen und oppositionelle Stimmen nicht an Boden gewinnen würden. Die übergroße Mehrheit, die der Opposition das Wort entziehen und ihr das Existenzrecht vorenthalten will, verfolgt eine destruktive Politik.

Die oppositionellen Hoffnungen konzentrierten sich vor allem auf die Interregionale Deputiertengruppe. Erinnern wir uns, wie sie entstand. Auf der vierten Sitzung des ersten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR ergriff Gavriil Popow das Wort und erklärte: Weil die Mehrheit nicht auf die Minderheit Rücksicht nehmen will, entstand der Vorschlag, eine unabhängige interregionale Deputiertengruppe zu bilden. Wonach Popow und seine Anhänger als erstes der Spaltung und dann aller Todsünden bezeichnet wurden. „Seid auf der Hut: Das Volk sieht alles. Und wird es euch nicht mit seinem Zorn überziehen?“, warnte ein Abgeordneter. „Bei uns gibt es ja Leute, die ohne Fraktion nicht leben können. Er würde ja morgen krank werden, würde man ihm diese Möglichkeit nehmen“, stellte der Deputierte Alexander Samonow die Diagnose und schlug vor, ein Ehrengericht wie bei den Offizieren einzurichten.

Nach dem ersten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR war die beste Zeit für die Interregionale Gruppe. Sie nahm organisatorische Gestalt an. Ihr gehörten etwa 400 Volksdeputierte an. Auf ihren Ver-

Das schwere Los der Opponenten

Warum im Parlament keine Opposition entstand?

Am Morgen nach dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR versammelte sich die Interregionale Deputiertengruppe. Die Stimmung war mehr als gedrückt.

„Wir haben eine Niederlage erlitten...“

„Wir haben keinen Führer...“

„Wir müssen unsere Reihen neu formieren...“

„Wir sind ein reiner Diskussionsklub geworden...“

„Wir sind demoralisiert durch die Niederlage auf dem Kongreß der Volksdeputierten. Da vergeht einem ja die Lust, überhaupt noch etwas zu tun...“

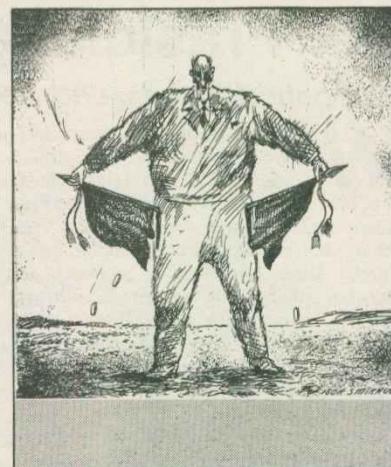
Es gibt nichts Deprimierenderes als das Gefühl, nicht verstanden, falsch interpretiert worden zu sein. Gerade in einer solchen psychologischen Situation sollten die Mitglieder der Interregionalen Deputiertengruppe sein. Ihnen wird oft vorgeworfen, sie streben nach der Macht. Obwohl es wohl kaum eine politische Kraft gibt, die das Land nicht regieren möchte, hat sich die Gruppe dieses Ziels nicht gesetzt. Die meisten ihrer Mitglieder sind Realisten...

„Stellen wir uns doch einmal vor, man hätte uns das Land überlassen“, sagt der Deputierte Alexander Obolenski. „Wir würden damit ja nicht fertig werden. Uns fehlt dafür einfach die Organisiertheit.“

Doch warum entstand dann die Interregionale Gruppe, wenn sie die Macht nicht übernehmen will? Sie entstand, um Opposition zu sein, um einen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, der sich von dem der Mehrheit der anderen Abgeordneten unterscheidet, um zu kritisieren und kritisiert zu werden und schließlich um die Entscheidungen des Parlaments gründlich zu prüfen.

Allein schon das Wort „Opposition“ erschreckte noch vor kurzem nicht nur, sondern es rief sogar Wut hervor. Es gab nichts Schlimmeres als sich in Gegensatz zur Mehrheit zu bringen. „Haltet ein...!“, beschwore der Deputierte Wladimir Stepanow, Direktor einer karelischen Tierzuchtfarm, auf dem ersten Kongreß die Volksdeputierten der UdSSR. „Das Volk muß genug zu essen bekommen, die Wirtschaft muß saniert werden! Ihr aber sät immer noch Zwietracht im Kongreß und lenkt ihn von den brennenden Problemen ab.“

Stellen wir uns einmal vor, sie hätten „eingehalten“, würden ihre Vorschläge nicht mehr unterbreiten. Was dann? Wir würden zu Zeiten zurückkehren, die noch all zu gut erinnerlich sind – zu Einmütigkeit



Zeichnung: Igor Smirnow

Dynamik des Dialogs

Die Beziehungen zwischen der KPCh und der KPdSU werden sich im Geist der Vereinbarung zwischen Deng Xiaoping und Michail Gorbatschow weiter entwickeln, erklärte Genosse **Wang Renzhi**, Mitglied des ZK, Leiter der Abteilung für Propaganda des ZK der Kommunistischen Partei Chinas und Leiter einer KPCh-Delegation, die unlängst die UdSSR besuchte, in einem Interview für die „Neue Zeit“.

Der Besuch Michail Gorbatschows in China im Mai v. J. kennzeichnete die Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Ländern sowie zwischen der KPdSU und der KPCh. Was können Sie zur Entwicklung der Parteibeziehungen in diesem Zeitraum sagen?

Ich meine, daß sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien seitdem im Geiste der Vereinbarung entwickeln, die bei der Begegnung von Deng Xiaoping mit Genossen Gorbatschow getroffen wurde. Wir schätzen die Beziehungen zwischen unseren Parteien und bemühen uns, Anstrengungen zur Entwicklung der Beziehungen zwischen ihnen zu unternehmen, da dies im Interesse des chinesischen und des sowjetischen Volkes liegt und die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung bereichert.

Um gute Beziehungen zwischen den Parteien zu unterhalten, meinen wir: Man muß den Prinzipien der gegenseitigen Achtung, der vollen Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen folgen. Wir werden diesen Kurs steuern. So werden wir die Beziehungen zwischen unseren Parteien gebührend weiterentwickeln können.

Das ist bereits der zweite Besuch einer KPCh-Delegation in Moskau in weniger als einem Jahr.

Ja, vor uns besuchte eine Delegation unter dem Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen des ZK der KPCh Zhu Liang Moskau. Im weiteren ist eine Ausweitung der Kontakte auf Parteibene vorgesehen.

Auf dem jüngsten Plenum des ZK der KPCh, vom 9. bis zum 12. März d. J., wurde ein Beschuß über die Stärkung der Verbindungen der Partei zu den Volksmassen gefaßt. Wie erklärt sich die Notwendigkeit, dieser Frage Aufmerksamkeit zu widmen?

Das Ziel des Wirkens unserer Partei besteht darin, dem Volk zu dienen und ihm Nutzen zu bringen. Die Festigung der Beziehungen der Partei zu den Massen ist ein wichtiger Abschnitt der Arbeit, dem wir große Aufmerksamkeit beimessen. Nachdem unsere Partei zur regierenden Partei geworden war, haben wir alle Bedingungen



dafür erhalten, um dem Volk noch besser zu dienen.

Zugleich kann sich eine Loslösung der Partei von den Volksmassen vollziehen. Deshalb wollen wir die organischen Bände zwischen der Partei und dem Volk festigen. Gestützt auf die Kraft der Volksmassen werden wir die vor uns stehenden Schwierigkeiten überwinden können.

Schon über 10 Jahre werden in China Reformen verwirklicht. Sie haben positive Ergebnisse gebracht, doch in den letzten Jahren wurden sie mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert. Wie ist die Lage jetzt?

Wir setzen den Kurs der Reformen fort. Langjährige Erfahrungen zeigen, daß wir keinen anderen Ausweg haben. Diese Erfahrungen zeigen ferner, daß, wenn wir von der sozialistischen Marschrichtung abgehen, die Reformen die Perspektive verlieren. Wir streben jetzt danach, daß die Reformen den sozialistischen Weg gehen.

Haben sie sich denn früher anders entwickelt?

Natürlich nicht. Doch Reformen sind ein sehr komplizierter Prozeß. Man kann nicht einfach sagen, sie werden gut oder schlecht verwirklicht. Nichtsdestoweniger sind wir, auch wenn wir mit Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Reformen konfrontiert werden, davon überzeugt, daß wir sie werden überwinden können.

Im letzten Sommer verhängten viele westliche Länder Wirtschaftssanktionen gegen China. Wie sehen Sie die Aussichten für die Entwicklung der Beziehungen zu den westlichen Ländern heute?

Der Stand dieser Beziehungen hängt, wie Sie verstehen, nicht allein von uns ab. Was die chinesische Seite angeht, so werden wir die Beziehungen zu den westlichen Ländern auf der Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz weiterentwickeln. Gegenüber den westlichen Sanktionen ist unsere Haltung sehr deutlich. Erstens sind wir gegen derartige Maßnahmen. Zweitens fürchten wir sie nicht. Und drittens werden wir trotz aller Sanktionen den Kurs auf Reformen und den Ausbau der Beziehungen zum Ausland fortsetzen.

Danke für das Interview.

Das Gespräch führte Juri Starostenko

sammlungen war die Begeisterung groß. Die Gruppe wollte alternative Gesetzentwürfe ausarbeiten und im Parlament verteidigen. Zugleich wollten, wie dem NZ-Korrespondenten einer der Co-Vorsitzenden, Boris Jelzin, mitteilte, die „Deputierten, die der Interregionalen Gruppe angehören, sich nicht in Gegensatz zu wem auch immer bringen. Im Gegenteil steht die Gruppe jedem offen, der mit der Verschwommenheit, der Unbestimmtheit der zu treffenden Entscheidungen unzufrieden ist, der sich der Gefahr des Drucks seitens dogmatischer konservativer Kräfte bewußt ist.“

In Wirklichkeit war die Gruppe eher ein Diskussionsclub, wo es absolute Freiheit für beliebige Äußerungen gab, wo man jeden radikalen Vorschlag unterbreiten konnte. Doch was dann? Wo sind die alternativen Entwürfe? Einige wurden ausgearbeitet, doch da der Weg der Gesetzentwürfe durch die Ausschüsse geheimnisvoll und nicht immer verständlich ist, blieb von ihnen keine Spur. Und wenn die Gruppe eine bestimmte Position erarbeitete, dann bedeutete dies keineswegs, daß ihre Mitglieder im Obersten Sowjet oder auf dem Kongreß der Volksdeputierten sie bis zum Ende verteidigen würden. Das verdeutlicht auch die Nominierung von Alexej Kasannik für das Amt des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR durch die Interregionale Gruppe. Für ihn wurden nur 75 Stimmen abgegeben.

Eine Opposition ist bei uns bislang nicht entstanden. Sie konnte nicht eigenmächtig geschaffen werden, wie das die Interregionale Deputiertengruppe versuchte. Sonst ist die gesetzgeberische Tätigkeit zum Scheitern verurteilt. Doch eine Opposition läßt sich nicht per Dekret einführen. Respekt vor ungewohnten Gedanken, aufmerksam einer fremden Meinung Zuhören, Umgänglichkeit und Wohlwollen gegenüber Andersdenkenden kann man ja nicht per Dekret einführen. Diese Stimmungen, diese Gefühle müssen in der Gesellschaft dominieren. Das ist bei uns leider nicht der Fall. Und wenn jemand protestiert, werden gleich Spaltungsvorwürfe erhoben, wird ein Unbequemer unter Beifall und Getrampel vom Rednerpult vertrieben, erklimmt jemand das Rednerpult, um Sacharow haßerfüllt entgegenzuschleudern: „...Ich bringe Ihnen allgemeine Verachtung entgegen.“ In einer solchen Atmosphäre ist nicht nur Opposition unmöglich, sondern selbst die elementare Verteidigung der eigenen Ansichten.

Der Interregionale Deputiertengruppe ist es nicht gelungen, Opposition oder Gravitationszentrum der radikalen parlamentarischen Kräfte zu werden.

Nikolai Andrejew

Hundert Jahre und 16 Minuten

Von nun an ist Namibia, das seine Unabhängigkeit erlangt hat, 160. Mitgliedsland der Vereinten Nationen

Die NZ-Sonderkorrespondenten **Galina SIDOROWA** und **Nikolai RESCHETNJAK** berichten aus Windhoek

Miternacht rückt näher schon... Tausende saßen und standen dichtgedrängt auf den Tribünen des Unabhängigkeitsstadions. Kaum zu glauben: Bei diesem Gedränge tanzten sie sogar noch... Die zahlreichen Journalisten nahmen ein Drittel des Stadions ein. Auf der Gästetribüne aber war an Tanzen nicht zu denken – Präsidenten, Minister, Führer von Parteien und Bewegungen aus mehr als 100 Ländern saßen so eng beieinander, daß nicht nur die Knöpfe an ihren Anzügen gefährdet waren...

Die Bedeutung des bevorstehenden Ereignisses hatten wir bereits am Tag gespürt, als die Maschine des sowjetischen Außenministers eine Stunde lang über dem Flughafen Windhoek kreiste, bevor sie zur Landung ansetzen konnte. Im Stadion selbst konnten die Journalisten nur mit Hilfe von kräftigen Soldaten der UNO-Truppe, der RSA-Armee und der

im Aufbau begriffenen Streitkräfte von Namibia placiert werden. Präsidenten und Minister kämpften auf der Tribüne um einen Platz, wobei sie mutig ihr diplomatisches Lächeln behielten.

Alle schauten immer wieder auf die Uhr. Der 21. März war angebrochen, die auf 0.00 Uhr angesetzte Proklamierung der Unabhängigkeit aber ließ auf sich warten. So sollte die Kolonialzeit hier erst 16 Minuten später als geplant zu Ende gehen.

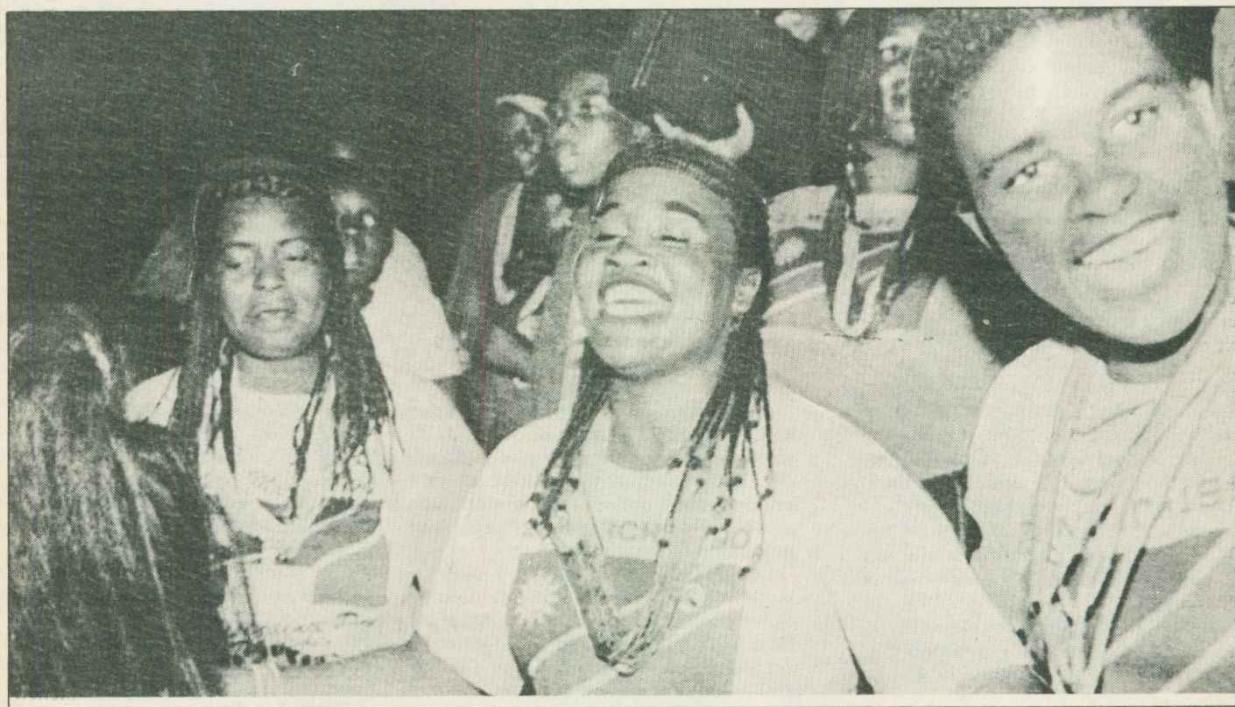
Und da hält RSA-Präsident Frederik de Klerk sichtbar bewegt eine kurze Rede, bis langsam die RSA-Fahne eingeholt wird. Über dem Stadion wird die Fackel der Freiheit entzündet. Eine kleine Verzögerung, und die Fahne des unabhängigen Namibia steigt empor. UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar nimmt den Eid des namibischen Präsidenten Samuel Nujoma entgegen.

Erinnern wir uns, welche Ereignisse der Verkündung der Unabhängigkeit voraus-

gingen. Gleich nach der Gründung der ersten Kolonialsiedlungen in Lüderitz und Walvis Bay 1890 wurde Namibia eine deutsche Kolonie. Dann herrschte die Südafrikanische Union auf der Grundlage eines Mandats des Völkerbundes über dieses Territorium. Und dann kam der lang erwartete Tag der Verkündung der Unabhängigkeit Namibias.

Bei allen, mit denen wir in Windhoek zusammentrafen, fand dieses Ereignis die gleiche positive Einschätzung.

Die Ausrufung der Unabhängigkeit Namibias ist von großer Bedeutung für die Lösung vieler Probleme, die sich in den langen Jahren der Konfrontation und des Hasses in Afrika angehäuft haben. Das von RSA-Truppen besetzte Namibia war eine reale Gefahr für seine Nachbarn, die keineswegs von ungefähr als Frontstaaten bezeichnet wurden. Von hier aus wurden Vorstöße nach Angola unternommen, was den auch ohnehin komplizierten inneren Konflikt zwischen den Regierungstruppen und den UNITA-Einheiten weiter verschärft. Bis vor kurzem befanden sich gerade auf namibischem Territorium Stützpunkte der Separatisten der Mocambiquischen Nationalen Widerstandsbewegung (Renamo), die einen Krieg gegen die rechtmäßige Regierung der Republik führten. Und schließlich erfolgte in Namibia selbst eine intensive Suche nach Wegen für eine Entkolonialisierung.



Namibia feiert seine Unabhängigkeit

Telefoto: AP – TASS

nisierung und den Aufbau eines souveränen, nichtrassistischen Staates.

Wie UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse im Gespräch mit uns sagte, muß die „Lösung des Namibia-Problems im Kontext der Zukunft des südlichen Afrika gesehen werden. Die Verkündung der Unabhängigkeit Namibias eröffnet Perspektiven für den inneren Frieden im Mocambique. Überaus wichtig ist auch die Lösung in Namibia dank den Anstrengungen der Völkergemeinschaft, der Organisation der Vereinten Nationen und ihres Generalsekretärs unter Berücksichtigung der Interessen der Nachbarländer und Kubas erzielt wurde. Auch die Koordinierung unserer Anstrengungen mit den Amerikanern spielte eine positive Rolle.“

NZ. Ist im Zusammenhang mit den positiven Veränderungen in Namibia und im südlichen Afrika insgesamt heute der Begriff der Frontstaaten noch berechtigt?

E. Sch. Solange die Apartheid besteht, wird der Begriff der Frontstaaten, wie ich meine, bleiben, stellt ja die Apartheid nach wie vor eine Gefahr für die Nachbarn dar.

NZ. Wir mußten wiederholt erleben, daß die RSA intensiv um Kontakte bemüht ist und nach Möglichkeiten sucht, eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in den verschiedensten Bereichen herzustellen. Ist es für uns heute sinnvoll, derartige Kontakte aufzunehmen?

E. Sch. Ich meine, wir sollten erst einmal abwarten und uns endgültig davon überzeugen, daß Pretoria aufrichtig Reformen, eine Demokratisierung und den Abbau der Apartheid wünscht. Wenn dem so ist, sind wir bereit, die Beziehungen weiterzuentwickeln. In Windhoek trafen wir mit RSA-Präsident Frederik de Klerk und Außenminister Roelof Botha zusammen. Wir hatten ein längeres konstruktives Gespräch. Ich traf ferner mit ANC-Vizepräsident Nelson Mandela zusammen. Unsere Gesprächspartner sagten mir, sie seien bereit, einen Dialog aufzunehmen, zumindest aber Vorgespräche, und das läßt hoffen.

... Die Feierlichkeiten in Windhoek erhielten dadurch eine spezifische Atmosphäre, daß die ganze Völkergemeinschaft hier vertreten war. Die Namibia-Lösung demonstrierte eine neue Haltung in den internationalen Beziehungen und erinnerte an die komplizierte Verflechtung der Ost-West-Probleme und der Nord-Süd-Problematik. Die führenden Vertreter



Eduard Schewardnadse und Frederik de Klerk

Telefoto: E. Pessow (TASS)

einiger Entwicklungsländer äußern die Besorgnis, die Verbesserung der Beziehungen in Ost-West-Richtung könne dazu führen, daß eine neue Mauer zwischen Nord und Süd aufgerichtet wird. Dieses Motiv klang auch in Windhoek an. Doch bemerkenswert ist, daß wohl erstmals seitens unserer Partner in der dritten Welt keine Befürchtungen bezüglich der sowjetisch-amerikanischen Annäherung geäußert wurden. Eduard Schewardnadse und James Baker sprachen etwa 4 Stunden miteinander. Sie hatten einen Meinungsaustausch zur Lage im südlichen Afrika, in Angola, Mocambique und im Nahen Osten, sprachen von der Schaffung einer Atmosphäre, die eine politische Lösung und die nationale Versöhnung begünstigt.

In letzter Zeit kreuzen sich die Wege vieler Außenminister an den unerwartetsten Punkten unseres Erdalls. Und nicht selten werden weitreichende Entscheidungen aus dem Stegkreis getroffen. Doch das Wichtigste ist, daß die Völkergemeinschaft sich wirklich eines positiven Umstandes bewußt zu werden beginnt – der Zusammenarbeit verschiedener Staaten, vor allem der UdSSR und der USA.

Symbolisch waren die Ereignisse in der Residenz, die Nelson Mandela, einer der angesehensten Gäste der Feierlichkeiten, bezogen hatte. Zunächst fand dort eine Begegnung des UdSSR-Außenministers mit dem ANC-Vizepräsidenten statt. Und gleich danach führte der US-Außenminister ein Gespräch mit Mandela. „Namibia ist“, betonte er, „ein gutes Beispiel dafür, was geschehen kann, wenn die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten nicht Rivalen sind, sondern miteinander zusammenarbeiten.“ Und seinen Gesprächspartner verlassend, sagte James Baker uns, daß er in den meisten Fragen, besonders bei solchen wie der Bedeutung der Überwindung der Apartheid in Südafrika, der Errichtung einer nichtrassischen Demokratie dort und der Erreichung die-

ses Ziels auf dem Verhandlungsweg, einer Meinung ist mit dem ANC-Vizepräsidenten. Offenbar gab der Umstand, daß die Begegnung des US-Außenministers mit einem führenden Vertreter der wichtigsten oppositionellen Kraft in der RSA kurz vor James Bakers Besuch in dieses Land stattfand, diesem Treffen besondere Bedeutung...

Für Windhoek, besonders die Schwarzenviertel der Stadt, schien es nur die Festlichkeiten zu geben. Der exotische Umzug

der Einwohner zum Stadion am 21. März, die feierliche Vereidigung des Premierministers und der Minister und die kostenlose Zeitungen, die es 2 Tage lang gab...

Das große Fest geht zu Ende – und mit ihm zusammen die Euphorie, die nur natürlich ist, wenn man bedenkt, wie lang und schwer der Weg zur Freiheit war. Die Freiheit erkämpft man sich schwer. Doch noch schwerer dürfte es wohl sein, es zu lernen, sie richtig zu gebrauchen.

Der Alltag meldet sich schon zu Wort: Eines der Probleme ist, ob die weißen Geschäftsleute, die eine große Rolle in der Wirtschaft des Landes spielen, in großer Zahl fortgehen werden. Wir bekamen da zwei Meinungen zu hören. Der Besitzer des Hauses, in dem wir bei unserer Dienstreise abstiegen, ein Geschäftsmann aus der BRD, will sein Geschäft schließen und das Land verlassen. Das gleiche planen auch einige seiner Nachbarn. Ein Vertreter der englischsprachigen Volksgruppe hingegen sagte uns, seine Freunde würden bleiben.

Namibia sieht die positiven wie die negativen Erfahrungen von Nachbarländern, die früher die Unabhängigkeit errungen haben. Auf Sam Nujoma, der vom Volk zum Präsidenten gewählt wurde, und seiner Regierung lastet eine enorme Verantwortung. Davon, wie sie regieren werden, ob es gelingen wird, nach der Befreiung von den Fesseln der Apartheid das Gute, was es in diesem Land gab, zu bewahren und zu mehren – eine solche Möglichkeit gibt auch die neue Verfassung, eine der demokratischsten der heutigen Welt, wie das vorhandene Wirtschaftspotential und das Wohlwollen des Auslands –, hängen nicht nur Stabilität und Prosperität der Bürger Namibias ab, sondern in vielem auch die weitere Entwicklung im gesamten südlichen Afrika.

WINDHOEK

„Sozialismus im Sanatorium“

Springers „Welt“ verhehlte ihre Schadensfreude nicht: „Am Sonntagabend“ (am 18. März, dem Wahltag in der DDR – die Red.) „mußten wir alle unsere Fernsehgeräte senkrecht stellen, damit die langen Gesichter auf den Bildschirm paßten...“ Die Zeitung meinte die bundesdeutschen Sozialdemokraten, denen die Prognosen der Demoskop einen leichten Sieg ihrer Partner in der DDR über die konservative Allianz versprochen hatten.

Doch die Depression der Sozialdemokraten war nicht von langer Dauer. Der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel fand schnell die rettende und tröstende Formulierung: Wir freuen uns, daß nach so vielen Jahrzehnten endlich wirklich freie, gleiche und geheime Wahlen in der DDR stattgefunden haben. Mit dieser Formel, die bereits am Wahltag gefunden wurde, nahm er die Antwort auf meine Frage nach den Gründen für die Niederlage der Schwesterpartei in der DDR vorweg.

Die Wahlen fanden in einer völlig ungewöhnlichen Situation statt – Vogel kam zum Kern der Sache. Entscheidendes Motiv für die meisten DDR-Bürger war die Hoffnung auf schnelle Hilfe – und folglich auf eine Verbesserung ihrer materiellen Situation. Und der Schlüssel dafür befindet sich bei der Bundesregierung, genauer gesagt bei Helmut Kohl. Wenn ihm die Zusammensetzung der künftigen DDR-Regierung nicht zusagt, meinten die Wähler, dann werde es keine Hilfe geben. Deshalb zogen sie es vor, ihre Stimmen den Parteien zu geben, für die sich der Bundeskanzler aussprach.

Vogel hat recht: Das pragmatische, materielle Motiv war entscheidend. Helmut Kohl hatte in seinen Wahlreden in der DDR klar genug zu verstehen gegeben, daß es ihm schwerer sein würde, mit einer sozialdemokratischen Regierung in der DDR zu tun zu haben. Doch offenbar gab es auch andere, wenn auch weniger wichtige, Gründe. Ohne Anspruch auf eine umfassende Analyse erheben zu wollen, möchte ich nur drei nennen.

Der SPD-Ehrenvorsitzende ist in der DDR tatsächlich populärer als alle anderen bundesdeutschen Politiker. Doch in der DDR versteht man, daß Willy Brandt bei allem Respekt vor ihm doch die Zukunft nicht wird bestimmen können. Die jetzige Politik der SPD aber wird vor allem von Oskar Lafontaine gemacht, der der gesamtdeutschen Euphorie skeptisch gegenübersteht und sich vor allem auf die sozialen Interessen seiner unmittelbaren Wählerschaft orientiert. Diese Interessen aber decken sich weit aus nicht in allem mit den Hoffnungen der DDR-Bewohner.

Ein anderer Grund: Um die von der SPD

vorgeschlagene Konzeption in allen Details und Aspekten zu verstehen und zu akzeptieren, muß man an die eigene Kraft und an die Möglichkeit, selbst etwas im eigenen Land zu verändern, glauben. Meiner Meinung nach haben die Sozialdemokraten den Wunsch der Wähler in der DDR überschätzt, die Ärmel hochzukrempeln und sich energisch an der Gestaltung der eigenen Zukunft zu beteiligen.

Und schließlich gibt es noch einen weiteren Grund – die klar bekundete Abneigung der DDR-Bewohner gegen den Begriff „Sozialismus“, mit welchen Attributen er auch verwandt werden mag. Ist Vogel über eine solche Wende besorgt?

Der Begriff des „Sozialismus“, antwortet der SPD-Vorsitzende, ist tatsächlich stark belastet durch das, was die Menschen in der DDR in den letzten 40 Jahren haben durchmachen müssen. Doch für uns ist dies kein Grund, unsere programmatischen Konzeptionen zu revidieren, die mit dem „real existierenden Sozialismus“ nichts gemein haben. Ich würde es so sagen: Gegenwärtig befindet sich der Begriff des „Sozialismus“ im Urlaub, zur Behandlung. Doch er wird

unbedingt genesen und gestärkt aus dem Sanatorium zurückkehren.

Vogel ist überhaupt davon überzeugt, daß man Wahlergebnisse, selbst mit Abstrichen, nicht automatisch auf die bundesdeutsche Parteienlandschaft übertragen kann. Davon zeugen auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Bayern, wo die Sozialdemokraten erfolgreich abschnitten.

Zweifellos, fährt mein Gesprächspartner fort, wird der Erfolg in der DDR Kohl Auftrieb geben. Doch schon sehr bald wird er in einer sehr schwierigen Situation sein: Dort wie hier hat der Kanzler widersprüchliche, sich bisweilen gar gegenseitig ausschließende Hoffnungen und Erwartungen geweckt. In der DDR hofft man auf schnelle und allseitige Hilfe, in der BRD darauf, daß die Steuern und die anderen Abführungen an den Staat nicht erhöht werden, was offensichtlich erforderlich sein wird. Wir werden sehr kritisch verfolgen, wie Kohl diesen Widerspruch überwinden wird. Bemerkenswert, daß der Kanzler bereits eine gewisse Korrektur, was die Fristen und den Umfang dieser Hilfe angeht, vorgenommen hat.

Ohne Regierung, doch mit neuen Problemen

Die Sensation vom 18. März, als die CDU einen für viele unerwarteten Sieg bei den Wahlen zur Volkskammer der DDR errang, bestand sozusagen aus einer Vielzahl von Ereignissen, die täglich mehr oder weniger das politische Leben der DDR bestimmen.

Gleich nach den Wahlen legte der CDU-Vorsitzende Lothar de Maizière sein Sofortprogramm für die künftige Regierung vor. Es sah insbesondere die schnelle Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der BRD, die Verbindung des Prozesses der Vereinigung Deutschlands mit dem Streben nach europäischer Einheit und die vollständige Beseitigung der Berliner Mauer vor.

Das Leichteste, zumindest rein technisch, wird offenbar der endgültige Abbau des „antifaschistischen Schutzwalls“ sein, wie die Befestigungen an der Grenze zu Westberlin seit 1961 hier offiziell genannt wurden. Schwieriger ist die Schaffung einer handlungsfähigen Regierung. Natürlich muß das eine Koalitionsregierung sein. Doch wie soll diese Koalition aussehen? De Maizière schlug zunächst vor, der neuen Regierung sollten auch der Bund Freier Demokraten und die SPD angehören. In diesem Fall hätte

die Regierung eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, die erforderlich ist, um die Verfassung der DDR zu ändern.

Viele Beobachter waren der Meinung, eine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit werde in den nächsten Tagen erzielt werden. Die unerwartet schnelle und kategorische Weigerung der SPD, der Regierung beizutreten, wenn ihr auch die rechtskonservative Deutsche Soziale Union angehören wird, brachte de Maizières Pläne durcheinander.

Was soll man tun? Vom Rhein wurde sogleich propagandistische Schützenhilfe für die CDU gegeben. Bundeskanzler Helmut Kohl „riet“ der SPD eindringlich, eine große Koalition mit der CDU einzugehen und sich nicht der Regierungsverantwortung zu entziehen. Für Kohl ist es in jeder Hinsicht von Vorteil, die SPD an die Christdemokraten zuketten und sie durch die Regierungsdisziplin zu binden. Es werden ja für die Bevölkerung der DDR unpopuläre Entscheidungen getroffen werden müssen. Die unrentablen Betriebe werden schließen müssen, die Arbeitslosigkeit wird rapide zunehmen. Natürlich möchte die CDU unter diesen Bedingungen die Regierungsverantwortung mit den Sozialdemokraten teilen.

Zugleich behält die SPD, wenn sie in der Opposition ist, nicht wenige Möglichkeiten,

Die SPD hat den Wählern etwas zu bieten, sagte Vogel. Die Sozialdemokraten hätten genug Trümpfe. Dazu gehörten der soziale Aspekt der Vereinigung und viele andere Probleme, die die bundesdeutsche Öffentlichkeit bewegen: der Umweltschutz, der Wohnraummangel, Fragen von Sicherheit und Abrüstung.

Vor allem wird Oskar Lafontaine, offizieller Kanzlerkandidat der SPD, die Wähler von der Richtigkeit der sozialdemokratischen Antworten auf diese Fragen zu überzeugen haben.

Lafontaine ist optimistisch gestimmt:

„Gerade nach der Wahl in der DDR hat die SPD eine realistische Chance, die Bundestagswahl zu gewinnen... Mit einer Deutschlandsprache, die europäisch ausgerichtet ist, die die wichtigen Schritte mit den europäischen Nachbarn abstimmt und die sozial ausgewogen ist, hat die SPD eine

klare Alternative zum gegenwärtigen Kurs der Bundesregierung. Eine solche Deutschlandsprache entspricht dem klaren mehrheitlichen Willen der Bevölkerung in der Bundesrepublik, und sie gewinnt mehr und mehr auch in der DDR an Zustimmung... Bei der Sicherheitspolitik streben wir eine Verständigung mit den europäischen Nachbarn in Ost und West an, ebenso mit den USA, der UdSSR und Kanada. Ziel ist die Überwindung der Blockkonfrontation und die Errichtung eines europäischen Sicherheitssystems, das an die Stelle der bestehenden militärischen Bündnisse treten soll.“

Bundestagswahlen finden erst im Dezember statt – Zeit, Punkte zu sammeln, ist also noch vorhanden. Die Niederlage in der DDR ist zweifellos ein Schlag für das Ansehen der Sozialdemokratie, auch der bundesdeutschen Sozialdemokratie. Doch in der Politik gibt es die merkwürdig-

sten Entwicklungen, und ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß in den nächsten Monaten das bescheidene Ergebnis bei den Wahlen in der DDR der SPD zupaß kommen kann.

In der jetzigen überaus komplizierten und instabilen Übergangszeit scheint mir die Rolle einer starken Opposition für die Sozialdemokratie erstrebenswerter und weniger riskant zu sein. Erstens werden die CDU – dort wie hier – sowie Kanzler Kohl jetzt gezwungen sein, unter Zeitnot zu handeln, was die Wahrscheinlichkeit überreiter und falscher Entscheidungen größer werden läßt, die die SPD in der Zeit bis zu den Bundestagswahlen ausnutzen kann. Es ist ja immer leichter zu kritisieren als unter dem Druck der Regierungsverantwortung zu handeln.

Zweitens ist das Kräfteverhältnis in der Volkskammer der DDR derart, daß es bei Entscheidungen, die die verfassungsmäßigen Grundlagen berühren (und die werden unbedingt erforderlich sein), ohne die Sozialdemokratie sowieso nicht geht. Für Verfassungsänderungen ist ja eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Und das ist ein starker Hebel in den Händen der SPD.

Wer zuletzt lacht...

Nikita Sholzwer

NZ-Korrespondent

BONN

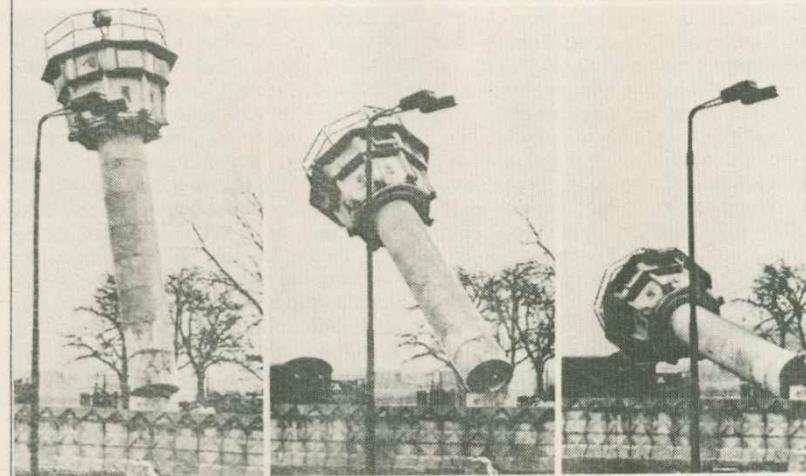


Foto: DaD-AP

Das Ende eines Wachturms an der Grenze...

um Einfluß auf die Politik der Regierung zu nehmen und erneut ihre Verantwortung vor den Wählern zu demonstrieren. Die Sozialdemokratie müssen auch die Interessen der bundesdeutschen SPD berücksichtigen. Wie würden sie in einer Koalition mit der CDU in Berlin aussehen, wo doch der Bundestagswahlkampf ins Haus steht?

Im so mühsam zu schaffenden Parlaments- und Regierungsmechanismus hörte man plötzlich ein Knirschen, als sei Sand in ihn geraten. Gerüchte kamen in Umlauf, daß viele Abgeordnete der Volkskammer (wie es heißt, bis zu 10 Prozent) früher mit dem jetzt aufgelösten Ministerium für Staatssicherheit der DDR zusammengearbeitet hätten. Bezeichnenderweise tauchten entsprechende Meldungen anfangs in der bundesdeutschen Presse auf. Auch die Maizieres selbst sollte in diesen Verdacht geraten. Der CDU-Vorsitzende, der Kontakte in der Vergangenheit, als er Rechtsanwalt war, mit dem Mielke-Ministerium grundsätzlich nicht abstritt, erklärte, er habe sich den Sicherheitsorganen nie zur Zusammenarbeit verpflichtet und von ihnen kein Geld bekommen. Auch der

SPD-Vorsitzende Ibrahim Böhme geriet in die Schußlinie.

Die Geschichte nahm eine unerwartete Wende. In Verdacht gerieten jetzt so gut wie alle Abgeordneten der Volkskammer. Die Parlamentsparteien sollten in eine schwierige Lage gelangen. Die SPD verlangte, einen Sonderuntersuchungsausschuß in der Volkskammer zu konstituieren. Die CDU wandte sich gegen eine allgemeine Überprüfung der Abgeordneten. Der Generalstaatsanwalt der DDR lehnte ebenfalls eine Untersuchung ab, wobei er betonte, solche Handlungen würden, solange das Parlament seine Arbeit nicht aufgenommen habe, im Widerspruch zur Verfassung stehen. Die Frage wurde so nur verschoben, doch sie steht weiter auf der Tagesordnung.

Unterdes verstärkt sich Bonns Präsenz in der DDR. Das ist vor allem im wirtschaftlichen Bereich zu spüren. Unzählige bundesdeutsche Firmen sind jetzt in der DDR aktiv geworden. Eine 49%ige Beteiligung des größten bundesdeutschen Versicherungskonzerns, der Allianz, an der Staatlichen Versicherung der DDR wurde

beschlossen, die von nun an Deutsche Versicherung AG heißen wird. Die Bahnverwaltungen beider Länder sprachen von Fusionsplänen. Dieser Tage erteilte das Justizministerium der DDR dem ersten Rechtsanwalt aus der BRD die Erlaubnis zu juristischer Tätigkeit in der Republik.

Voll Hoffnung erwarten hier viele die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Die Erwartungen, die in die harte D-Mark gesetzt werden, haben ja letztlich den Ausgang der Wahlen in der DDR bestimmt. Doch welche Lawine wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme wird durch die Schaffung einer solchen Union losgetreten werden? Welche Bedingungen will Kohl der DDR bei der Durchführung von Wirtschaftsreformen stellen? Darüber schweigen sich die bundesdeutschen Politiker bislang lieber aus. Und das ist kein Wunder. Es ist leichter, verbal ein „Wirtschaftswunder“ im vereinigten Deutschland zu versprechen als auf die schweren Probleme einzugehen, die in der langjährigen Übergangszeit der Annäherung der beiden Deutschlands auf dem Weg zur Einheit gelöst werden müssen. Und zwar, weil im letzten Fall dargelegt werden müßte, was die Einheit die Bundesbürger und die DDR-Bürger kosten wird.

Michail Podwigin

NZ-Korrespondent

BERLIN

Welche Farbe hat der Samt?

In der Tschechoslowakei hat unser Korrespondent **Kim KOSTENKO** seine Tätigkeit aufgenommen. Nachstehend sein erster Bericht aus Prag

Mir fehlte ein Besen: Die Wohnung in Prag, die mir als Korrespondentenbüro zugewiesen war, mußte in Ordnung gebracht werden. Im nächsten Laden erstand ich irgendeinen Mob mit einem langen Holzstiel und marschierte damit unter neugierigen Blicken von Passanten heim. Unweit meines Hauses stürzte ein zerauuster Bursche in geöffneter Jacke aus einer Bierkneipe an der Ecke, sah mich und breitete grüßend die Arme aus: „So ist's recht! Die russischen Bolschewiki rausfegen!“ Unter heftigem Gebärden- und Mienenspiel rannte er weiter.

Ich legte meinen Kauf ab und ging in die Kneipe. Sie war voll, im kleinen Saal herrschte ein Stimmengewirr. Am Vortag hatte man im Fernsehen gezeigt, wie die erste sowjetische Panzerkolonne die Tschechoslowakei verließ. Das wurde jetzt aufgeregter kommentiert. Als meine Tischnachbarn erfuhren, wer ich bin, woher und wozu ich gekommen, erklärten sie sich gern bereit, auf meine Fragen zu antworten und sich auch sonst zu unterhalten.

So kam es, daß meine ersten tschechoslowakischen Interviews aus einer Bierkneipe stammen. Übrigens ist so eine Kneipe in der Tschechoslowakei zugleich eine Art Kommunikationszentrum, wo man Neuigkeiten und Meinungen austauscht, mit Bekannten und Unbekannten ein Gespräch anknüpft oder diskutiert.

Noch bevor ich zum Fragen kam, mußte ich folgendes hören.

Philologiestudent Miroslav Pokorny, ein Aktivist des Bürgerforums:

„Einige fordern einen Boykott gegen die Sowjets, bis alle eure Truppen aus der Tschechoslowakei weg sind. Vielleicht ist das zu viel, aber sagen Sie: Wenn eure Regierung die Aktion von 1968 verurteilt hat, warum schiebt sie den Abzug aller Truppen hinaus? Freilich habe ich gelesen, daß man Wohnungen für Militärs mit Familie und Schulen für Kinder vorbereiten muß. Ist das aber wirklich so kompliziert, daß man Jahre dazu braucht? Diese Frage ist hier und heute wohl am wichtigsten. Unser Havel hätte die ihm vorgeschlagenen Termine nicht akzeptieren sollen.“

Taxifahrer Jiri Machovec, 28, verheiratet, Vater einer 4jährigen Tochter:

„Um die ganze Tschechoslowakei mit Panzern zu überschwemmen, brauchte man nur einen Tag, um sie aber wegzuräumen, sollen anderthalb Jahre nötig sein? Ich habe meinen Armeedienst hinter mir und weiß, was Umverlegung bedeutet. Würde man mir von überallher zuschreien: „Jiri, pack dich, du Okkupant!“, würde ich mein Töchterchen auf den Arm nehmen und nur so davontreffen.“

Lediglich einer von meinen Gesprächspartnern, ein schon älterer Herr, der übrigens gut russisch sprach, wollte seinen Namen nicht nennen:

„Ich habe eine gute Arbeitsstelle und möchte sie nicht verlieren. Zudem bin ich KPTsch-Mitglied, und in dieser Zeit ist es besser, wenn wir uns nicht besonders hervortun. Schreiben Sie einfach: ein Bankangestellter mit 30 Jahren Dienstzeit.“ Seine Meinung:

„Warum wird dieses Problem vom ganzen Volk so leidenschaftlich diskutiert? Die Ereignisse von 1968 sind ein Trauma, das wir noch nicht überwunden haben. Die Präsenz sowjetischer Truppen auf unserem Boden ist Salz auf diese Wunde. Sie persönlich können sich gar nicht vorstellen, was die Ereignisse hier vor 22 Jahren für die Tschechoslowakei bedeuteten.“

Doch, ich kann es mir vorstellen. Im Frühjahr 1968 war ich in der Tschechoslowakei. Anläßlich des Tages des Sieges erhielt ich in meiner Redaktion den Auftrag, über die Straßen zu fahren, die unsere Division zurückgelegt hatte, als sie die Verteidigung des Gegners bei Olomouc durchbrochen hatte und dem aufständischen Prag zu Hilfe geeilt war. Ich hatte auch mein ganz persönliches Interesse, wollte unbedingt jenen engen Schützengraben dicht an der Grenze der Tschechoslowakei finden, wo ein Splitter des faschistischen Geschosses meinem Körper ein ewiges Mal aufgedrückt hatte, und die Station Stepanuv wiedersehen, wo unsere Batterie am 7. Mai 1945 den letzten Kampf gegen ein deutsches Panzerbataillon führte, das dort zufällig hängengeblieben war.

Junges Gedächtnis ist zähe, ich fand meinen Schützengraben (selbstverständlich nur noch Spuren von ihm), den Ort, wo unsere Batterie in Stepanuv die Stellungen gehalten hatte, und die Mühle, neben der mein älterer Kamerad und Beschützer, der altgediente Soldat Stepan Reschetnjak, ums Leben kam. Eine Panzergranate hatte ihm den Kopf abgerissen. Ich traf sogar einen bekannten Tschechen, den Müller, einen Zeugen jenes letzten Kampfes. Freilich war er es, der mich wiedererkannte.

Alle Kriegserinnerungen rückten jedoch in den Hintergrund angesichts der Eindrücke aus jenem Frühjahr '68 in der Tschechoslowakei. Endlose Mengen wälzten sich durch die Straßen und Plätze großer und kleiner Städte dahin, überall lärmende Kundgebungen, Versammlungen, jubelnde Kolonnen. Lokale Machtorgane wurden gewählt, Pläne der Umgestaltung der Wirtschaft und gesellschaftlichen Formation leidenschaftlich und ausführlich erörtert. Der Prager Frühling, der Frühling der Erneuerung, überflutete die Tschechoslowakei.

Von dieser Reise schrieb ich damals für meine Zeitung. Der Artikel wurde abgelehnt. Wie der Zensor erklärte, gab es Weisung, alle Materialien aus der CSSR und über die CSSR einer Sonderkommission auf dem Alten Platz, d. h. im ZK der KPDSU, zur Durchsicht vorzulegen. Also ging ich ins ZK. Der Vorsitzende der Sonderkommission las den Artikel und hob befremdet seine buschigen grauen Brauen: „Bist du verrückt? Das darf auf keinen Fall in die Zeitung. Noch ein paar Tage, und unsere Panzer werden dort einrücken.“



Kim KOSTENKO gehört zur älteren Generation der sowjetischen Journalisten (Veteran des Großen Vaterländischen Kriegs). Bis zu seinem Einsatz in Prag Verantwortlicher Sekretär der Zeitung „Sowjetskaja Kultura“.

Selbstverständlich könnte man jetzt sagen: „Ich habe jenen Beschuß nicht gefaßt, ich saß nicht in jenen Panzern.“ Man schämt sich trotzdem: für sich und unsere „Sowjetmenschen“, denen von der Wiege bis zur Bahre die Gewohnheit anerzogen wurde, auf Weisungen von oben bedingungslos zu parieren, und die beliebige Gesetzwidrigkeiten, Repressalien, Willkür gegenüber uns selbst und in unserem Namen gegenüber anderen Völkern geduldig hinnahmen. Wenige Tage nach jenem schicksalhaften Augustmorgen kamen sieben Menschen auf den Roten Platz, um gegen den Einzug sowjetischer Truppen in die CSSR zu protestieren. Nur sieben. Sie wurden verhaftet. Wo aber waren wir alle? Die Zeit rächt grausam unsere unendliche Langmut.

Da sitze ich in der Kneipe und fühle mich unter den fragenden Blicken meiner Tischnachbarn nicht sehr gemütlich.

„Bei uns in Prag gibt es Relikte des Stalinschen und Breshnewischen Imperiums auf Schritt und Tritt“, sagt Jiri. „Haben Sie es denn nicht bemerkt?“

Habe ich natürlich. Gleich am ersten Tag kaufte ich mir den Stadtplan des heutigen Prag und sah ihn mir an. Du meine Güte, nach diesem Stadtplan kann man ja die Geographie der Sowjetunion studieren. Ich bin Ukrainer und habe nichts dagegen, daß es in Prag eine Ukrainische Straße gibt. Aber brauchen die Einwohner von Prag diesen Namen wirklich? Daneben verlaufen eine Belorussische, eine Georgische, eine Estnische, eine Armenische, eine Baschkirische usw. Straße. Völkerfreundschaft hin und unverbrüchliches Bündnis her, aber da gibt es noch Straßen, die nach Archangelsk, Kasan, Noworossijsk, Magnitogorsk, Omsk oder Murmansk benannt sind – über 50 sowjetische Stadtnamen zählte ich auf dem Stadtplan von Prag. Außerdem sind da noch eine Shdanow- und eine Kalinin-Straße, eine Tschapajew-, eine Kirov-, eine Lunatscharski-Straße, Dutzende bekannter und selbst bei uns schon unbekannter Familiennamen. Wozu so viele? Damit die Menschen in Prag nie vergessen, wer ihnen ihr Leben in den Nachkriegsjahren bescherte?

„Halb so schlimm“, grinst der Bankangestellte. „Es gibt noch eindrücklichere Spuren. Das uns aufgezwungene Wirtschaftssystem, das das Land an den Rand des Ruins manövrierte. Pro-

duktion um der Produktion willen, Bruttdenken, Gigantomanie im Bauwesen, Mißachtung der ökonomischen Gesetze – alles an den Interessen des sogenannten einheitlichen sozialistischen Lagers orientiert. Man redete uns ein, die Lokomotive der sozialistischen Wirtschaft benötige weder Dampf noch Räder, sie würde unter dem ideologischen Wind ihre Segel blähen und von allein vorwärtsfliegen. Nun stehen wir da. Wissen Sie, daß unsere Arbeitsproduktivität gegenwärtig nur die Hälfte von der in den USA ausmacht? Und das bei uns, in einem Land der traditionell hochentwickelten Industrie. Zahlreiche unrentable Unternehmen, und dann diese Waren, deren Qualität unter jeder Kanone ist.“

Miroslav stößt mit seinem Seidel auf den Tisch, daß sein Bier überschwappt: „Vorbei, das Diktat! Die Komödie des einheitlichen Denkens in der Tschechoslowakei ist zu Ende. Die Revolution hat verkündet: Humanismus, Glaubwürdigkeit, moralische Integrität, Gewaltlosigkeit... Wissen Sie, daß während der samtenen Revolution kein einziges Schaufenster eingeschlagen wurde?“

„Sicherlich, Schaufenster wurden nicht eingeschlagen“, lächelt der Bankangestellte erneut. „Dafür hat man mehr als nur ein Menschenleben verkrüppelt: Selbstmorde, Entlassungen, Verfolgungen im Dienst...“

Ich möchte unser weiteres Gespräch so anführen, wie ich es damals mitgeschnitten habe.

Miroslav Pokorny: Meinen Sie die Kommunisten? Sie tragen die Schuld für die

Lage, in der unser Land jetzt ist. Diktat ist Diktat, wo war aber eure Partei? Eure Führung isolierte sich völlig, löste sich von den Massen los, kannte das reale Leben und seine Probleme nicht. Der Mythos vom Kommunismus, mit dem ihr uns jahrelang einzulullen versuchtet, ist in sich zusammengebrochen. Die kommunistischen Ideen haben ein Fiasco erlitten, also müssen die Kommunisten von der politischen Bühne abtreten. Wer das kapiert hat, geht von selbst und tritt anderen den Platz ab.

Der Bankangestellte: So einfach ist das nicht. 1968 verkündeten eben die Kommunisten als erste die Lösungen, die jetzt das Bürgerforum auf seinen Fahnen stehen hat. Ja doch, die KPTsch-Führung hat eine Menge Fehler gemacht. Nach 1968 wurden beinahe eine halbe Million Menschen aus der Partei ausgeschlossen und ihres Postens enthoben. Wegen des „Andersdenkens“ wurden die besten, fortschrittlichsten, kreativsten Kräfte von jeder Teilnahme an den Angelegenheiten des Staates verdrängt. Mag sein, daß unsere Partei für diesen Fehler büßen muß. Andere Kräfte sind jetzt an die Macht gekommen. Wird da nicht der gleiche Fehler wiederholt? Nun werden alle KPTsch-Mitglieder in Bausch und Bogen entlassen. So wurde bekanntgegeben, daß beim Fernsehen demnächst 2000 Personen entlassen werden, darunter fast alle Kommunisten. Auf Kundgebungen hört man immer häufiger den Ruf nach Vergeltung. Der Samt der Revolution nimmt eine ganz bestimmte Farbe an. Unter dem publizistischen Schaum lugt ein Pogromheld hervor. Gefährlich, höchst gefährlich!

Ich fragte ihn, ob er an die Möglichkeit einer gleichberechtigten und sachlichen Zusammenarbeit zwischen der KPTsch und der neuen Landesführung glaube. Schließlich gibt es in der Führung viele von denen, in denen die Kommunisten erst vor kurzem ihre ideologischen Feinde, „Feinde des Sozialismus“, „Dissidenten“ sahen.

Der Bankangestellte: Im Kampf der Ideale ist es, glaube ich, nicht so, daß die eine Seite absolut über die andere triumphieren und diese andere unbedingt ausgerottet werden muß. Sehen Sie doch, wie weise die Natur ist: Beim Verschmelzen von zwei in vieler Hinsicht gegensätzlichen Prinzipien, des Männlichen und des Weiblichen, wird Neues geboren. Dagegen artet die unumschränkte Diktatur eines einzigen Prinzips unvermeidlich in Böses aus. Da sei Gott vor, daß die Kinder der heutigen Anhänger unserer „sanften und samtenen“ Revolution ein paar Jahre später auf den Wenzelsplatz kommen, um gegen den Totalitarismus des Bürgerforums zu protestieren.

Miroslav Pokorny: Das wird es nicht geben. Heute haben alle das Recht auf eigene Ansichten und Ideen, niemand verfolgt einen nur deswegen. Die KP ist in der Tschechoslowakei nicht verboten. Wenn sie es fertigbringt, das Vertrauen der Mehrheit des Volkes zu erringen, kann sie wieder an die Macht kommen, wie jede andere Partei auch. Von denen haben wir schon an die 40.

Der Bankangestellte: Ich weiß wirklich nicht, was daraus wird. Lange kann der Staat



Frühlingsmärkte in Prag



Sowjetische Truppen verlassen die Tschechoslowakei

Fotos: TASS

nicht in diesem Aufruhr existieren. Eine Ansammlung militanter Laien kann nicht wenig Unbill heraufbeschwören. Die KPTsch hatte es bei all ihren Fehlern verstanden, eine strukturelle Grundlage des Staatswesens zu schaffen, das Verwaltungssystem zu organisieren und die gegenseitigen Beziehungen zwischen verschiedenen Bereichen der materiellen Produktion und des geistigen Lebens in die Wege zu leiten.

Jiri Machovec: Ich kenne mich in der Politik nicht so aus, weiß nicht, was die Kommunisten da alles organisiert haben sollen. Es gab viele schöne Worte, man redete viel von unseren Siegen, plötzlich aber stellt sich heraus: Im Lebensstandard stehen wir an 40., in den Ausgaben für das Bildungswesen gar an 72. Stelle. Havel ist mir sympathisch, ich unterstütze die Position des Bürgerforums vorbehaltlos. Wie wir früher lebten, geht es nicht mehr...

Da hätten wir es: So geht das nicht mehr. Sind aber in letzter Zeit im Leben jedes einzelnen konkrete, greifbare Veränderungen eingetreten, gibt es Neues am Arbeitsplatz?

Miroslav Pokorný: Sicher, und wie! Zum erstenmal in meinen Studentenjahren gehe ich gern zu den Vorlesungen. Das Studium ist interessanter geworden. Die Lehrgänge in der marxistisch-leninistischen Theorie, in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und der KPTsch sowie im wissenschaftlichen Atheismus sind abgeschafft worden, auch ein Fach wie militärische Ausbildung haben wir nicht mehr.

Der Bankangestellte: Eine andere Macht, sonst bemerke ich keine Veränderungen. Freilich freue ich mich für meinen Sohn: Die Dienstpflicht ist verkürzt worden.

Karel Stiborek, Bauarbeiter: Meiner Meinung ist es noch schlechter geworden. Jeden Tag bekommen wir einen neuen Chef. Der erteilt eine Weisung, die Wei-

sung gefällt einem nicht, und schon lesen wir eine Bekanntmachung: Im Namen des Bürgerforums sprechen wir dem Chef unserer Mißtrauen aus und fordern seine Absetzung. Ein neuer Chef kommt, und der ganze Film beginnt von vorn.

Jiri Machovec: Vorläufig arbeite ich wie bisher. Zwar heißt es, daß die Löhne und Gehälter erhöht werden sollen, aber einen konkreten Zeitpunkt nennt keiner.

Der Bankangestellte: Fragt sich nur, wo wir Geld hernehmen sollen. Die tschechoslowakische Krone sinkt im Kurs, der Umfang der gesellschaftlichen Produktion wird geringer. Die neue Regierung hat sich vorgenommen, die Krone in den nächsten Jahren zur frei konvertierbaren Währung zu machen. Dazu muß man die Warenpreise den Weltmarktpreisen annähern. Folglich werden die Lebensmittel teurer sein. Man sieht ja, wie viele Österreicher zu uns kommen, um Lebensmittel zu kaufen, seit die Grenze offen ist.

An jenem Tag hörte ich viele Meinungen. So erfuhr ich, daß in letzter Zeit gute Waren in den Prager Geschäften nur unter dem Ladentisch zu haben sind, selbstverständlich mit einem Zuschlag, was für die Prager ein Novum ist. Daß das Riesengebäude des Zentralkomitees der KPTsch seit Monaten leer steht: Mit der Umstellung auf wirtschaftliche Rechnungsführung ist die Partei mit ihren heutigen Einkünften dieser Belastung nicht gewachsen, und man weiß nicht, welche Behörde sich den Palast aufzubürden bereit wäre. Daß das Innenministerium der Republik Hunderte konspirative Wohnungen, die „zu Dienstzwecken“ benutzt wurden, freigestellt hat. Nun werden einige Glückspilze Einzug feiern.

Außerdem erfuhr ich, daß Prag in diesem Jahr erstmalig seit dem Krieg den 9. Mai entgegen der Tradition nicht feiern wird. „Die Historiker haben festgestellt, daß die

Rolle der sowjetischen Truppen bei der Befreiung Prags nicht so groß war, wie man uns lehrte“, sagte mir Miroslav. „Euer Kommando forderte von der US-Führung, Prag nicht zu besetzen, obwohl die amerikanischen Truppen nicht sehr weit von der Stadt entfernt waren. Im Ergebnis folterten die Faschisten das aufständische Prag drei Tage lang, wir brachten viel zu viele unnötige Opfer.“

Diese Worte trafen mich schwer. Das war kränkend: für meine Kriegskameraden, für Stepan Reschetnjak und für mich so, wie ich damals war: ein blutjunger Soldat, beinahe totgeküßt von den jubelnden Pragerinnen, in Tränen der Begeisterung auch selbst schwimmend, ein Junge, der das endlose dankbare „Nazdar“ als den teuersten Lohn für alle Kriegsschrecken in seinem Herzen bewahrt hat.

Ich möchte hier die Kompetenz meiner Gesprächspartner nicht in Frage stellen und das, was sie mir sagten, nicht kommentieren. Ich lebe in der neuen Tschechoslowakei noch viel zu kurz, um mir ein Urteil über das heutige Geschehen zu erlauben. Fest steht, daß das Land eine schwierige Zeit durchmacht. Die Veränderungen finden unterschiedliche Aufnahme. Tiefgehende revolutionäre Erschütterungen und das Umkämpfen des sozialen Daseins gehen nie reibungslos vorstatten. Es wäre auch wenig überzeugend, wenn diese Aufnahme bei allen gleich wäre. Ich bin nicht so naiv, die gesamte Nachkriegsgeschichte der Tschechoslowakei nur rosarot oder nur schwarz zu sehen. Es ist nicht allzu schwer, überholte Idole von gestern zu stürzen und neue Ideale zu proklamieren. Aber der Weg vom Ideal bis zur Wirklichkeit liegt auf des Messers Schneide. Um diesen Weg zurückzulegen, braucht man Sicherheit, Umsicht und politische Klugheit, zumal sich, wie es in der Tschechoslowakei heißt, immer Leute finden, die dem glücklicheren Nachbarn gern den roten Hahn aufs Dach zu setzen. Auf den zahlreichen Bildern Vaclav Havels, des Führers der neuen Revolution, mit denen seit den Präsidentschaftswahlen die Auslagen von Geschäften, die Fenster und Mauern von Gebäuden großzügig geschmückt sind, sah ich bereits da und dort schwungvolle schwarze Querstriche oder Worte, die man nicht ohne weiteres drucken kann. Jede neue Formation findet rasch ihre Opposition.

Inzwischen lebt das uralte Prag, gemütlich und wie immer freundlich und wohlwollend, sein gemessenes Leben im gewohnten Rhythmus. In der Morgendämmerung beginnt die Schicht in den Betrieben, machen die Geschäfte auf, die Menschen jagen nach den Morgenauflagen zahlreicher Zeitungen. Abends füllt sich der Wenzelsplatz, das Zentrum der Hauptstadt; Tausende Prager halten ihren Kurs ab, schauen in reiche, hellerleuchtete Schaufenster: Sind neue Waren hinzugekommen, vielleicht die Preise gesenkt worden? In ihren Augen liegt Hoffnung.

Tragödie in Targu-Mures

Als ich mich auf einen Artikel über Transylvanien vorbereitete, ein Territorium Rumäniens, auf dem die größte nationale Minderheit Europas – anderthalb Millionen Ungarn – lebt, rief ich Kollegen in Budapest an. In der Sowjetunion verfolgt man regelmäßig die Meldungen von Korrespondenten sowjetischer Zeitungen aus Bukarest. Doch wohl kaum jemand wird behaupten, die Ereignisse in Transylvanien gingen Budapest nichts an, um so mehr da auch die rumänischen Behörden von einer gewissen Rolle sprachen, die Erklärungen der ungarischen Presse, offizieller Vertreter Ungarns und von Touristen aus diesem Land gespielt haben sollen, die Rumänen am Vorabend des 15. März, des Jahrestages der bürgerlichen ungarischen Revolution von 1848, besuchten.

Wie ich erwartete, sollte die Sicht der Gründe der Tragödie in Targu-Mures auf beiden Seiten einander völlig entgegengesetzt und die Interpretation der Tatsachen unterschiedlich sein. Bekannt ist das traurige Ergebnis – Tote, Verletzte, eine Stadt im Kriegsrecht, ein Generalstreik in den ungarischsprachigen Provinzen Harghita und Covasna, fanatischer Nationalismus auf beiden Seiten.

Auszüge aus einer Presseinformation der rumänischen Botschaft in Moskau: „Bürger der Ungarischen Republik überschritten am 15. März ... die Grenze zu Rumäniens und begannen in zahlreichen rumänischen Ortschaften, darunter in Satu-Mare, Targu-Mures und Sovata, in provozierender Weise ungarische Staatssymbole auszuhängen und Schilder mit dem rumänischen Ortsnamen auszutauschen... Höhepunkt war der Aufruf des amtierenden Präsidenten der Ungarischen Republik Matyas Szűrös vom 18. März an die Ungarn in Rumäniens, in dem behauptet wurde, Transylvanien sei „seit eh und je ungarischer Boden“.

Und hier Auszüge aus meinem Gespräch mit dem Pressesekretär des Ungarischen Demokratischen Forums Csaba Kiss (in einer Meldung der rumänischen Nachrichtenagentur wurden Vertreter des Forums als aktive Teilnehmer der Ereignisse vom 15. März in Rumäniens erwähnt): „An den Feierlichkeiten zum 15. März nahmen in Transylvanien tatsächlich viele ungarische Bürger, darunter Vertreter von Oppositionsparteien, teil. Der Bürgermeister von Arad hielt eine Rede in zwei Sprachen, Kränze wurden vor den Denkmälern der Helden von 1848 niedergelegt – nicht nur der Ungarn, sondern auch der Deutschen und der Rumänen. Das einzige, wovon dort Vertreter der Ungarischen Republik sprechen konnten, ist die rumänisch-ungarische Freundschaft. Was aber die Erklärung von Szűrös angeht, so sagte er in Wirklichkeit, Transylvanien sei ein „historisches Gebiet der Rumänen wie der Ungarn“. Am 15. März wurden die ungarischen rot-weiß-grünen Fahnen nicht nur in Transylvanien gehisst, sondern auch in der jugoslawischen Vojvodina und im sowjetischen Transkarpatengebiet – überall, wo Ungarn leben, doch niemand sah in dieser Geste einen Akt des Nationalismus.

Eine Liste gegenseitiger Kränkungen tauchte unverzüglich auf.

Die Rumänen erinnern sich an das 1000jährige Joch ungarischer Grundbesitzer, die Ungarn aber an die gewaltsame Assimilierung der Zeiten Ceausescu. Ja, der „Conducator“ hat dem freien Rumäniens ein schweres Erbe in den Nationalitätenbeziehungen hinterlassen. Vor 2 Jahren war die gesamte Weltöffentlichkeit empört über Pläne für eine „Systematisierung der Dörfer“ in Transylvanien, was das Ende für Hunderte ungarischer Dörfer bedeutet hätte. Eben damals begann man von dem zu sprechen, was alle in der Welt schon seit langem wußten – von der Diskriminierung, der die ungarische nationale Minderheit in Rumäniens auf dem Bildungssektor (es war schwer, Bildung in der Muttersprache zu erhalten) ausgesetzt war, vom Gebrauch des Ungarischen, ungarischer geographischer Bezeichnungen und ungarischer Namen. Eben damals wurde die zunehmende illegale Emigration aus Rumäniens nach Ungarn der Öffentlichkeit bekannt.

Nach dem Sturz der Diktatur des obersten Inspirators der „Systematisierung“ sollte dieser Plan nicht verwirklicht werden. Doch die schweren Folgen der Assimilationspolitik, vor allem die psychologischen Folgen, waren geblieben. Das hätte die neue Führung des Landes berücksichtigen müssen...

Es ist sinnlos, Richter in zwischennationalen Konflikten spielen zu wollen, wenn es Ziel dieses Schiedsrichters ist, die Seite des einen oder anderen Volkes einzunehmen... Einziger zuverlässiger Orientierungspunkt dabei ist die Achtung vor den Rechten des einzelnen, vor dem Gesetz, die Verurteilung jeglicher Gewalt bei der Klärung der Beziehungen. Nur das ist immer der richtige Weg.

In Transylvanien leben seit Jahrhunderten Ungarn, Rumänen, Deutsche und Serben miteinander. Das ist ihre historische Heimat, gehört ein Gebiet ja denjenigen, die dort leben. Jeder hat unabhängig von seiner Nationalität das Recht, von seiner Muttersprache Gebrauch zu machen, in ihrer Bildung zu erhalten, den Namen zu tragen, der ihm gefällt und dort zu leben, wo er geboren ist.

Natürlich nimmt das Leben Berichtigungen an diesem klaren Weg vor: Es ist notwendig, die Realitäten zu berücksichtigen. Leider wird bei dem berechtigten Drang nach Wiederherstellung der Gerechtigkeit oft die konkrete Situation ignoriert, in der sich die Handlung vollzieht – und während in der Vojvodina und im Transkarpatengebiet die ungarische Flagge als etwas ganz Normales angesehen wurde, wird im neuen Rumäniens offenbar noch eine gewisse Zeit vergehen müssen, bis Ceausescu Direktiven von einer Nationalitätenpolitik ersetzt werden, die die Rechte und Interessen der ethnischen Minderheiten berücksichtigt... Bislang aber werden nationale Gefühle rücksichtslos ausgeschaltet.

Das zeigen auch zwei aktuelle Meldungen aus Bukarest. Die rumänische Regierung dementierte in ihrer Erklärung Behauptungen, es habe provokatorische Handlungen von Bürgern der Ungarischen Republik gegeben, die die Unruhen ausgelöst hätten. Und die zweite: Extremisten hätten in der rumänischen Hauptstadt die Vertretung der ungarischen Fluggesellschaft MALEV in Brand gesteckt. ■

Die Achtung vor den Rechten des einzelnen muß bei der Lösung zwischen-nationaler Streitfragen Orientierungspunkt sein



Marina Schakina

Der Gast auf der Schwelle

Ist es nur der Ärmelkanal, der London von Europa '92 trennt? • Die Kopfsteuer erregt die Gemüter. • Zwischen Scylla und Charybdis

Als der Direktor des BBC World Service John Tusa vor einiger Zeit aus der Bundesrepublik zurückkam, brachte er folgenden Witz mit.

Frage: Was ist der Unterschied zwischen dem europäischen Paradies und der europäischen Hölle? Antwort: Das europäische Paradies hat französische Küche, eine englische Polizei, man liebt auf italienisch und regelt seine Angelegenheiten mit deutscher Organisation. Die europäische Hölle: Da wird englisch gekocht, die Polizei ist französisch, die Liebe verläuft nach deutschen Regeln und die Organisation ist italienisch.

„Witze bringen zum Ausdruck, wie sehr sich nationale Klischeevorstellungen in Europa halten, und das sollte unsere Premierministerin beruhigen“, sagt John Tusa. „Der Begriff Europa kann wahrscheinlich nur über die Beziehungen der einzelnen Nationalcharaktere untereinander definiert werden.“

Je näher der Europäische Binnenmarkt rückt, desto besorgter ist man in London, wo man heute immer noch sagt, daß der Ärmelkanal „Europa von Großbritannien trennt“.

Hatte Orwell recht?

In seinem wenig bekannten Essay „England Euer England“ stellte George Orwell bereits 1941 fest: „Für die Europäer sind die Engländer keine Intellektuellen. Sie haben Abscheu vor abstraktem Denken, Philosophie, eine systematische Weltsicht finden sie überflüssig. Das ist nicht etwa deshalb so, weil sie, wie sie selbst gern von sich behaupten, so praktisch sind. Dabei haben sie gewisse Fähigkeiten, zu handeln, ohne vorher nachzudenken. Darin liegt unter anderem auch ihre ambivalente Einstellung zum Empire begründet.“ Ein Empire hat Großbritannien längst nicht mehr. Es gibt den Commonwealth, wobei der britische Einfluß auf die ihm angehörigen Länder beschränkt ist. In dem Jahrzehnt seiner Regierung ist es dem Kabinett von Margaret Thatcher überwiegend darauf angekommen, die Funktion eines Bindegliedes in den komplizierten militärpolitischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa zu übernehmen. Dennoch scheint die präzise Beobachtung eines George Orwell immer noch zu stimmen, wobei sie inzwischen möglicherweise noch mehr Aktualität erhalten hat.

Wahrscheinlich ist es kein Zufall, daß Frau Thatchers persönlicher Berater für europäische Angelegenheiten John Mogg von den übrigen Europäern als Kandidat für einen äußerst wichtigen Posten nicht gewählt wurde: Er sollte die Verantwortung für die Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts 1992 übernehmen. Obstruktionisten sind nicht gefragt. „Heute erinnern wir an einen Gast, der an einem kalten Januarter auf der Schwelle steht und sich nicht entscheiden kann, ob er rein oder raus will“, teilte Lord Jenkins, von 1977 bis 1981 EG-Präsident, dem „Sunday Correspondent“ bedauernd mit. „Das geht denen im Haus spürbar auf die Nerven, und zwar nicht zuletzt wegen der kalten Zugluft. Wir stehen unschlüssig auf der Schwelle herum, sind dann aber doch gezwungen, im letzten Augenblick einzutreten. Damit geben wir den Einfluß hin, den wir in den Institutionen der Gemeinschaft hätten haben können.“

Die besonderen Beziehungen zu den USA werden ebenfalls entwertet. Washington konzentriert seine Wirtschaftsinteressen zunehmend auf den pazifischen Raum und orientiert sich politisch stärker auf Bonn. „Ich glaube, daß die Meinung, ich hätte zur Regierung Bush keine solchen engen Beziehungen, darauf zurückzuführen ist, daß wir inzwischen ganz andere Probleme zu lösen haben“, lautete die jüngste selbstbewußte Erklärung von Frau Thatcher. Dazu die leidenschaftlosen Analytiker: „In strategischer Beziehung ist Frau Thatchers Weltkarte längst veraltet“, schreibt der „Economist“ und setzt damit den Punkt aufs i. „Es scheint, als habe Frau Thatcher drei Veränderungen übersehen, welche die britische Außenpolitik an den Rand der internationalen Angelegenheiten zu drängen drohen. Sie hat mit Verspätung bemerkt, daß die Regierung Bush starken Verbindungen mit einem wiedergeborenen Deutschland mehr Priorität einräumt als einer Erneuerung der besonderen Beziehungen von Frau Thatcher zu Präsident Reagan. Sie hat die Kräfte ernsthaft unterschätzt, die Ost- und Westdeutschland aufeinander zutreiben. Und sie steht immer noch abseits, während die Amerikaner, europäische Konservative und mehr Briten als sie zugeben will sich wünschen, daß sie die Europäische Gemeinschaft stärker von innen heraus prägt.“ Abschließend heißt es im „Economist“, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, eine auf Instinkte

und Intuitionen gebaute Politik zu überprüfen.

Nehmen die Konservativen das zur Kenntnis? Mit Sicherheit. Im vergangenen Dezember wurde die negative Einstellung des offiziellen London zur EG-Integration, besonders Vorbehalte gegen die Idee, die britische Währung einer europäischen Regelung zu überantworten, zu einem Thema, das allen Tories, die mit den Handlungen des regierenden Kabinetts unzufrieden waren, ermöglichte, sich in einem Lager zusammenzufinden. Die Herausforderung, die Margaret Thatcher in der Auseinandersetzung um das Amt des Parteivorsitzenden von Anthony Major präsentiert worden war, konnte abgewehrt werden, aber allein die Tatsache, daß insgesamt 60 Parlamentarier der Regierungschefin ihre Unterstützung versagten, wurde von Beobachtern als äußerst ernst zu nehmende Warnung für die Premierministerin verstanden.

Nicht nur finanzielle Sorgen

Die größte Beunruhigung in den Reihen der Konservativen, die Meinungsumfragen zufolge in der Sympathiewertung 20 Prozent hinter die Labour Party zurückgefallen sind, löst inzwischen die an die Kommunen zahlbare Kopfsteuer aus. Von den Schotten wird sie bereits erhoben, und am 1. April wird sie auf alle Engländer und Waliser zukommen. Tausende von Menschen haben sich bereits über die offensichtliche Ungerechtigkeit empört. Die Steuerhöhe ist für jeden Briten, der das 18. Lebensjahr erreicht hat, gleich, ohne daß seine Einkünfte oder Ausgaben für die Miete berücksichtigt werden. Überall wird die Ungerechtigkeit dieser Rechtsnivellierung verurteilt. Beispielsweise hat sich der reichste Mann Großbritanniens, Gerald Cavendish, Herzog von Westminster, für den die Regierung gerade 10 000 Pfund Sterling eingespart hatte, sich überhaupt dazu entschlossen, dieses Geld an Familien mit geringem Einkommen weiterzuleiten. Verschiedenen einzelnen Meldungen ist jedoch zu entnehmen, daß der europäische Aspekt in der Politik Londons im Regierungskabinett den größten Anlaß für Meinungsunterschiede bietet.

Frau Thatcher erklärt, daß die Aussicht auf eine deutsche Vereinigung und der in diesem Zusammenhang mögliche Fall des D-Mark-Wechselkurses einen Anschluß des Pfund Sterling an den europäischen Regelmechanismus für die absehbare Zukunft unmöglich mache. Soweit



Ein Ehepaar dankt dem Steuereintreiber: Das neue Gesetz erlaubt Ehefrauen, ihr Einkommen selbst zu versteuern. Bis jetzt war es Angelegenheit ihres Gatten, Steuern auf das gemeinsame Familieneinkommen zu leisten. Die übertrieben heile Welt dieser Karikatur im Londoner „Observer“ steht in einem deutlichen Kontrast zu der massenhaften Unzufriedenheit über das neue Steuergesetz

bekannt, sprechen sich jedoch fast alle übrigen Mitglieder ihres Kabinetts dafür aus, diesen Schritt so schnell wie möglich zu vollziehen. Sein Ziel sollte sein, die Diskontsätze zu senken, die schon seit mehreren Monaten auf der 15 %-Marke hängengeblieben sind und dazu beitragen, daß selbst das Bollwerk der Tories, die mittelständischen Geschäftsleute, ins Lager der Labour Party überlaufen, ganz zu schweigen von den hochqualifizierten Arbeitern, die massenhaft in ihre politische Heimat rücksiedeln. In den Jahren der konservativen Regierung zu Hausbesitzern und Aktionären avanciert, reagieren sie jetzt ungehalten auf jede Zinssteigerung für ihre Hypotheken und fragen sich, ob sie in den letzten Jahren so recht daran taten, bei Wahlen für die Tories zu stimmen.

Daß Großbritannien Atomwaffen hat, „war noch nie so wichtig wie heute“, behauptet Margaret Thatcher bei einer Konferenz der Jungen Konservativen in Torquay und fährt fort: „Allzuoft haben demokratische und friedliche Nationen in ihrer Wachsamkeit nachgelassen, weil sie meinten, die Gefahr sei vorüber und die Zukunft würde ihnen nur noch Frieden und Fortschritt bringen. Allzuoft haben sie sich getäuscht. Große Friedenspläne können großen Kriegen vorausgehen.“ Außenminister Douglas Hurd jedoch, der Premierminister formell mit keinem einzigen Widerwort begegnet, spricht doch lieber über etwas anderes, nämlich die vielversprechenden Perspektiven „der größten konventionellen Abrüstung in Europa seit der Demobilisierung nach dem zweiten Weltkrieg“, über die Chance, „aus Panzern Traktoren zu machen“. Der Kommentator des „Observer“ meint, das Foreign Office unternehme „vorsichtige

Bemühungen“, um sich von der Downing Street „abzunabeln“, unter anderem auch in der Frage des vereinigten Deutschlands. Während die Premierministerin ständig darauf pochte, daß ein vereinigtes Deutschland auch NATO-Mitglied sein müsse, stellt ihr Minister lieber Überlegungen darüber an, wie man nicht diesem Block, sondern dem KSZE-Prozeß in Zukunft eine wichtigere Rolle bei der europäischen Friedenssicherung geben könne. Man nimmt jedoch an, daß die wirklichen Meinungsunterschiede zwischen Douglas Hurd und Frau Thatcher sich in Wirklichkeit auf innenpolitische Fragen beziehen. Der Chef des Foreign Office gilt als ein Mann, der dem sozialen Konsens im Land größeren Wert beißt.

Der angesehene Hinterbänkler der Tories, Michael Heseltine, der zuerst Umweltminister war und dann Verteidigungsminister in der Regierung Thatcher wurde, macht kein Hehl daraus, daß er in Hinsicht auf Europa andere Vorstellungen hat. Dieser Politiker, der, wie Meinungsumfragen zeigen, durchaus Anspruch auf das Amt des Parteichefs erheben kann, falls die Premierministerin zurücktritt, erklärte kürzlich im Parlament unumwunden: Großbritannien muß dem Beispiel der Bundesrepublik folgen und der Bank von England Unabhängigkeit gewähren, engere Beziehungen zur EG herstellen und einer deutschen Vereinigung aufgeschlossen gegenüberstehen.

Blick über den Kanal

Wie stehen nun außer den Politikern die Briten selbst zur Alten Welt? Wie verschiedene Untersuchungen ergeben, meinen die meisten Briten, daß die Vereinigten

Staaten auch im Jahr 2000 ihre engsten Verbündeten bleiben. Auf Platz 2 liegt, Perestroika und Glasnost sei's gedankt, die Sowjetunion. Nur 2 Prozent der vom Gallup-Institut Befragten glauben, daß Paris wichtigster Bündnispartner für London bleibt: Die alte Rivalität mit den Franzosen hat allem Anschein nach untilgbar Spuren im Bewußtsein der Briten hinterlassen. Eine andere Umfrage brachte allerdings Befürchtungen zutage, die mit denen von Frau Thatcher übereinstimmen. 59 Prozent der Befragten erklärten beispielsweise, „keiner kann sicher sein, was in Zukunft geschieht, deshalb sollte Großbritannien seine Rüstungsausgaben beibehalten“. Man sollte auch festhalten, daß die Rüstungspolitik der Regierung trotz ihres noch nie dagewesenen Sympathieverlusts bei den Briten immer noch mehr Vertrauen genießt als mögliche Schritte der Labour Party auf diesem Gebiet, obwohl Neil Kinnock's Partei sich von der einseitigen atomaren Abrüstung losgesagt hat.

Es mag seltsam erscheinen, aber inzwischen ist es so weit, daß die Tories ihren Wählern die Richtigkeit ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik mit den Ereignissen in Osteuropa beweisen. Man propagiert ungefähr folgende These: „Seht Ihr, die Polen nehmen sich ein Beispiel an der Regierung der Konservativen, sie haben verstanden, daß der Sozialismus den Menschen kein Glück und keinen materiellen Wohlstand bringt, und Ihr wollt die Labour Party an die Macht bringen!“ Die Leute, die empört sind über die Kopfsteuer, die sie in die kommunalen Kassen zahlen müssen, staunen manchmal wirklich, wenn sie ihre Morgenzeitung aufschlagen und lesen, daß ihr Staatsminister für Umweltschutz David Hunt nach Warschau fährt und den Beamten dort auseinandersetzt, wie die Kommunen zu funktionieren haben. Der Minister hat den Polen allerdings vorgeschlagen, die Gemeinden direkt aus der Staatskasse zu finanzieren, und gesagt, daß ihr Land für eine Kopfsteuer noch nicht reif sei.

„Können die Experimente in Osteuropa uns im Westen nicht neue Perspektiven zwischen einer sozialistischen Scylla und einer kapitalistischen Charybdis bieten?“ Diese alles andere als müßige Frage wird im Leitartikel des liberalen „Guardian“ aufgeworfen. Offensichtlich fragen sich das jetzt viele Briten.

Dmitri
Woskobojnikow
LONDON

TheWorldPaper

Die in den USA herausgegebene
Zeitung analysiert ebene und rauhe Wegstrecken der Abrüstung

Kein Feind –
keine
Waffen

Gorbatschow liegt vorn



45

Jahre kalter Krieg haben ihre Kampf-
narben hinterlassen. Die Produktion
einer Streitmacht, die sich bei Para-
den auf dem Roten Platz eindrucks-
voll ausnahm, hinterließ der Sowjet-
union eine Wirtschaft, wie sie eher für
ein Land der Dritten Welt paßt. Die
Vereinigten Staaten sind mit einem

Militärhaushalt, der das Bruttosozialprodukt der meisten Länder
dieser Welt in den Schatten stellt, innerhalb eines Jahrzehnts zur
höchstverschuldeten Nation der Welt geworden und haben einen
fein herausgefütterten militärisch-industriellen Komplex, der es in
gewisser Hinsicht nicht liebt, plötzlich ohne Feind dazustehen.

Bei abnehmenden Spannungen zwischen Ost und West ver-
schiebt sich der strategische Vorteil auf Bereiche der Weltwirt-
schaft, die mühelos von militärischer auf zivile Produktion umge-
stellt werden können, indem etwa Raketenilos mit Getreide voll-
geschüttet oder flotte Autos für den Export gebaut werden
anstelle von zwar gefechtsbereiten aber untätig herumlungernden
Panzern.

Der Sieger des kalten Krieges ist zweifellos Japan, denn es
wurde durch kein Damoklesschwert bedroht und konnte sich ganz
darauf konzentrieren, seine gewaltige Wirtschaftsmaschinerie auf-
zubauen. Inzwischen kann es sich schon ganz gut alleine um seine
Verteidigung kümmern.

Make money, not war: Der richtige Zeitpunkt

Der militärisch-industrielle Komplex in den USA nimmt aber immer noch Deckung

Zwei Generationen von Amerikanern sind in einer Kriegsatmosphäre groß geworden.

Oft wurde Patriotismus daran gemessen, wie jemand die permanent ansteigenden Verteidigungskosten und immer exotischere Waffen einschätzte und ob er bereit war, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen einzumischen. Wer als „Rüstungs-Softie“ abgestempelt war, wurde als verspinnerter oder gar unpatriotischer Linksextremist entlassen.

Infolgedessen hängt die Existenz von vielen Menschen sowohl innerhalb des als militärisch-industrieller Komplex bekannten Rüstungs-Establishments als auch sonst im ganzen Land von einer starken Verteidigung ab. Jede Veränderung des Status quo kommt ihnen äußerst ungelegen. Obwohl keine genauen Zahlen vorliegen, leben etwa 25 Millionen Amerikaner, also ungefähr 10 Prozent der Bevölkerung, von Rüstungsdollars. Von diesen profitiert noch einmal dieselbe Zahl von US-Bürgern indirekt.

Zum ersten Mal seit 1939 müssen die Vereinigten Staaten ein einzigartiges Problem gewärtigen. Wie sollen wir angesichts von Michail Gorbatschows Friedensinitiativen und Ost-West-Entspannung unseren militärisch-industriellen Komplex abbauen?

Präsident Dwight Eisenhower hat dieses Problem schon 1961 gesehen, als er in seiner ungewöhnlich eloquenten und aufsehenerregenden Abschiedsrede darauf hinwies, daß „wir uns in den Regierungsorganen vor dem übermäßigen Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes, sei er nun beabsichtigt oder unbeabsichtigt, in acht nehmen müssen“. Eisenhower kam immer wieder auf das Problem eines ausgewogenen Rüstungshaushalts zurück, auf eine „Balance zwischen Kosten und erhofftem

Nutzen“. Das waren die direkten und ehrlichen Worte eines Mannes, der es dem militärisch-industriellen Komplex zu verdanken hatte, daß er Präsident der Vereinigten Staaten geworden, und der in der ganzen Welt bekannt war für seine hervorragenden militärischen Verdienste als General und Oberkommandierender der Alliierten Expeditionstruppen im zweiten Weltkrieg.

Das Problem ist verwickelt. Wie soll ein Land, das in 50 Jahren Billionen von Dollars ausgegeben hat, um kolossale Streitkräfte und Rüstungen zu unterhalten, mit seinen psychologischen und wirtschaftlichen Schranken fertig werden und zu normalen Friedensbedingungen zurückfinden?

Was soll eine überdimensionale Verteidigung, wenn es keinen Angreifer mehr gibt? Über die Auswirkungen auf die militärischen Institutionen unseres Landes und unsere Kampfmodus hat sich bisher kaum jemand Gedanken gemacht. Solange der kalte Krieg die Möglichkeit eines heißen Krieges in sich barg, war es kein Problem, eine große Anzahl von Militärpersönal in Gefechtsbereitschaft zu halten, obwohl der Militärdienst kaum eine friedliche Form des Lebensunterhalts ist.

Die Hindernisse, die einer Konversion entgegenstehen, gehen über wirtschaftliche Überlegungen hinaus. Wer im militärisch-industriellen Komplex arbeitet, wird durch die Karriere, psychologische, emotionale, politische, religiöse und subjektive Erwägungen motiviert, die nichts mit wirtschaftlichen Erfordernissen, dem Rüstungshaushalt und deshalb auch nichts mit der militärischen Bedrohung ihres Landes zu tun haben.

Weil Rüstungsausgaben in der amerikanischen Gesellschaft so fest etabliert sind, haben Politiker, Geschäftsleute und Wissenschaftler kaum Pläne für einen Übergang zum

Frieden aufgestellt. Mit dem „Friedens-Dividende“ genannten Programm, das in den USA große Beachtung findet, kann sich das jedoch bald ändern.

Der Nationale Ausschuß für wirtschaftliche Konversion und Abrüstung in Washington, zu dessen angesehensten Mitgliedern der Wirtschaftsexperte John Kenneth Galbraith und der ehemalige Senator George McGovern gehören, hat eine Koalition von in der Rüstungsindustrie Beschäftigten, Berufsverbänden, Kommunalpolitikern und Friedensorganisationen auf die Beine gestellt, um eine landesweite Diskussion über die zivile Verwendung von Friedengeldern in Gang zu bringen. Die erste Serie einer landesweiten Radiodiskussion unter dem Titel „Die USA nach dem kalten Krieg und die Friedens-Dividende“ ist für diesen Mai geplant.

Der US-Abgeordnete Ted Weiss hat im Repräsentantenhaus einen Akt der ökonomischen Regelung der Verteidigung als Gesetzesvorlage eingebracht, die für dieses Jahr der großen Veränderungen energische Maßnahmen vorsieht. Danach sollen Ausschüsse geschaffen werden, die untersuchen sollen, wie die Rüstungsindustrie auf die Produktion von Zivilgütern umsteigen kann. Dabei freigesetzte Arbeitskräfte sollen für zwei Jahre Arbeitslosengeld erhalten, und insgesamt sollen für den Übergang besonders günstige Bedingungen geschaffen werden. Diese Vorlage ist, da sie eine stabile und geregelte Konversion zur Zivilproduktion gewährleisten könnte, als bei-

spielhaftes Gesetzeswerk um die Welt gegangen.

Davor hat es auch schon Konversion gegeben. Größere industrielle und militärische Demobilisierungen gab es schon nach dem zweiten Weltkrieg und nach dem Korea-Konflikt 1953. Obwohl für manche Industrien schmerhaft, waren sie doch insgesamt erträglich. Auf lange Sicht hat die Demobilisierung unsere Wirtschaft gestärkt.

Mehr als alles andere aber brauchen die USA neue führende Köpfe, die nicht belastet sind durch Erfahrungen der Vergangenheit und imstande, eine neue, ausgewogene Sichtweise für ein Leben nach dem kalten Krieg in Worte zu fassen. Sie dürfen jedenfalls nicht so klingen wie die Äußerungen von Präsident Bush, der die Unterstützung für den US-Rüstungshaushalt unlängst untermauern wollte, indem er sagte: „Es kommt darauf an, daß wir von diesen ermutigenden Veränderungen nicht eingelullt und zur Beschaulichkeit verführt werden, oder das wir in unserer Wachsamkeit gegenüber einer weltweiten Bedrohung“ durch die Sowjetunion „nachlassen“.

Eine vernünftige Konversion sollte von der Führung ausgehen und von oben nach unten erfolgen. Der von Präsident Bush vorgelegte Haushalt für das Finanzjahr 1991, der am Rüstungshaushalt nur unwesentliche Kürzungen erlitt, zeigt, daß es in dieser Hinsicht noch bitter an der Führung mangelt.

Admiral Stanley Fine
WASHINGTON

Die Japaner steigen ins Rüstungsgeschäft ein

Das eigene Schwert, wo die USA in Asien eine militärische Lücke hinterlassen

Während die westliche Rüstungsindustrie in einer neuen Ära des Friedens und der gekürzten Militärausgaben gerne mehr

Schwerter in Pflugschare umschmieden möchte, könnten die Japaner den entgegengesetzten Weg gehen. Verschiedene starke Kräfte scheinen

Japans Industrie in einen Wettlauf um die beste High-tech-Rüstungsindustrie, Forschung, Entwicklung und Produktion hineinziehen zu wollen. Während Japan zur weltweiten wirtschaftlichen Supermacht avanciert, sind internationale Verantwortungen und der kategorische Imperativ, weltweite Wirtschaftsinteressen und Handelsrouten zu schützen, für dieses Land von zunehmender Bedeutung, besonders im Zusammenhang mit einem teilweisen militärischen Rückzug der USA aus dem asiatisch-pazifischen Raum. Dieser muß als Hintergrund für eine permanent unsichere Lage gesehen werden: China nach den Ereignissen auf dem Tiananmen-Platz, das Pulsverfaß koreanische Halbinsel, Aufruhr auf den Philippinen, Turbulenzen in Indochina, in Burma und so weiter.

Diese äußeren Kräfte treten zu einem Zeitpunkt auf, da die Kontroverse um den experimentellen Erdkampf-Jagdbomber FSX weitreichende Übereinstimmung in Regierung und Geschäftskreisen Japans ausgelöst hat, wo man sich einig ist, daß man in der Militärtechnologie schnell zu größerer Autonomie vorstoßen will. Anfang 1986, als man in Japan zum ersten Mal darüber sprach, den FSX, einen eigenen Düsenjäger, zu bauen, erhob der US-Kongress Einwände und verwies auf zunehmende Handelsdefizite. Schließlich stimmte Japan dem Plan einer gemeinsamen Entwicklung zu, bei dem der FSX auf der Grundlage des amerikanischen F-16 gebaut werden sollte, wobei Japan mehrere technologische Modifizierungen vorzunehmen hatte und 40 Prozent der Entwicklungsarbeiten auf den Hersteller des US-Jägers, die General Dynamics Corporation, übertragen werden sollten. Komischerweise haben, nachdem dieser Plan auf dem Tisch lag und obwohl der Kongress ihm bereits zugestimmt hatte, einige US-Gesetzgeber behauptet, daß mit diesem Geschäft amerikanische Technologie aus der Hand gegeben werde, welche die Japaner jederzeit für ihre kommerzielle Luft- und Raumfahrt übernehmen könnten. Andererseits zeigten sich die Japaner darüber beunruhigt, daß die USA nun Zugang zu ihrer eigenen Technologie hät-

ten. Vor kurzem haben beide Seiten ihre größten gegenseitigen Vorbehalte ausgeräumt, so daß man erwarten kann, daß die Arbeit an diesem Projekt Fortschritte macht.

Um es ohne Umschweife zu sagen, haben der Fall FSX in Verbindung mit der US-Liste 301 für erstklassige Waren, in der Japan als unfaire Handelspartner bezeichnet wird, und das Phänomen eines „vorpredenden Japans“ die Debatte darüber angeheizt, wie verlässlich die USA als Bündnispartner eigentlich noch sind.

Die Rüstung gilt als ein Bereich, der für die Industrie bedeutende technologische Wohltaten abwirft, das heißt, daß im Rüstungssektor entwickelte Technologien auf dem Zivilsektor angewendet werden können. Die traditionellen Rüstungsproduzenten, wie die Schwerindustrie und die größeren Elektronik-Gesellschaften, pumpen Investitionen in die Rüstungsproduktion, während neue Körperschaften sich dem Wettlauf anschließen, besonders auf dem Gebiet der Zweifach-Technologie (neue Werkstoffe und Geräte).

Das soll nun wieder nicht heißen, daß die Japaner bald Panzer im Toyota-Tempo austosßen oder daß Kampfflugzeuge made in Japan amerikanische und europäische Hersteller in die industrielle Steinzeit pusten werden. Es kann auch als voll-

kommen gesichert gelten, daß Japan sich in absehbarer Zukunft nicht für die atomare Variante entscheiden wird. Andererseits dürfte die selbstauferlegte Beschränkung für Waffenexporte demnächst weniger rigide gehandhabt werden. Zudem werden solche Attribute des japanischen Managements wie strenge Qualitätskontrolle, pünktliche Lieferung, Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Management und Arbeit sowie langfristig kommerziell orientierte Investitionsprogramme die japa-

nische Präsenz auf dem Rüstungsmarkt nur noch fördern.

Für die 90er Jahre scheint man mit einer robusten japanischen Rüstungsindustrie rechnen zu müssen. Ob sie die Form eines gigantischen kommerziellen Gegenspielers annehmen wird oder ob technologische und industrielle Zusammenarbeit möglich wird, hängt wahrscheinlich mehr von westlicher Regierungspolitik und gemeinsamen Strategien als von den Japanern ab.

Jean-Pierre Lehmann
TOKIO

Ein Hauch von Reformen im Nahen Osten

Mit dem Rückzug der Supermächte sinkt die Spannung

Warum lehzen heute, da die israelische Armee schon seit zwei Jahren durch die Intifada gebunden wird, die traditionellen Feinde Israels nicht nach Krieg? Warum hat Arafats Palästinensische Befreiungsorganisation sich öffentlich vom Terrorismus losgesagt? Warum hat Syrien seinen Rüstungshaushalt gekürzt? Und warum bewegt sich Israel langsam aber sicher auf eine Übereinkunft mit den Palästinensern zu? Die Antworten lesen Sie bitte in den

historischen Nachschlagewerken des nächsten Jahrhunderts nach.

Unter dem Buchstaben „G“. Tatsächlich könnten sich Michail Gorbatschows wenig spektakuläre Erfolge in der Frage eines Friedens im Nahen Osten als bedeutend langlebiger erweisen als die von seiner Regierung inspirierte Demokratie im Medienereignis Osteuropa.

Um Moskau und Leningrad mit Butter zu versorgen, war Gorbatschow gezwungen, der arabischen Welt die Waffenlieferungen abzuschneiden. Der Effekt ist vielleicht weniger medienwirksam, beeinflußt aber den Kriegsberichterstatter Nummer 1 in dieser Welt entschärfend.

Die PLO, die einst auf sowjetische Großzügigkeit rechnen konnte, stellt für sich ein Defizit von 42 Mio US-Dollar für das Finanzjahr 1990 in Aussicht, zuzüglich der 70 Millionen vom letzten Jahr. Nachdem die Ölpreise wieder einigermaßen unter Kontrolle sind, hat die PLO Schwierigkeiten, selbst die schon zugesagte Unterstützung ihrer arabischen Brüder zu erhalten. Als Arafat und seine belagerten Mitkämpfer einen schnellen doch bescheidenen 4-Millionen-Kredit brauchten, um Schiffe zu chartern, auf denen sie Beirut verlassen konnten, nachdem Israel in den Libanon eindrang, war, hat Washington, und nicht Moskau, die Rechnung bezahlt.



Der Umfang der US-Finanzhilfe für Arafat wird wohl nie bekannt werden, denn das Geld wird von dritten Parteien wie Großbritannien oder Saudi-Arabien, die den Charter-Deal von Beirut absicherten, bewegt. Obwohl die Kreml-Hilfe für die PLO schon vor der Perestroika nachließ, hat Gorbatschow sie völlig versanden lassen.

Syrien, Moskaus aggressiver arabischer Adoptivsohn, ist jetzt Vollwaise. Die Kriegsmaschinerie funktioniert jetzt mit Bargeld, und Präsident Hafez al-Assad gebietet nur noch über einen drastisch reduzierten Militäraushalt, der, wie unlängst gemeldet, auf 25 Prozent geschrumpft ist. Auf einmal konferiert der oberste Hardliner der Arabischen Welt mit Ägyptens Hosni Mubarak, für Assad normalerweise ein Verräter, weil er sich an den ägyptisch-israelischen Frieden hält. Damaskus muß diplomatische Wege einschlagen, um die Kontrolle über die Golanhöhen zurückzuverlangen.

Ein radikal verändertes Osteuropa weigert sich, weiterhin Terroristengruppen mit militärischer Ausbildung, falschen Pässen und Sprengstoff zu unterstützen, der bei der Pan Am-Katastrophe über Lockerbie, Schottland, fast 300 Unschuldige getötet hat.

Die Bereitschaft des sowjetischen Staatschefs, sowjetische Juden auswandern zu lassen, hat eine symbiotische Beziehung entstehen lassen. Israel bekommt die Masseneinwanderung, die es braucht, um die hohe arabische Geburtenrate im Land zu kompensieren. Allmählich erhält auch die PLO die Möglichkeit, in der einen oder anderen Verkleidung mit Jerusalem zu verhandeln. Die USA erzielen besonders dann einen echten Fortschritt in dieser schlimmsten Konfliktzone der Welt, wenn der Pentagon-Haushalt gekürzt wird. Dabei bekommt auch die UdSSR die westliche Wirtschaftshilfe, die sie für ihren Umbau so dringend braucht.

Nicht weniger als die arabischen Länder ist jetzt auch Israel einem beiderseitigen Druck ausgesetzt. Dieser wird nicht eben behutsam ausgeübt. Um Israel vom toten Punkt zu bringen, hat Washington vor einem Monat signalisiert, daß ein gewisser Teil seiner Wirt-

schaftshilfe für Osteuropa bestimmt sein müßte. Allein schon die Andeutung rief in Israel Furcht und Zittern hervor, weil man dort vor der Notwendigkeit stehen könnte, mit Milliarden von Dollars die Flucht von Juden in die Wege leiten zu müssen, wenn ihnen in der Sowjetunion ein antisemitisches Chaos droht. Israel braucht jetzt mehr Geld.

Gorbatschows Abkehr von den arabischen Betonköpfen sowie sein Verständnis für die Tatsache, daß eine Ausreiseerlaubnis für die sowjetischen Juden der Schlüssel zu massiver US-Hilfe ist, verändern die Realität im Nahen Osten.

Hesh Kestin
TEL AVIV

Melancholie in der Roten Armee durch Status-Einbuße

*Geringe Kampfmoral wegen Gorbatschows
Truppen- und Haushaltskürzungen*

1945 war Michail Gorbatschow 14 Jahre alt. Heute ist er der erste sowjetische Staatschef ohne praktische Erfahrungen im zweiten Weltkrieg. Folglich bringt er den Militärs nur bescheidene Gefühle und Loyalität entgegen.

In den fünf Jahren, die er am Ruder ist, hat er die Armeeleitung einschneidend verändert, baut er die Personalstärke ab, liquidierte er einen politisch relevanten Teil des atomaren Arsenals und kürzte er den Rüstungshaushalt um 14 Prozent. Sein wohl größter Bruch mit der Praxis der Vergangenheit besteht darin, daß er den Umfang des militärischen Personals und der Waffen in der UdSSR und in allen anderen

Ländern des Warschauer Pakts veröffentlicht hat.

Gorbatschows Truppenabbau umfaßt 500 000 einer 5 Millionen Mann starken Armee. Über 100 000 Offiziere werden entlassen, obwohl das wenig besagt, weil viele von ihnen ohnehin in den Ruhestand hätten treten müssen.

Gorbatschows Kürzungen sind gar nicht so drastisch, wenn man sie mit denen Chrustschows vergleicht, der die Armee gleich um 1,5 Millionen Mann, 250 000 von ihnen Offiziere, gekürzt hatte. In den 50er Jahren erhielten ganze Divisionen ihren Marschbefehl ins Zivilleben. Da der von Chrustschow verurteilte Stalin zuvor in der Armee angebetet wurde, konnte man sicher sein, daß Chrustschows Gegner die

Unterstützung des Militärs hatten. Heute ist nicht klar, ob Gorbatschow die Unterstützung des Militärs haben wird.

Defätmus ist auf dem Vormarsch in einer Armee, die heute ihre privilegierte Stellung in der Gesellschaft verloren hat. Die Doktrin einer starken Verteidigung gegen die imperialistische Bedrohung wurde fallen gelassen, und die neue Politik der Koexistenz mit dem Westen und eines weiteren Abbaus der Streitkräfte läßt die 700 000 Offiziere der Sowjetarmee um ihre Zukunft bangen.

Die Kampfmoral ist gering angesichts der sich vertiefenden wirtschaftlichen und nationalen Krise, in der die Streitkräfte in den von nationalen und ethnischen Konflikten zerrissenen Regionen für Ordnung sorgen müssen. Es hat Desertionen gegeben, Mannschaften und Offiziere äußern sich zunehmend unzufrieden darüber, daß sie für politische Zwecke benutzt werden.

Es ist schwer zu bestimmen, in welchem Lager, dem der Reformer oder dem der Konservativen, die Armee sich im Fall einer tiefen politischen Krise wiederfinden würde. Die Sowjetarmee hat keine Tradition bei der Einmischung in politische Fragen.

Dennoch können Schlüssefolgerungen, die man aus historischen Erfahrungen ableitet, wie z. B. die Ereignisse, die Hinwendung zu einem Mehrparteiensystem, zeigen, in die Irre führen.

General Tadeusz Pioro
WARSCHAU

ELSEVIER'S RUSSIAN-ENGLISH DICTIONARY

R. MACURA

1990, 3264 pages

(240,000 key entries from A-Z in four parts)

Price: US\$307,75/hfl.600.00

ISBN 0-444-88467-X

for Dictionary catalogue/further details:

Elsevier Science Publishers

Attn: M. Hamers

P O Box 1991, 1000 BZ Amsterdam

The Netherlands

Der dornenreiche Weg zur Demokratie

Offensichtlich zeichnet sich gerade ein Austausch in typisch amerikanischer Manier ab: Eine Maschine der US-Air Force fliegt innerhalb von vier Jahren schon den zweiten Diktator Haitis aus. 1986 war es Jean-Claude Duvalier, heute ist es Prosper Avril.

Beiden Fällen ist gemeinsam, daß sowohl der eine als auch der andere vor dem Rücktritt ein Gespräch mit Washingtons Botschafter hatte.

Daß Washington sonst noch in altbekannter Weise seine Hände im Spiel hatte, konnte ich in jenem Moment nicht feststellen.

Nach dem Sturz von Duvalier jun. hielt sich eine Zeitlang auch ein Triumvirat an der Macht, dem zuerst Generalleutnant Henry Namphy vorstand, dann der Diplomat und Politologe Leslie F. Manigat, nochmals Namphy – diesmal in stolzer Einsamkeit,

und zu guter Letzt Avril. Alle versprachen, die Demokratie einzuführen, Wahlen durchzuführen und machten von Zeit zu Zeit sogar Anstalten dazu. Aber Haiti einem zivilisierten Land näherzubringen vermochten sie alleine nicht, und andere wollten es gar nicht erst.

Chef der jetzigen bürgerlichen Übergangsregierung wurde Ertha Pascal-Trouillot, Juristin und ehemalige Führerin der Frauenbewegung von Haiti.

Dem Rücktritt Avrils, der auf Drängen der Oppositionsparteien stattfand, und seiner Exilierung nach Miami gingen ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen Regime und Volk voraus.

Von Seiten des Volkes kam es zu Protestkundgebungen, Straßenbarrikaden, dem Anzünden von Autoreifen und dem Gebrauch von Macheten und Knüppeln.

Die Regierung antwortete mit der Ausweisung der Oppositionsführer, dem Einsatz von Tränengas und Schüssen auf die Demonstranten. Die Bilanz waren mehr als 20 Tote, Hunderte von Verletzten und Verhafteten.

„Washingtons Hand“ machte sich, als die Lage sich mehr oder weniger beruhigt hatte, trotzdem bemerkbar. Ein Vertreter des State Department gab bekannt, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, der Regierung von Frau Pascal-Trouillot „bei der Durchführung ehrlicher und freier Wahlen unter internationaler Kontrolle“ behilflich zu sein.

Es gibt Länder, in denen die Mehrheit des Volkes (von den Machthabern werden sie manchmal „die Masse“, „die Menge“ oder „die Straße“ genannt) davon überzeugt ist, daß manch einer der in Ehren in den Ruhestand entlassenen ehemaligen Herrschenden strafrechtliche Verfolgung verdient hätte. Wobei eine solche Überzeugung nicht immer nur auf „Gerüchten“ beruht. Bis zu einem Fall, d.h. einem Gerichtsfall, entwickelt sich die Sache meist nicht. Gerade erst war es Avril gelungen ein Zusammentreffen mit der gestrenge Dame Justitia zu vermeiden, der er weniger seine Liebe als vielmehr das vergossene Blut Unschuldiger, den ruinösen Wirtschaftszustand des Landes und den Umstand hätte erklären müssen, daß der Apparat sich nicht gänzlich von den lang erprobten Unterdrückungsmethoden lossagen kann.

Das Wesentliche besteht aber nicht nur darin. Mit dem Verschwinden Avrils fingen gewissenlose Haitier wieder an, neidisch den Inhalt fremder Geldbeutel zu

zählen. Wobei sie sich den Kopf darüber zerbrachen, wie er es fertiggebracht hatte, in anderthalb Jahren mittels eines Gehaltes, und sei es auch das eines Generals, ein riesiges Vermögen zu erwerben.

Ich schreibe darüber nicht zum ersten Mal und zu meinem tiefen Leidwesen wahrscheinlich auch nicht zum letzten Mal. Die Dinge wiederholen sich in der Geschichte. „Baby Doc“ hat nach verschiedenen Schätzungen bei ausländischen Banken beizeiten zwischen 350 und 800 Millionen Dollar versteckt. Und der Philippino Marcos litt, milder ausgedrückt, auch keine Not. Auch der ehemalige Diktator von Panama, Manuel Antonio Noriega, verfügt über Koffer voll Geld. Und wie es scheint, über ziemlich viel, nach den reichlich 80 Koffern persönlichen Gepäcks zu schließen, die seine Frau und Tochter bei ihrer Abreise nach Kuba (mit der Fluggesellschaft EFE) mit sich führten.

Wo seid ihr geblieben, selbstlose Politiker? Sind die selbstlosen Kämpfer noch im Dienst, oder sind sie schon abgetreten?

Nein, sie sind, Gott sei Dank noch nicht von der Bildfläche verschwunden. Auf mich, der ich an die sowjetischen Verhältnisse gewöhnt bin, hat eine Reportage des Zentralen Fernsehens über einen Schweizer Minister, der, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, nach Schweizer Maßstäben versteht sich, nach dem Wechsel in den Ruhestand wieder in seiner Tankstelle arbeitete, einen erschütternden Eindruck gemacht.

Meine Verehrung gilt auch dem ehemaligen argentinischen Präsidenten Raul Alfonsin, der sich nicht, wie allgemein üblich in dem Jahrzehnt seiner politischen Aktivität auf Kosten der rechtschaffend Arbeitenden steinerne Paläste hat bauen lassen und nicht mal für einen Privatwagen gespart hat. Als er schon Staatsoberhaupt war, hat er in einer für die argentinischen Wirtschaft schwierigen Phase sein Gehalt und das seiner Minister gekürzt.

Alfonsin war der Lehre des deutschen Philosophen Karl C.F. Krause ergeben, der Ethik und allgemeine Gerechtigkeit als Garanten des Friedens in der ganzen Welt wertete. Seine Prinzipien hat er vor allem dadurch in die Tat umgesetzt, daß er die ehemaligen Führer der Militärjunta hinter Gitter geschickt hat. Und doch gibt es viele Politiker die, wie wir uns auf Schritt und Tritt überzeugen können, unter Ethik Etikette verstehen und denen nur die „Philosophie“ des Profits ein seelisches Ruhepolster verschafft...

Wird es also in Haiti Demokratie geben?

Ihre Herausbildung vollzieht sich überall da quälend langsam, wo gerade erst die ersten Anzeichen zu sehen sind und wo, wie es einer unser Politiker ausdrückte, auf den Menschen ein „tausendjähriges Paradigma der Unfreiheit“ lastet. Beinahe überall gibt es keine bestehende demokratische Tradition. Oder aber das Volk besaß Freiheit, die ihm schon vor langer Zeit genommen wurde, so daß es jetzt nicht mehr in der Lage ist, sie ausschließlich zum eigenen Wohl zu gebrauchen. Und deshalb haben seine echten Vertreter auch keine Übung im politischen Kampf; sie aber von den Herrschenden zu übernehmen, verbietet ihnen ihr Moralempfinden, das die Methoden der Usurpatoren ablehnt.

Das Moralempfinden des Volkes ist dabei, sich von den Methoden der Usurpatoren zu trennen



Wladislaw
Tschirkow

Unterwegs zum Volksunternehmertum

Auf Fragen unseres Korrespondenten Vitali Sobolew antwortet der weltbekannte Schriftsteller und Präsidentschaftskandidat des liberal-konservativen Blocks von Peru **Mario VARGAS LLOSA**

NZ: Ich bitte um Verzeihung, aber ich komme nicht umhin, Ihnen die Frage zu stellen: Sind Sie nicht angesichts des traurigen Ausgangs der Präsidentschaft des brasilianischen Schriftstellers Jose Sarney betroffen? Dabei war doch Sarney im Unterschied zu Ihnen immer schon neben der Schriftstellei politisch tätig. Außerdem sind die brasilianischen Probleme, so akut sie auch sein mögen, längst nicht mit den peruanischen zu vergleichen.

Mario Vargas Llosa: In der Geschichte von Staaten gibt es Situationen, da sich alle Bürger, ob ihnen das gefällt oder nicht, politisch betätigen müssen. Das ist gegenwärtig in Peru der Fall. Die Krise, die das Land gegenwärtig durchmacht, ist die tiefste in der Geschichte der Republik.

Durch meine Auftritte habe ich mich in gewisser Weise auch früher schon politisch betätigt. Ja, ich bin mir der Beschränktheit meiner Möglichkeiten bewußt. Ich bin jedoch bereit, durchdacht und ausgewogen zu handeln, anderen Meinungen Gehör zu schenken und schließlich meine Vollmachten zu teilen. Das ist durchaus im Geiste der Demokratie und entspricht unserem Bedürfnis nach einer möglichst umfassenden Dezentralisierung der Macht.

Schriftsteller sind übrigens nicht in jedem Fall schlechte Administratoren. Der hervorragende Literat Domingo Faustino Sarmiento, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Argentinien regierte, war einer der besten Präsidenten, den Lateinamerika je gekannt hat.

NZ: Als Schriftsteller würden Sie vielleicht einen größeren Einfluß auf die Herzen und Hirne Ihrer Mitbürger und damit auch auf die Lage im Land haben?

M. V. L.: Die Politik ist ein zeitweiliger Dienst, den ich dem Land leiste. So wie für viele andere Parteilose auch. Ich bleibe auch weiterhin in erster Linie Schriftsteller. So sind nun mal die Umstände.

Wir Parteilosen sind vor etwa zwei Jahren aktiv geworden, als wir gegen den Versuch der Regie-

rung protestierten, die Banken zu nationalisieren. Das hätte einen gewaltigen Machtzuwachs bedeutet und der Wirtschaft einen kolossal Schaden zugefügt.

Solche Einrichtungen wie Banken erfreuen sich nirgends in der Welt der Sympathien der Öffentlichkeit. Der von mir geführten Bewegung Libertad schlossen sich jedoch Tausende von Peruanern an, wodurch sie schnell an politischem Einfluß gewann. Ihre Kraft wurde noch größer, als wir ein Bündnis mit den Rechtsparteien eingingen. In einigen Punkten stimmen wir mit ihnen überein, in anderen vertreten wir verschiedene Auffassungen. Ein Unterschied besteht beispielsweise darin, daß es sich bei ihnen um Konservative handelt, wir uns jedoch als Liberale verstehen. So formierte sich der Block Frente Democrático.

NZ: Ihre Gegner behaupten, Sie würden

die Realien des Landes nicht kennen, weil Sie lange Zeit im Ausland gelebt haben. Und aus Ihren Büchern könne man schließen, daß der Autor nur das Leben eines geringen Teils der Bevölkerung, vorwiegend der Mittelschichten, kennt.

M. V. L.: Ich habe wirklich lange im Ausland zugebracht, aber das ist gar nicht so schlecht. Aus der Entfernung läßt sich manches besser beurteilen und leichter Wesentliches von Unbedeutendem unterscheiden. Fern der Heimat erwirbt man wertvolle Erfahrungen beim Vergleichen. Die Welt wird immer integrierter und internationaler. Ideen, Technologien, Märkte und Kapital werden immer universeller. Grenzen haben oft nur noch symbolischen Wert. Fortschritt und ein modernes Entwicklungsniveau sind nur zu erreichen, wenn man sich der Weltgemeinschaft anschließt. Peru ist deshalb so arm, weil wir uns durch unsere Grenzen abgekapselt haben. Wir haben auch eine „Mauer“ errichtet, die jetzt niedrigerissen werden muß. Und da sind meine Auslands erfahrungen sehr nützlich.

In meinen Büchern ist das Leben verschiedener Klassen widergespiegelt. Wir wollen gerade, daß das peruanische soziale und kulturelle Mosaik sich richtig entwickelt, damit jeder, der will, die Chance bekommt, seinen Beitrag zur nationalen Rettung zu leisten.

NZ: Wie würden Sie das Gemunkel kommentieren, Sie hätten in der Literatur und im Leben bei recht linken Positionen begonnen und seien dann nach rechts abgeglitten?

M. V. L.: Ich würde nicht sagen, daß ich meinem Gerechtigkeitsideal aus der Jugendzeit untreu geworden wäre. Nach wie vor bin ich der Meinung, daß unser Land tiefgreifende Veränderungen zum Wohl des Menschen braucht. Eine Revolution, würde ich sagen, wenn dieses Wort nicht schon so oft missbraucht worden wäre. Der Unterschied zu früher besteht darin, daß ich mich inzwischen davon überzeugt habe, daß eine wahre Revolution, ernsthaft und für lange Zeit, nicht mit Kugeln und Bomben zu bewältigen ist. Ihre Waffe, das sind die Stimmen der Wähler, die Gesetze und besonders der Austausch von Ideen.

In meiner Jugend sah ich den Weg zur Gerechtigkeit in einer marxistischen Revolution. Das denken viele junge Leute heute noch immer. Seinerzeit hat die kubanische Revolution bei uns viele Illusionen geweckt. Dann aber wurden sie von der Wirklichkeit verweht. Meine Bekanntschaft mit den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ endete mit einer völligen Enttäuschung. Zwar konnten einige Probleme gelöst werden, dafür schufen sie aber



Mario Vargas Llosa bei der Stimmabgabe während der vergangenen Kommunalwahlen



Links- und Rechtsextremisten erschweren durch Terroranschläge den Stabilisierungsprozeß in Peru. Auf dem Foto: Trauer um ein weiteres Opfer aus der Zivilbevölkerung

bürokratische, repressive Strukturen und neue Formen der Ungerechtigkeit. Wirtschaftlich sind sie praktisch alle zurückgeblieben. Und so revidierte ich meine Ansichten und beschäftigte mich tiefer mit der Bedeutung dessen, was einige Leute, die sich für Intellektuelle halten, mißachten, nämlich die Werte der Demokratie und der Nichteinmischung, von wem auch immer, in den Schaffensprozeß. Ich hoffe, daß das auch die Lateinamerikaner zu schätzen wissen. Dann würde unsere liberale Revolution tatsächlich Gerechtigkeit und Fortschritt bringen.

NZ: Hat sich Ihre Enttäuschung über den „real existierenden Sozialismus“ im Zusammenhang mit den jüngsten Veränderungen in der UdSSR und in den Ländern Osteuropas etwas gemildert?

M. V. L.: Ich war in Ihrem Land und stehe ganz im Banne dessen, was in der Sowjetunion und in der übrigen Welt des Sozialismus vor sich geht. Ich denke, daß dieser Prozeß den Kurs der Menschheitsgeschichte ändert. Das bedeutet, daß wir an der Schwelle einer neuen Epoche, einer anderen Zukunft, einer anderen menschlichen Gemeinschaft stehen.

NZ: Gegenwärtig haben wir bei uns viele Probleme, die denen Perus sehr ähnlich sind. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Bewältigung der Krise in Peru ergreifen?

M. V. L.: Das läßt sich so kurz nicht sagen, aber ich will es versuchen. Wir haben zwei zentrale Probleme: die Hyperinflation infolge einer monumentalen Wirtschaftskrise und des politischen Drucks seitens einer aktiven Minderheit. Zur Überwindung dieser Barrieren sind tiefgreifende Reformen nötig. Unser Staat, d. h. der Verwaltungsapparat und der staatliche Wirtschaftssektor, sind zu aufgebläht. Er ist uneffektiv, von Korruption befallen und bringt Diskriminierung hervor.

Wir haben ein Programm zur Entbürokratisierung ausgearbeitet und gehen davon aus, daß die Privatisierung von Staatsbetrieben jenen Peruanern Eigentum in die Hand gibt, die keines haben. Wenn Peru ein Land der Eigentümer wird, dann wird auch die Produktion steigen.

Wir beabsichtigen den Aufbau einer tatsächlichen Marktwirtschaft, damit weder Minister noch Bürokraten den Erfolg oder Mißerfolg eines Unternehmens beeinflussen können, sondern die Konsumenten bei freiem Wettbewerb der Produzenten. Der Staat soll hauptsächlich auf die Einhaltung der Spielregeln achten.

Wir hoffen auf eine Legalisierung der

informellen Wirtschaft (nicht zu verwechseln mit der Schattenwirtschaft in der UdSSR – **die Red.**), die in Peru von großer Bedeutung ist. Die rechtmäßige Anmeldung eines Handels- oder Fabrikunternehmens ist mit viel Lauferei verbunden. Nicht jedem gelingt es, die Uneffektivität der Beamten zu überwinden und ohne „Schmierung“ durchzukommen. Dabei ist der informelle Wirtschaftssektor voller Kreativität. Das ist die Wirtschaft der nicht sehr reichen Leute, und darin stecken viele Reserven. Wir wollen sie fördern, einen echten Kapitalismus aufbauen, wie es ihn in Peru noch nie gegeben hat. Es gab bis jetzt Merkantilismus und Monopolismus ohne reale Konkurrenz und aktienmäßige Beteiligung der Bevölkerung. Wir werden das Volksunternehmertum in Stadt und Land stimulieren, all jene fördern, die in der ganzen Welt nach Märkten für den Absatz unserer Erzeugnisse suchen. Wir werden dafür und für ausländische Kapitalinvestitionen (mit vernünftigen Einschränkungen) unsere Grenzen öffnen, um das Potential Perus zu nutzen. Hierbei vergessen wir jedoch nicht, uns um die soziale Geborgenheit unserer Bürger zu kümmern. Keine Demokratie kann sich als wahr bezeichnen, die nicht allen Bürgern die gleichen Möglichkeiten bietet. So sehen unsere Pläne aus.

NZ: Wir danken für dieses Interview. Uns bleibt nur, Ihnen für die Wahlen am 8. April und Ihre langfristigen Pläne Erfolg zu wünschen. Soweit wir das beurteilen können, stehen Ihre Chancen nicht schlecht. Sie wissen sicher besser als wir, daß Umfragen zufolge zwischen 43 und 48 Prozent der Peruaner Ihnen ihre Stimme geben wollen...

M. V. L.: Warten wir es ab...

LIMA

Fotos: „Pais“ (Spanien)

Die Genossenschaft „Wremja“ ist bereit, sich an der Schaffung von Gemeinschaftsunternehmen im Bereich des internationalen Tourismus zu beteiligen.

In gegenseitiger Vereinbarung vertritt die Genossenschaft Ihre Interessen beim Absatz von Erzeugnissen und Dienstleistungen auf dem sowjetischen Markt, organisiert die Werbung Ihrer Firma in Fernsehen, Rundfunk und Presse, stellt für Sie in Ihren Büros Telefone und Telefaxgeräte bereit und hilft Ihnen mit ihren Mitarbeitern.

Ausländische Bürger und Firmen werden in Hotels untergebracht.

Die Genossenschaft „Wremja“ – Ihr Helfer bei der Erschließung des sowjetischen Marktes.

Unser Arbeitsprinzip: gut für den Partner – gut für die Genossenschaft!



Angebote sind zu richten an:
Genossenschaft „Wremja“,
Strastnoj Bulvar 8
103009 Moskau, UdSSR
Telefax: 2293511
Telefone: 229 90 89,
229 11 69, 905 27 52



Bürger Präsident



Tatjana
Iwanowa

Wie leicht vergißt man alles Böse, seltsam, daß wir meinen, über unseren Köpfen habe nie ein Damoklesschwert gehangen

Bürger Präsident!" wurde Michail Gorbatschow neulich von dem Abgeordneten Samarin genannt. Im Sitzungssaal erhob sich mißbilligendes Raunen. Aufgrund des Stimmengewirrs hatte Gorbatschow ihn nicht richtig verstanden, er glaubte „Herr Präsident“ gehört zu haben und war verstimmt. Auch der „Präsident“ löste keine Sympathien bei ihm aus.

Einen Augenblick später war alles wieder anders. Unter vielen bemerkenswerten Eigenschaften hat Gorbatschow eine von direkt unschätzbarem Wert: Er hört und begreift die Anforderungen der Zeit. Der Kongreß hatte ihn zum Präsidenten gewählt. Inzwischen ist die schöne Wortkombination „Bürger Präsident“ etwas Alltägliches geworden.

Vom Präsidenten wird viel erwartet. Die einen wollen, daß es endlich jemanden gibt, den man zur Rechenschaft ziehen kann (als hätte uns nur noch ein Prügelknabe gefehlt). Die anderen wollen, daß er die Wirtschaftsreform voranbringt. (Bei diesem aufreibenden Geschäft wünschen wir ihm viel Erfolg, denn der Widerstand des administrativen Kommandosystems, das sich auf den Parteiaufbau stützt, ist gewaltig.) Andere wollen, daß er die nationalen Konflikte beilegt, wieder andere wollen, daß er die zunehmende Kriminalität und die Schlamperei bekämpft, und dann wollen welche, daß er die Partei reformiert.

Auch ich will und erwarte viel von ihm. Vielleicht mehr als alle andern.

Ich will, daß er sich treu bleibt. Daß er der bleibt, der uns 1985 alle gezwungen hat, aufzustehen und uns zusammenzurießen.

Während des außerordentlichen Kongresses hat er viele böse Worte zu hören bekommen. Das soll Kritik gewesen sein? Nein, diese Auslassungen kann man nicht gerade als Kritik bezeichnen, in einer zivilisierten Gesellschaft von gebildeten Menschen wird so nicht kritisiert. Es bedarf schon einer riesigen Geduld, um das alles zu ertragen. Er hat es würdig ertragen. Er versteht, das Wesentliche herauszuhören und das Unwesentliche zu ignorieren. Nicht immer? Er ist auch nur ein Mensch wie Sie und ich, aus Fleisch, Nerven und Blut. Auch ihm krampft sich das Herz zusammen, vor Kränkung, Beleidigung und weil er keine Mög-

lichkeit hat, etwas zu beweisen. Bloß, Kränkungen, Ungerechtigkeiten, Unverständnis werden weit aus mehr über ihn als über Sie und mich ausgegossen. Das konnten wir sehen, als wir die Protokolle der ZK-Plenare lasen und die Fernsehaufzeichnungen des Kongresses verfolgten.

Keiner sagte Gorbatschow ein Wort des Dankes für all das Große, was in unserer Gesellschaft passiert ist und was wir ihm zu verdanken haben. Wir haben ihm zu verdanken, daß wir in einer anderen Welt leben. Ich bin schockiert, wie man das bloß vergessen kann! Vor 5 Jahren, liebe Mitbürger, haben Sie und ich unter der permanenten Gefahr einer Atomkatastrophe gelebt. Wie leicht vergißt man doch alles Böse, seltsam, daß wir auf einmal meinen, dieses Damoklesschwert habe nie über unseren Köpfen gehangen. Wir haben in Afghanistan Krieg geführt. Wir haben in Angst und Lügen gelebt. Breshnew, Andropow, Tschernenko (von Stalin ganz zu schweigen!) haben nie auch nur ein einziges kritisches Wort über sich gehört, kein einziges skeptisches oder überhaupt wahres, direktes, ehrliches Wort.

Bloß Ruhmreden, Hochrufe, bloß stürmischer Applaus, der in nicht enden wollende Ovationen einmündete, das hielten unsere ehemaligen führenden Politiker für angemessen.

Auf einmal leitet ein lebendiger, aufrichtiger Mann unser Land, der auch mal lächeln kann und einen Spaß versteht, der selbst einen Spaß machen kann und mit den Leuten wie mit Menschen redet, ohne vom Blatt abzulesen, schlicht und vertrauensvoll. Auf einmal stellt sich heraus, daß man mit ihm direkt reden kann, daß man sagen kann, was man denkt, und es erfolgen keine Vergeltungsmaßnahmen.

Unsere Gesellschaft ist leicht zu beeindrucken und unbereitscht. Unsere Gefühle sind nicht erzogen. Wir sind kulturell zu kurz gekommen, das gilt nicht nur für die politische Kultur. Wir kennen kein Maß. Weder in der Ruhmsucht noch bei der Beschimpfung.

Für Gorbatschow war das bitter: Der Kongreß war mehr als knauseig bei der Wahl guter Worte, als man ihn zum Präsidenten gewählt hatte.

Ich will, daß er sich treu bleibt, ein außerordentlich mutiger, starker

und guter Mensch. Daß er genauso ein Revolutionär bleibt, wie er ist. Man muß schon ein echter Revolutionär sein, um sich diese Perestroika einzufallen zu lassen und daran zu glauben, daß sie noch möglich ist in diesem Riesenland am Rand des Abgrunds, das verlernt hat, zu arbeiten und zu denken, das vergessen hat, was Freiheit ist. Ich glaube, daß seine Fähigkeit, Ereignisse vorzusehen, sehr hoch entwickelt ist, höher als bei seinen Kritikern. Ich glaube das deshalb, weil er sich in wesentlichen Dingen noch nicht geirrt hat. Wir kommen voran, nicht so schnell, wie wir es gerne hätten, aber ein solcher Karren wie unser Land ist nun einmal nicht so leicht zu beschleunigen. Mit Gorbatschow am Steuer kommt unser Karren aber auf Touren. Heute gibt es die Kräfte nicht mehr, die ihn bremsen könnten.

Mit ihm haben wir eine zivilisierte Organisation der Gesellschaft, eine Präsidialregierung und ein Mehrparteiensystem erreicht. Diese beiden Faktoren lassen sich kaum überschätzen. Nicht allen gelingt es, sich klarzumachen, was das bedeutet.

Ich will, daß der Präsident an sich glaubt, denn er verfügt über viel Vernunft, Einfühlungsvermögen, Realismus und gesunden Menschenverstand. Er hat viele intelligente Leute um sich herum? Unser Präsident hat uns doch unzählige Male vorgeführt, daß er auf sie hören kann.

Ich will, daß er weiß: Der Applaus, den er im Kongreßsaal gehört hat, als er in das Präsidentenamt gewählt wurde, wäre noch hundert- oder tausendmal kräftiger gewesen, wenn wir ihm unseren Applaus hätten hinzufügen können. Wessen Applaus? Ich repräsentiere niemanden. Keine Arbeiter, keine Bauern, keine Veteranen, keine kinderreichen Mütter. Mir stehen keine Sonderinkäufe, keine Betriebsbestellungen, keine Privilegien, kein 13. Monatsgehalt und auch nicht das exklusive Recht zu, mich auf die Rednertribüne zu schwingen. Ich bin ein Durchschnittsmensch, aus der Warteschlange, aus der Menge. Solche wie wir sind Legion.

Ich werde den Augenblick nie vergessen, als die Abgeordneten im Sitzungssaal aufstanden, um ihrem neu gewählten Präsidenten zu applaudieren. Einen derartigen Applaus hat kein Breshnew und kein Chrustschow gehört.



Geburt einer neuen Kraft

Oleg Janizki

Dr. phil. habil.

Woher kam und erreichte eine gesellschaftliche Bewegung, die sich Volksfront Estlands (VFE) nennt, eine solche Stärke? Heute gibt es im Land Dutzende Fronten. Und trotzdem bin ich überzeugt, daß gerade die Evolution der VFE das am weitesten entwickelte Modell der tiefgreifenden sozialen Veränderungen ist, über die wir uns immer noch nicht klargeworden sind.

Von der Bürgerinitiative zu Parteien

Von nichts kommt nichts. Selbst unter den totalitären Strukturen existierten Keimzellen einer staatsbürgerlichen Gesellschaft. Sie waren wie in einer Erstarrung, das intensive geistige Leben ging jedoch weiter, besonders an der Universität, in den Hochschulen und Künstlerverbänden. Trotz aller Versuche, jegliches Gedankengut, darunter auch das soziologische, zu unterdrücken, blieb Estland eines der geistigen Zentren. Als in Moskau dann 1987 eine eigentlich ganz normale Aktion in Angriff genommen wurde, nämlich Vorbereitungen zur Erschließung von Phosphoritlagerstätten direkt im Herzen Estlands, löste sich die Gesellschaft aus der Erstarrung, und es entstand eine mächtige Welle des Protestes, die die ganze Republik erfaßte.

Dank der gut organisierten intellektuellen Kräfte wurde der Protest schnell in eine konstruktive Form überführt, es begann die Ausarbeitung von IME, des Konzepts der republikanischen wirtschaftlichen

Rechnungsführung. Das war eine echte Bürgerinitiative und die zweite Etappe der Formierung der VFE. Die von einigen Spezialistengruppen begonnene Initiative nahm bald Republikmaßstab an. Im Unterschied zum gewohnten „Die Partei schlägt vor, das Volk diskutiert“ war diese Konzeption der erste wissenschaftliche Entwurf eines Modells für ein zukünftiges Estland. Die dritte Etappe leiteten die Ereignisse im Februar 1988 in Tartu ein, als die ideologische Hilflosigkeit und die administrative Schwäche der Behörden sichtbar wurden (nur der Vernunft und der Selbstbeherrschung der Leader der örtlichen Bürgerinitiativen war es zu verdanken, daß die friedliche Demonstration der Studenten nicht zu einer Tragödie wie in Tbilissi führte).

Der Kongreß der Volksfront Estlands fand im Herbst 1988 statt. Er verabschiedete eine Charta und ein Aktionsprogramm. Die Front ist „eine auf Bürgerinitiativen gegründete politische Volksbewegung, deren Inhalt die umfassende Umgestaltung der sozialistischen Gesellschaft auf den Prinzipien der Demokratie und des Humanismus, die Verwirklichung des Willens des Volkes über gewählte Vertreterorgane und die Kontrolle der Öffentlichkeit über die Tätigkeit der staatlichen Organe ist“, heißt es im Programm.

Schon im November zeigte die VFE Charakter und entsandte nach Moskau einen von 900 000 Menschen unterzeichneten Protest gegen das damals in Vorbereitung befindliche Gesetz über die Wahlen und die Verfassungsänderungen.

Die Front entstand auf der Basis von persönlichen Kontakten, ihre Leader genossen Autorität und waren allen gut bekannt. Die VFE ist tief verwurzelt im gesamten sozialen und kulturellen Umfeld, stark durch ihre Initiativgruppen, die Volksfronten in Stadt

In Estland fanden die Wahlen zum Obersten Sowjet der Republik statt. Die meisten Sitze errangen die Vertreter der Volksfront Estlands, einer gesellschaftlichen Organisation, an die vor zwei Jahren noch nicht zu denken war



Nicht alle Einwohner Estlands unterstützen die Bestrebungen der Volksfront. Leider erfolgt eine Differenzierung nach der nationalen Zugehörigkeit. Davon, ob die Führer der VFE eine gemeinsame Sprache mit dem russisch-sprechenden Teil der Bevölkerung der Unionsrepublik finden, hängt in vielem die Zukunft Estlands ab.

Foto: „Molodjosh Estonii“ (Tallinn)

und Land, die Tausenden Anhänger und Sympathisanten. Und außerdem wird hier wirklich um die grundlegenden Ziele und Werte der Entwicklung Estlands gekämpft. Das ist wohl das Wichtigste.

Die nächste Etappe (Januar – August 1989) ist durch die Erarbeitung einer koordinierten Politik großer Massenbewegungen der baltischen Republiken gekennzeichnet. Im Mai fand in Tallinn die Baltische Vollversammlung, eine gemeinsame Sitzung des Rates der Bevollmächtigten der VFE, der Duma der lettischen Volksfront und des Sejms der litauischen Sajudis statt. Als gemeinsame Ziele wurden verkündet: das Existenzrecht der Nationen auf ihrem historisch entstandenen Territorium, auf Selbstbestimmung und freie Festlegung des politischen Status, auf die Erhaltung und Entwicklung der eigenen Kultur und der Lebensweise, auf die Wahl der Wirtschaftsform, die die soziale und kulturelle Integrität der Nationen, die Bürgerrechte und die Möglichkeiten der kulturellen Selbstverwaltung aller auf dem Territorium wohnenden nationalen und ethnischen Gruppen garantiert.

Und wie sieht es jetzt aus? In der Republik gibt es mehrere Parteien: die sozialdemokratische Unabhängigkeitspartei, die Estnische demokratische Arbeiterpartei, die Partei der nationalen Unabhängigkeit Estlands, die Estnische christliche Union und viele andere. Es gibt auch noch die Interfront, den Vereinigten Rat der Arbeitskollektive, die radikal eingestellte Estnische Gesellschaft für Denkmalschutz. Die Bürgerkomitees Estlands sind im Kommen, es wurden schon über eine halbe Million Mitglieder registriert. Diese

Komitees vereinigen die Bewohner des heutigen Estlands, die Bürger der Estnischen Republik von 1918 bis 1940 gewesen sind, und deren Nachkommen.

Unter diesen Bedingungen ist die VFE etwas kleiner geworden, hat aber immerhin ca. 45% der Wählerstimmen bei den Wahlen in die örtlichen Organe auf sich vereinigen können. Zum Eckpfeiler der Wahlplattform der VFE wurde der etappenweise Übergang vom Status einer souveränen Unionsrepublik zum Status eines unabhängigen Staates und dann eines unabhängigen Staates in einem „entmilitarisierten neutralen Baltoscandia“.

Die Front ist keine autonome Organisation mehr, sie hat einen festen Platz in den meisten staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen. Hardo Aasmäe wurde z. B. Bürgermeister von Tallinn. Und auch die Menschen und Gruppen, die zur Front gehören oder diese verlassen haben, gewannen Erfahrungen in puncto realer Selbstständigkeit unter den Bedingungen des entstehenden wirtschaftlichen und politischen Pluralismus. Unter dem Einfluß der VFE und aus ihr hervorgegangener Organisationen, darunter auch heutiger Gegner, hat die estnische Gesellschaft als sozialer Organismus ihre innere Struktur verändert.

Reserven der Bewegung

Moralische, intellektuelle, politische, organisatorische, zeitliche und Informationsreserven, dann materielle, finanzielle und Menschenreserven – das sind längst nicht alle Reserven der Front.

„Die Volksfront strebt die Läuterung der

Gesellschaft und die Wiedergeburt von auf der Freiheit der Persönlichkeit beruhenden Kategorien wie Moral, Ehrlichkeit, guter Willen, Gewissen, Ehre, Scham, Gerechtigkeit, Erhabenheit und Barmherzigkeit an.“ Gibt es denn viele unter den Hunderten veröffentlichten Dokumenten, die so klar ihre moralischen Positionen definieren? Zweitens. Anstatt der verschwommenen Ziele wie „allseitige Entwicklung“ oder „Konsolidierung aller fortschrittlichen Kräfte“ (ob es jemanden gibt, der sich freiwillig zu den Konservativen bekennet?) verkündete die Front ein Paket lebenswichtiger Ziele: die Erhaltung der Nation auf ihrem angestammten Territorium, republikanische Souveränität, die Freiheit für das Volk, selbstständig, ohne äußere Einmischung, die eigenen Angelegenheiten zu erledigen, Ökologisierung der Produktion. Also Ziele des Überlebens und der Entwicklung der Nation. Wir begannen mit technokratischen Ideen (Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts), die Esten – mit dem Bruch der ideologischen Denkkli- schees und der Wahrheit über die nationale Geschichte. Wir haben faktisch „Pamjat“ die Sache der Wiedergeburt des russischen nationalen Selbstbewußtseins überlassen, die VFE dagegen unternahm titanische Anstrengungen, das estnische Selbstbewußtsein zu mobilisieren. Wir bemühten uns, die Demokratie von „oben“ durchzudrücken, die Leader der VFE vor Ort lehrten die Menschen, indem sie lokale Probleme aingen, unabhängig zu denken und selbstständig zu handeln.

Jetzt zu den intellektuellen Reserven. Triebfeder der Front war eine Gruppe von Menschen, die der geistigen Intelligenz angehörten. Das ist soweit klar. Es macht aber nicht die Summe der klugen Köpfe. Davon gibt es in Rußland genug, besonders kritisch eingestellte. Die Menschen machen es, die über die benötigten Kenntnisse verfügen (in diesem Fall über Konzeptionen und Szenarien der Entwicklung von sozialpolitischen Situationen) und vermögen, diese in politische Taten umzusetzen.

In Estland wird das intellektuelle Potential der politischen Handlungen durch die in Jahrhunderten herausgebildeten Institute des Freidenkertums und der Kreativität unterhalten und verbreitet. Ich meine damit in erster Linie die Universität Tartu. Mit wem ich auch sprach, immer stellte sich heraus, daß die Wurzeln der auf Persönlichkeiten beruhenden Strukturen der VFE oder der sie unterstützenden Kräfte (Experten, Berater) in der Universität Tartu und anderen Hochschulen sind...

Der „Westnik“ (Bote) der Volksfront kam schon fünf Monate vor der offiziellen Konstituierung der VFE heraus. Seine dezentralisierte Struktur wuchs sich zu

einem mächtigen Netz der Informationsverbreitung von oben nach unten und umgekehrt aus. Dazu kommt noch der sofort aktiv gewordene Meinungsumfrage-dienst „Mainor“ und der Durchbruch auf den Seiten der republikanischen Presse. Anstatt der „Volksdiskussion“ in der Presse, deren Wirksamkeit fast gleich Null ist, wurden soziologische Methoden angewandt, die eine adäquate Vorstellung vom Zustand des gesellschaftlichen Bewußtseins und dem Verhältnis der politischen Kräfte in der Republik vermitteln. Und dann noch die ständigen persönlichen Kontakte mit den Gesinnungsgenossen und Diskussionen mit politischen Gegnern. Es sei noch einmal hervorgehoben: Der Professionalismus beim Aufbau eines Informationssystems multiplizierte sich hier mit dem moralischen Gewicht der gesellschaftlichen Bewegung, weil nur Vertrauen glaubwürdige Informationen hervorbringen kann.

Unter politischen Reserven versteht man gewöhnlich eine Garnitur Taktiken, mit deren Hilfe man potentielle politische Gegner ausschaltet, Schwankende anzieht und seine Antagonismen neutralisiert. Ich würde an erster Stelle die Fähigkeit der VFE-Führer nennen, immer zwei Schritte vorauszuschauen und die dezentrale Struktur zu erfassen. Das erste basiert auf Professionalismus und soziologischen Kenntnissen, das andere auf der Selbständigkeit der lokalen Gruppen und beide auf adäquater Information.

Über die materiellen und finanziellen Reserven will ich mich nicht weiter auslassen. Es sei nur gesagt, daß Spenden und andere Formen der Unterstützung nicht wahllos angenommen wurden. Ich erinnere noch einmal, die VFE ist eine selbständige Organisation, die keiner staatlichen oder gesellschaftlichen Institution unterstellt ist.

In mir sträubt sich alles bei der Wortverbindung Menschenreserven. Die VFE ist vor allem eine auf Persönlichkeiten beruhende Bewegung, das ganze Gegenteil von den gewohnten Kampagnen und „Aufrufen“. Ihre Basis sind Gruppen von Gesinnungsgenossen und persönliche Kontakte. Hier geht es also um eine Reserve, wie sie die gruppenweise Selbstorganisation der Gesellschaft darstellt, die wir jahrzehntelang ausgegrenzt und zerstört haben. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß das, was uns heute als eine Vielzahl vereinzelter Gruppen erscheint, morgen schon ein viertausendköpfiges, gut organisiertes System werden kann.

Und noch eine Reserve, eine außerordentlich mächtige und absolut für alle gesellschaftlichen Organisationen ohne Ausnahme zugängliche Reserve. Ich meine die Offenheit. Das Hauptquartier der VFE ist genau wie das aller lokalen Fronten für alle zugänglich. Gehen Sie hin, lassen Sie sich beraten, kaufen Sie Literatur. Schon im ersten Heft des „Westnik“ der VFE waren die Adressen und Telefonnummern, inklusive der Privatnummern, aller Leader der Front, aller ihrer Dienste und Kommissionen veröffentlicht.

Kurz vor meiner Abreise aus Tallinn (ich hatte nur wenig Zeit) rief ich ein Mitglied des Vorstandes der VFE an, das sich mit Finanzen befaßt. Ich stellte mich vor und fragte, wie man Zugang zu einigen Zahlen und Dokumenten erhalten könnte. „Der hat vielleicht Wünsche“, wird der Leser sagen, „will an das Allerheiligste, und noch per Telefon!“ „Wenn Sie es eilig haben“, war die Antwort, „sage ich es Ihnen gleich am Telefon. Schreiben Sie: Spenden von Betrieben und einzelnen Bürgern – soundsoviel, Einnahmen vom Verkauf von Kärtchen zur Unterstützung der Baltik-Kette – soundsoviel...“ Ich war völlig geschockt, so einfach und dazu noch einem Unbekannten!

Nach Moskau zurückgekehrt, wagte ich ein Experiment. Mit der gleichen Frage wandte ich mich an die Buchhaltung einer gesellschaftlichen Organisation, deren Mitglied ich schon seit 25 Jahren bin. Ich stellte mich vor. „Wa-a-as? Wie? Wir geben keine Auskünfte und schon gar nicht per Telefon.“

Prognosen für 1990

Was denken die Leader der VFE und der anderen Bewegungen? Kostel Gerndorf: „Die Zeit, Fahnen zu schwenken, ist lange vorbei... In den Vordergrund rücken die Probleme des realen Lebens.“ Lembit Koik: „Die Volksfront hat ihre Mission erfüllt. Die Erneuerungskräfte in Estland schließen sich zusammen.“ Mati Hint: „In Estland formiert sich eine Koalition aller nationalen und demokratischen Kräfte.“ Ülo Kaevas: „In Estland entsteht ein Mehrparteiensystem.“ Henn Latt: „Die extremistischen, radikalen Bewegungen verlieren die soziale Basis.“

Die Soziologen konkretisieren diesen Gedanken. Mati Heidmets: „Die Volksfront hat einen neuen Zustand erreicht. Bisher war sie eine Art „zentristische Kraft“. Obwohl sie auch heute ein Zentrum bleibt, hat sie sich doch gleichzeitig zusammen mit der Gesellschaft stark radikalisiert. Meinungsumfragen weisen aus, daß man eine Wende der russischsprachigen Bevölkerung von der Opposition zur Annahme ihrer grundlegenden Ziele erwarten kann. Jetzt muß die allgemeindemokratische Linie der Bewegung verstärkt werden.“ Marju Lauristin: „1990 werden wir uns dicht dem Zustand einer freien demokratischen Gesellschaft annähern.“

Der gemeinsame Nenner der Prognosen ist also eine neue Phase des gesellschaftlichen Lebens in Estland. Die Bewegung, die auf der Grundlage von Bürgerinitiativen entstand, wurde zu einer Schlüsselkraft der radikalen Veränderungen der Gesellschaft. Die Bewegung stellt sich nicht gegen sie, sondern transformiert sie aus dem Inneren heraus, indem sie die Strukturen des administrativen Kommandosystems zerstört. Die Bewegung verändert sich, wird zu Parteien, anderen Bewegungen oder Zellen der staatsbürgerlichen Gesellschaft.

TALLINN – MOSKAU



**SOWJETISCH-ITALIENISCHES
JOINT VENTURE**

**ITALIENISCHES
RESTAURANT**

„ARLECCHINO“

*Wir laden Moskaus
Gäste ein in das erste
italienische Restaurant
der UdSSR-Hauptstadt!*

Exzellente italienische Küche.

*Erstklassige Gerichte
aus Italien.*

*Beste italienische Weine
und Getränke.*

*Echt italienische
Gastfreundschaft.*

*Nachtbar mit originellem
Unterhaltungsprogramm.*

Bankette.

Außer-Haus-Dienst

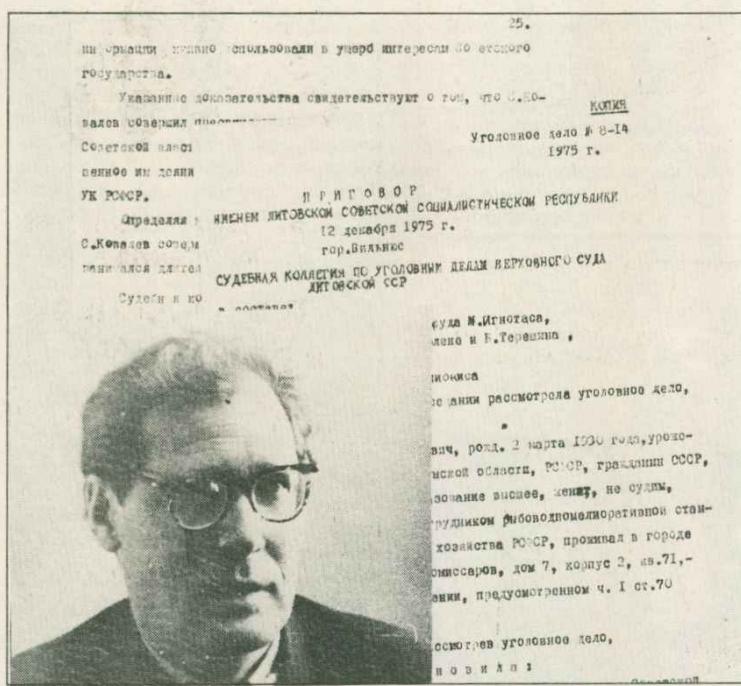
„ARLECCHINO“

in Moskau:

**123376 UdSSR, Moskau,
ul. Drushinnikowskaja 15
(im Gebäude
des Filmzentrums unweit
der Metrostationen
„Krasnopresnenskaja“ und
„Barrikadnaja“)
Telex: 411070 centr su
Telefax: 2052680
Telefone: 205 70 88,
205 30 02**

Wir akzeptieren Kreditkarten

Sergej Kowaljows „Weißbuch“



Sergej Kowaljow und eine Kopie seines Urteils zum Kriminalfall Nr. 8-14; die Kopie wurde ihm ausgehändigt, er bewahrte sie im Lager und in der Verbannung

Amnesty International

Ende 1973 kamen 11 Menschen, darunter Andrej Twerdochlebow, Valentin Turtchin, Vater Sergij Sheludkov, Juri Orlow und ich, zusammen, um die Moskauer Gruppe von Amnesty International zu gründen. Wir wollten gleich anderen Ländern eine nationale Sektion haben. Gemäß dem Statut von Amnesty, das wir recht gut studiert hatten, darf eine nationale Sektion drei Personen in Schutz nehmen, aber nicht im eigenen Land. Allerdings kann ihr Mitglied privat in dieser Hinsicht alles unternehmen, was er für nötig hält.

Nach dem ersten Treffen dauerten die Unterhandlungen mit dem in England befindlichen Internationalen Sekretariat der Amnesty beinahe ein Jahr. Amnesty begrüßte unsere Absicht, schob die Registrierung jedoch immer wieder hinaus. Sie wollte nicht, daß sich die Sektion um ihre eigenen Mitbürger kümmerte, das sei, erklärten sie, nicht im Geiste von Amnesty. Aus diesem Grund löste bei ihnen auch die Zusammensetzung der Moskauer Gruppe starke Zweifel aus. In einem Telegramm aus London wurde vorgeschlagen, unserer Gruppe Personen aus dem „Establishment“ anzugehören. Auf Andrej Twerdochlebows Rat antworteten wir darauf: „Nichts einfacher, als eine Person aus dem Friedenskomitee aufzunehmen. Wird aber die Sektion dann

**Erinnerungen
eines ehemaligen
politischen
Häftlings, heute
Volksdeputierter
der RSFSR**

Fortsetzung. Anfang siehe Heft 13

dem Amnesty-Statut entsprechen? Und wird die restliche Zusammensetzung noch lange Zeit die alte bleiben?“ Letzten Endes wurden wir registriert, ich glaube, im November 1974, und uns wurden Schützlinge aus Bangladesh, Spanien und Jugoslawien zugewiesen. Wir schickten sehr höfliche, aber im Ton entschlossene Postkarten in jedes dieser Länder: Uns beunruhigte das Schicksal der und der Häftlinge. Dann versuchten wir, auch unsere Bekannten zu einer „Postkartenkampagne“ zu bewegen. Es ist kaum wahrscheinlich, daß unsere Karten irgendeine Wirkung hatten. Aber als die Ermittlung gegen mich schon lief, erfuhr ich, daß zwei Häftlinge, der aus Spanien und der aus Bangladesh, entlassen worden waren.

Wozu hatten wir all das nötig? Was hatten wir mit Bangladesh zu tun? Damals wurde Dissidenten oft ein Vorwurf gemacht, der, wie man zugeben muß, formell begründet war: Ihr verwendet euch für die und die, warum schweigt ihr euch jedoch etwa über Haiti oder über die RSA aus? Wir antworteten gewöhnlich, zur RSA und zu Haiti nehme die sowjetische Öffentlichkeit auch ohne uns oft genug Stellung, leider heuchlerisch, auf jemandes Wink, ohne die Nöte der eigenen Landsleute zu bemerken. Die Antwort ist an sich vernünftig, aber die Haltung ist moralisch nicht einwandfrei. War etwa jeder von uns so stark aufgeregt, als er hörte, daß irgendwo im Ausland Kommunisten gefoltert werden? Gewiß, jedem gruselte ein wenig. Aber nicht so, das als eigenen Schmerz zu empfinden... Im Westen setzen sich bestimmte Leute für die Menschenrechte ein, weil sie sich davon politische Vorteile versprechen, wir kennen aber auch viele absolut uneigennützige Menschen, denen fremder Kummer wirklich sozusagen unter die Haut geht. Sie brauchen sich um ihre Freiheit keine Sorgen zu machen, derart macht ihnen die Lage in der UdSSR, auf Haiti oder in Südkorea Sorgen. Das ist ein Beispiel für uns.

Der zweite Grund war taktischer Art: Wir wollten den Präzedenzfall einer vom Staat unabhängigen Organisation schaffen, die nur Rechtsschutzfunktionen auf sich nimmt, und zwar ehrlich und gewissenhaft. Niemand von uns hörte auf, sich privat oder im Rahmen anderer Vereinigungen „lokalen“ Problemen zuzuwenden.

Unsere „Chronik“.

Die Ermittlung

Jedesmal, wenn wir das nächste Heft der „Chronik“ über Verhaftungen, Gerichte, Klapsmühlen und sonstige unzählige Verstöße gegen die Menschenrechte in unserem ganzen Land herausgaben, stand alles auf des Messers Schneide. Meist geschah das in einer Privatwohnung, und Menschen, die das Heft jeweils herausbrachten, verließen sie in der Regel tagelang nicht. Der Mut der Wohnungsbesitzer war bewundernswert.

Am 23. Dezember 1974 wurde meine Wohnung durchsucht. Das mußte kommen, und das kam.

Ich glaube, Informationen über meine Teilnahme an der „Chronik“ gab es mehr als genug. Am 27. Dezember wurde ich verhaftet, und zwar von der Küche in Sacharows Wohnung weg. Ich kannte Andrej Dmitrijewitsch seit 1968, ich bin so frei zu sagen, daß wir sogar befreundet waren. Am 26. Dezember wußte ich schon, wußte übrigens auch Sacharow, daß man mich am nächsten Tag abholen würde. Über Julij Daniel war mir aus dem KGB sogar ein Wink gegeben worden. Bei einem Verhör, zu dem er geladen wurde, hieß es zwischendurch: „Was denkt sich denn Kowaljow, oder hat er vielleicht zwei Leben zu vergeben? Das sollte er sich nicht einbilden.“ Dabei wußten sie, daß Julij es mir sofort mitteilen würde. Später sagte mir mein Untersuchungsrichter: „Der nächste Herr wird wohl Ginsburg sein....“

Nun also, um Mitternacht oder etwa halb zwei verließ ich Sacharow. Ich nahm für lange Zeit Abschied von ihm, und ich erinnere mich, wie ich ihm sagte: „Wie soll ich den Menschen in die Augen sehen, wenn die mich nicht verhaf-ten?“

Die „Chronik“ hatte schon für mehrere Prozesse Vorwand geliefert. Der erste war der gegen Natalja Gorbanewskaja. Sie wurde für unzurechnungsfähig erklärt und in eine Irrenanstalt eingeliefert. Bei meinem Prozeß ging man wohl am genauesten auf Einzelheiten ein. Die Materialien der „Chronik“ wurden durchstöbert. Mir wurden die Hefte 28 bis 34 inklusive zur Last gelegt. Freilich kam Heft 34 nach meiner Verhaftung heraus und wurde mit Protesten aus diesem Anlaß eröffnet. Die Beschuldigung war jedoch nicht ganz unbegründet: Bei der Durchsuchung waren in meiner Wohnung Papiere gefunden worden, die eindeutig mit dem in Vorbereitung befindlichen Heft zusammenhingen.

Die Untersuchung verlief sehr leicht für mich, ich beschränkte mich hauptsächlich auf Beobachtung, weil ich auf der Position stand: Diese Untersuchung ist gesetzwidrig, ich aber will mich nicht an Gesetzesloskeiten beteiligen, ergo nicht mit den Ermittlern zusammenarbeiten. Der Offizier, der mich verhört, tippte seine Fragen und die standardmäßige Formel „Antwort verweigert“ in die Maschine. Ich saß da und las irgend etwas. Manchmal unterhielten wir uns absolut wider das Protokoll, wobei ich ab und zu einflöchtete, nun sei der Augenblick gekommen, meine inzwischen formelle Verweigerung der Teilnahme an der Untersuchung oder meine Bemängelung hinsichtlich der Ungenauigkeit der Proto-

„Im Mai d. J. gab Kowaljow gemeinsam mit Tatjana Welikanowa und Tatjana Chodorowitsch die Wiederaufnahme der „Chronik der laufenden Ereignisse“ bekannt und übernahm die Verantwortung für ihre Verbreitung. Das war ein mutiger und historischer Schritt, zugleich aber auch eine Herausforderung jener, die die „Chronik“ als verleumderisch und sowjetfeindlich verachtet hatten, jener, die Angst vor Wahrheit und Glasnost haben. Die Verhaftung, die gestern vorgenommen wurde, ist Rache für die Kühnheit und Ehrlichkeit....“

Aus Andrej Sacharows Appell vom 28. Dezember 1974



Begegnung bald nach dem Prozeß gegen Sergej Kowaljow: Pjotr Startschik, Aida Smoljanskaja, Pjotr Grigorenko, Sinaida Grigorenko, Natalja Welikanowa (Tatjana Welikanowas Mutter), Vater Sergij Sheludkow, Andrej Sacharow (v. l. n. r.)

kollföhrung zu wiederholen. Er solle bitte schreiben, daß ich nicht etwa auf eine bestimmte Frage die „Antwort verweigert“ hätte, sondern daß ich an der Untersuchung nicht teilnehme. Außerdem erklärte ich, daß die Untersuchung von Anfang an falsch war, schon deshalb, weil es den Tatbestand eines Verbrechens nicht gebe. Es sei genauso lächerlich, wie in einem Mordfall ohne Leiche zu ermitteln. Wenn unsere „Chronik“ in der Tat kriminell gewesen wäre, wenn sie in der Tat böswillige Erfindungen und Verleumdungen enthalten hätte, dann könnte man einen Fall daraus machen. Aber dem sei doch nicht so...

Der Untersuchungsrichter Anatoli Istromin schwieg dazu, aber bei einem abermaligen Verhör sagte er, nun wolle er Mitteilungen der „Chronik“ untersuchen. Er stellte mir Fragen in direkter Verbindung mit einigen Materialien der „Chronik“. Ich aber hatte ihm gesagt, ich sei bereit, an der Untersuchung der Richtigkeit oder Unrichtigkeit von „Chronik“-Informationen teilzunehmen. So mußte ich mein Wort halten und zeitweilig auf die Beobachterposition verzichten. Um ehrlich zu sein, hatte ich nicht wenig Angst, hatten doch die Untersuchung und ich völlig verschiedene Mög-

lichkeiten. Die konnten durch die Stadt fahren und Informationen sammeln, ich dagegen steckte in einer Zelle. Es war möglich, mir jede falsifizierte Zeugenaussage unterzuschreiben. Man konnte einen Fehler in der „Chronik“ entdecken (die gab es, das ist unvermeidlich) und diesen Fehler gegen mich ausnutzen. Wie sich herausstellte, waren das unnötige Befürchtungen. Wir untersuchten zweieinhalb Episoden. Ich verlangte nach Materialien zur Überprüfung, analysierte sie und schrieb sehr ausführliche Erklärungen. Mitten in der dritten Episode sagte Istromin: „Das reicht. Wir geben uns seit bald acht Monaten mit Ihnen ab, laut Gesetz bleibt nur noch der neunte Monat, länger darf die Untersuchung eigentlich nicht dauern.“ Darauf ging die

Untersuchung auf altbewährte Weise, und ich kehrte zu meiner früheren Position des Unbe teiligtseins zurück.

Der Prozeß

Er wurde für den 9. Dezember 1975 ange setzt, und zwar in Vilnius. Der Grund dafür lag auf der Hand: In Litauen gab es keine akkreditierten ausländischen Journalisten. Den Vorwand lieferte ein Samisdat-Buch und einige bei mir während der Durchsuchung gefundene Materialien in litauischer Sprache. Es war nämlich so, daß unsere „Chronik“ die Rubrik „Ereignisse in Litauen“ hatte. Damals trug sich in Estland und Lettland nichts Besonderes zu, zeitlich blieben sie hinter Litauen etwas zurück. Wie dem auch sei, nach diesem Prinzip hätte man mich auch in Wladiwostok vor Gericht stellen können, woher ich Briefe von Pfingstlern erhalten hatte, oder meinsetzungen in Tbilissi. Übrigens gab die Untersuchung ihre ursprüngliche Beschuldigung, ich unterhielte „Verbindungen zum litauischen nationalistischen bourgeoisie Untergrund“, bald auf.

Letzten Endes wurde ich wegen der „Chronik“ und der Verbreitung des „Archipels GULAG“ angeklagt. Etwas früher war bei einem Bekannten von mir dieses Buch beschlagnahmt worden, als er es fotokopierte. Das Buch gehörte mir. Das konnte nicht bewiesen werden, weil mein Bekannter keine Aussagen machte. Ich wußte aber, daß man mich früher oder später verhaften und daß dieser Punkt in meinem Fall nicht viel ändern würde, mein Freund aber hatte gerade persönliche Schwierigkeiten. So schrieb ich an das KGB, das Buch, das seinen Mitarbeiter in die Hände gekommen sei, gehöre mir, ich bestünde darauf, es zurückzuerhalten, zudem mißfalle mir unsere einheimische Tradition, in fremden Bibliotheken zu wühlen und den Bucheigentümern einen Strick daraus zu



Ende der 70er Jahre. Die „Chronik der laufenden Ereignisse“ wurde von Alexander Daniel, Boris Smuschkevitsch und (unser Foto) Juri Schichanowitsch, Alexander Lawut und Leonid Wul fortgesetzt

drehen. Diesem Brief fügte Sacharow später einige Sätze hinzu. Aufgrund dieses Briefs zog die Untersuchung den Schluß, daß das Buch mir gehörte.

Ich hatte beschlossen, mich selbstständig, ohne Anwalt, zu verteidigen, aber das war ein aufgezwungener Entschluß.

Zuerst hatte ich einen Verteidiger, er sollte jedoch lediglich Artikel 201 (jenen Artikel des Strafgesetzbuches, der den Abschluß der Untersuchung bekanntgibt) unterzeichnen. Dieser Anwalt Roshanski war ein guter Leningrader Verteidiger, wollte auch gern den Prozeß übernehmen, seine Linie unterschied sich jedoch von meiner. Roshanski sagte mir etwa: „Gut, ich will diesen Punkt abstreiten, wie kann ich aber die allgemeine Anklage, die auf das Redigieren der „Chronik“ lautet, abstreiten? Ich werde doch zugeben müssen, daß das eine antisowjetische Publikation ist.“ Ich antwortete, das sei ganz anders, und erklärte ihm, warum die „Chronik“ nicht so qualifiziert werden könne. Man lege mir die Diskreditierung des Regimes, die Untergrabung des Prestiges des Sowjetstaats zur Last, dabei hätte ich nur die Wahrheit über Verstöße gegen das Gesetz gesagt. Prestige sei nicht durch Stillschweigen von Tatsachen aufrechtzuerhalten. Wenn man sich Sorgen um das Ansehen des Landes mache, solle man vor allem das Gesetz befolgen. Somit ging es nur um eines: Wurde in der „Chronik“ nur Wahrheit gedruckt – oder waren es Verleumdungen, um deretwegen ich zur Verantwortung gezogen werden konnte? Soviel mir bekannt war, hatte die Untersuchung keine Verleumdung festgestellt. Am Tag darauf kam Roshanski und sagte: „Schön, ich will Ihre Linie akzeptieren. Aber „Archipel GULAG“! Wie kann ich da den antisowjetischen Inhalt leugnen?“ – „Genauso wie im Fall der „Chronik“.“

Ich bat Sofja Kalistratowa und Dina Kaminskaja, meine Verteidigung zu übernehmen. Beide sagten zu. Jemand vom

Moskauer Kollegium der Anwälte schrieb mir jedoch ins Gefängnis, daß Kalistratowa und Kaminskaja mit Fällen überladen waren und meine Verteidigung gar nicht übernehmen konnten. Über das Kollegium hinweg durfte kein Vertrag geschlossen werden. Das Gericht wies mir den litauischen Anwalt Gavronskis zu. Ich wußte von ihm, daß er in Litauen oft gerade solche Fälle übernommen und eine stereotype, angepaßte Position bezogen hatte, d. h. er bat das Gericht, die schwere Kindheit des Verteidigten zu berücksichtigen. Ich verzichtete vor Gericht auf seine Dienste, und er entfernte sich erleichtert. Ich aber blieb ohne Anwalt.

Am 10. Dezember wurden obendrein Zeugen aus dem Gerichtssaal gesetzwidrig entfernt. Das Gesetz verbietet so etwas unmöglichverständlich. Ich erklärte, ich wolle in diesem Fall nicht länger im Gerichtssaal bleiben, forderte, daß man mich fortführe, und trate in einen Hungerstreik. Zurückkehren wolle ich nur, wenn die Zeugen zurückkämen sowie jene eingelassen würden, die ohne Sonderausweise zu diesem „öffentlichen Prozeß“ keinen Zutritt hatten. Unter den Namen, die ich nannte, war auch der von Sacharow. Andrej Dmitrijewitsch befand sich zu dieser Zeit auf der Straße neben dem Gerichtsgebäude in Vilnius und verlangte Einlaß. Aber das Akademiemitglied, der dreifache Held der sozialistischen Arbeit, wurde zu jener Zeit zu politischen Prozessen nicht mehr zugelassen. Auf alle Versuche, den Prozeß wiederaufzunehmen, sagte ich: Nein, unter diesen Bedingungen mache ich den Prozeß nicht mit. Der Richter erteilte mir zuerst eine Warnung, dann entfernte er mich wegen Verstosses gegen die Ordnung aus dem Saal.

Die beiden letzten Prozeßtage blieb ich in der Zelle und setzte meinen Hungerstreik fort. Es kam der Chef des Untersuchungsgefängnisses, er wollte mich umstimmen, damit ich in den Gerichtssaal zurückkehrte. Ich antwortete ihm: „Wozu brauchen Sie diese Schande?

Ohne hin haben Sie den Mißgriff gemacht, den Prozeß für den 10. Dezember, den Tag der Menschenrechte, anzuberaumen, außerdem haben Sie die Zeugen entfernt. Die ganze Welt wird doch morgen oder spätestens in einer Woche davon reden. Wollt ihr euch in der ganzen Welt blamieren?“ Plötzlich lachte der Mann. Damals konnte ich nicht verstehen, warum. Erst viel später erfuh ich den Grund. Im Ausland hatte man nämlich schon am 10. Dezember erfahren, was in Vilnius vor sich ging. Jelena Bonner, die an jenem Tag in Oslo statt ihres Mannes die Rede bei der Nobelpreisverleihung hielt, telefonierte mit ihrer Moskauer Wohnung, und noch bevor die Verbindung abgebrochen wurde, sagte ihre Tochter ihr: „Mutter, der Serjoshka in Vilnius ist in Hungerstreik getreten, er weigert sich, am Prozeß teilzunehmen, weil man die Zeugen verseucht hat.“ Jelena Bonner gab das sofort öffentlich bekannt, und schon am 10. berichteten verschiedene Sender von der Affäre.

Ich wurde am nächsten Tag ins Gericht gefahren. Einige Zeugen, wenn auch nicht alle, wurden wieder eingelassen, sonst aber niemand, auch keine von mir benannten Zeugen. Ich begann damit, für einen meines Erachtens häßlichen Satz um Entschuldigung zu bitten, den ich mir am Vortag erlaubt hatte: „In diesem Schweinstall will ich keine Minute länger bleiben.“ Ich sagte, ich sei bereit, jede Verantwortung, darunter auch laut Gesetz, zu tragen, sollte der entsprechende Fall zustande kommen; ich hätte mich anders, etwa so ausdrücken sollen: „Ich will nicht länger unter Menschen verweilen, die das Gesetz mißachten. Ich fordere, mich aus diesem Saal zu entfernen.“ Die Entschuldigung wurde angenommen, ein Verfahren nach einem anderen Artikel nicht eingeleitet. Da aber meine Forderungen nicht erfüllt waren, bestätigte ich, daß ich nicht am Prozeß teilnehmen wollte. Wiederum wurde ich wegen Verstosses gegen Ordnung hinausgeführt. Im Weggehen schrie ich den Zeugen, die man zurückgeholt hatte, zu: „Meine Grüße und viel Liebes für Andrej Dmitrijewitsch!“ Der Saal antwortete mit Wiehern; ich war nie mehr darin. Man hat mir nicht einmal das letzte Wort erteilt, auf dieses Wort hätte ich nicht verzichtet. Das ganze spielte sich jedoch wie folgt ab. Der Chef der Eskorte kam zu mir und fragte, ob ich zum Gericht fahren wolle. Ich sagte, heute möchte ich schon. Darauf er: „Entschuldigen Sie, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihnen nur übrigbleibt, sich Ihr Urteil anzuhören.“ – „Wieso, ich habe doch das Recht auf das letzte Wort?“ – „Nein, dieses Stadium des Prozesses ist schon vorbei.“ – „Dann fahre ich nicht hin.“ So war das auch. Das Gericht kam, da ich im Hungerstreik war, durfte ich mein Urteil im Sitzen verneinen: 7 Jahre Lager und 3 Jahre Verbannung. Ich muß sagen, daß ich auf Verbannung nicht gefaßt war. In den baltischen Republiken wurde der Höchststrafe (in diesem Fall die 7 Jahre) eine Verbannung nicht mehr angehängt. Wir kannten die Geographie der Strafanwendung sehr gut: In der Ukraine waren die Strafen härter, im Baltikum etwas milder...

(Fortsetzung folgt)

Zur Veröffentlichung vorbereitet von Lew Jelin

**Die Rauschgiftsucht ist durch keine noch so harte Strafe zu heilen.
Die Welt erprobt alternative Varianten.
Können wir vom Ausland lernen?**



Christus contra Drogen

Schwedische Pfingstler heilen Tausende Rauschgiftsüchtige und Alkoholiker

Jede Religion beruht auf dem Glauben an ein Wunder, man möge mir diesen theologischen Primitivismus vergeben. Menschen, die Mohammed, Buddha oder Christus fernstehen, schämen sich manchmal, das zuzugeben, aber auch sie sehnen ein Wunder herbei, das die Fesseln des rauen Alltags löst. In der allwöchentlichen Masse von Druckerzeugnissen, die den Briefkasten meines Korrespondentenbüros passieren, tauchte plötzlich ein bescheidenes Blatt mit einem unbekannten Namen auf. Die Zeitung, die einer gewissen LP-Stiftelse gehört, überlässt ihre Seiten zahlreichen ehemaligen Alkoholikern und Rauschgiftsüchtigen, die alle wie ein Mann versichern, Jesus Christus habe sie von ihrem Laster befreit.

Unter einem Torbogen

„Ich begann mit 14 Jahren zu trinken und war mit 31 ein echter Säufer“, sagt Erik Edin, Verwalter der philanthropischen Stiftung der schwedischen Pfingstler. „Meine Verbindung zur Familie und Verwandtschaft war abgerissen. Mein letzter Anfall von Trunksucht dauerte acht Wochen, und was mir blühte, war



Die Erfolge bei der Rehabilitierung der Eltern kann man anhand des Zustandes der Kinder verfolgen. Viele Mütter schenken erst in LP-Heimen ihrer Nachkommenschaft die nötige Aufmerksamkeit

dreierlei: wiederum Gefängnis wegen Diebstahls, Delirium tremens in einer Irrenanstalt oder der Tod. Ich weiß jetzt nicht genau, aber meine Gedanken kreisten hauptsächlich um Selbstmord. Aus irgendeinem Grund ging ich zuletzt in eine Kirche hinein. Vielleicht wollte ich mich einfach wärmen, denn ich war obdachlos. Dort erlebte ich eine Offenbarung: Ich stürzte zum Altar und murmelte die halbvergessenen Worte eines Gebets. Eine Vision wurde mir zuteil: die Kreuzigung Christi. Seitdem trinke ich nicht mehr und arbeite in der Pfingstgemeinde“, erzählte mir der jetzt schon 70jährige Kämpfer gegen die Trunksucht.

Was Erik geholfen hat, ob der Glaube an die nicht vergeblichen Opfer Christi oder Selbstsuggestion, ist jetzt unwichtig. Wichtig dagegen ist, daß er die Broschüre „Ich war Alkoholiker“ herausbrachte und unter den Pfingstlern von Stockholm Diskussionen über die Notwendigkeit einleitete, jenen zu helfen, deren Wille schwach ist. Die Initiative löste einen heftigen Streit aus: Viele Brüder und Schwestern hielten es für eine Schmach, sich mit dem „Abschaum der Gesellschaft“ abzugeben. Aber das legendäre Oberhaupt der schwedischen Pfingstler Lewi Petrus sah in der Idee eine große Zukunft. Er übergab Spenden, die anlässlich seines Jubiläums gesammelt wurden, der 1960 gegründeten Stiftung und ernannte Erik Edin zu dessen Leiter. Daher also der Name LP-Stiftelse.

„Wir begannen mit drei Mitarbeitern und 100 000 Kronen. Heute zählt die LP 350 Mitarbeiter und hat einen Jahresumsatz von 100 Mio Kronen. Niemand wird einem Säufer auch nur eine Kupfermünze für die ‚Behandlung‘ geben, wir dagegen sammeln Millionen in Form von Schenkungen, Erbschaften, Spenden von Gemeinden und Beihilfen vom Staat. Geld ist das wenigste, obwohl man bei der Anlegung von Rehabilitationszentren ohne Geld nicht auskommt. Unser größtes Kapital sind die ungefähr 8000 geheilten Alkoholiker und Rauschgiftsüchtigen. Als die ersten in der Welt nehmen wir in unsere Kliniken, die zugleich Wohnhäuser sind, ganze Familien auf, in denen ein Partner oder beide zugleich das Leiden haben. Gegenwärtig gelingt es uns, nicht nur den Kranken selbst, sondern auch seine Kinder und andere Angehörige zu retten. Wichtig ist ferner, daß sich unser Personal zu zwei Dritteln aus ehemaligen, aber geheilten Patienten zusammensetzt. Diese Menschen haben den Glauben an Gott und den Glauben an den Menschen gewonnen. Sie sind in der Lage, die Patienten, deren Organismus mit Medikamenten entgiftet wird, seelisch und sozial zu beeinflussen. Gerade in dieser Kombination liegt das Wesen unserer Methode, die den üblichen Kliniken verläufig nicht zugänglich ist“, meint der LP-Begründer.

Im Palast

Wir unterhalten uns im Nalenpalats, der einmal abgerissen werden sollte und den die Stadt der Stiftung billig verkaufte. Heute ist dieses ausgezeichnet restauriertes Gebäude, das einzige erhaltene im ganzen alten

Quartal, ein architektonisches Denkmal der schwedischen Hauptstadt, ein Zufluchtsort für Menschen, die genesen wollen, und zugleich das LP-Hauptquartier. Nach Angaben einer unabhängigen Untersuchung erfolgen hier fünf Jahre nach Beginn der Behandlung unwahrscheinliche Veränderungen mit den ehemaligen Trinkern und Drogenabhängigen: 34% arbeiten (vor der Behandlung waren es 8%), alle finden sich eine Wohnung (früher 50%), 68% haben eine Familie (gegenüber 16%). Von solchen Kennziffern können die Mitarbeiter kommunaler Kliniken nur träumen; deshalb überweisen sie „unverbesserliche“ Patienten immer häufiger an die LP.

„Der Anfang war schwer“, seufzt Erik Edin. „Die Behörden waren uns gegenüber argwöhnisch. Besondere Unzufriedenheit rief der religiöse Aspekt hervor. Als ich das Trinken aufgegeben hatte, verlangte die Sozialverwaltung ein medizinisches Gutachten, das feststellen sollte, ob ich nicht verrückt sei. Der Psychiater mußte sie enttäuschen. Übrigens sollte man nicht alles nur den Behörden zuschreiben, denn meine eigene Frau vermochte nicht an meine Heilung zu glauben und dachte zuerst, ein ‚Sektenmitglied‘ zu sein sei noch schlechter, als Alkoholiker zu bleiben.“

Ja, wir nennen unsere Patienten Brüder und Schwestern, zwingen unseren Glauben jedoch niemandem auf. Wir geben Menschen, die sich behandeln lassen wollen, die Möglichkeit, für einen oder zwei Tage herzukommen, sich unsere Häuser anzusehen und dann zu entscheiden, ob sie in Behandlung gehen oder nicht. 95% finden sich bereit, manche von ihnen bleiben jahrelang im Kollektiv. Keinerlei Verpflichtungen binden sie an uns, sie dürfen hier leben, bis sie sich stark genug fühlen für das Leben in einer normalen Gesellschaft, können aber auch jederzeit wegfahren. Diese Freiheit zieht an“, fügt mein Gesprächspartner erläuternd hinzu.

Ich stelle verfängliche Fragen nach der Gehirnwäsche bei den „Brüdern in Christi“ und nach dem finanziellen Auspumpen religiöser alter Mütterchen (gewisse Sekten praktizieren so etwas). Erik Edin lächelt müde.

„Jeder, der zu uns kommt, weiß im voraus, daß in den LP-Häusern hauptsächlich Gläubige arbeiten und behandelt werden. Will ein Mensch beten, bitte schön, will er es nicht, seine Sache. Fast alle kommen zu Gott, aber jeder geht selbstständig zu ihm. Was Finanzgeschäfte angeht, so sind sie völlig legal, der Öffentlichkeit zugänglich und stehen unter Kontrolle der Behörden. Wer von unserer Tätigkeit aus Zeitungen erfährt, in der Kirche hört oder in einem persönlichen LP-Brief liest (wir schicken solche Briefe an potentielle Sponsoren), kann uns einen Betrag überweisen. Einige Firmen übergeben uns solide Beträge für die Behandlung ihrer Mitarbeiter. Die Subventionen der Gemeinden sind für die Behandlung ihrer Einwohner bestimmt. Der Staat hilft indirekt, z. B. durch den günstigen Verkauf des Palastes Venngarn, wo wir unser größtes Zentrum der Familienrehabilitation untergebracht haben.



Ihre ersten Ehen gingen an Drogen zugrunde. Nach einer Entziehungskur wollen sie eine neue Familie gründen

Hinsichtlich der „alten Mütterchen“ sei gesagt, daß sie ihre Testamente unter Beachtung aller Formerfordernisse und in Anwesenheit von Notar oder Zeugen abfassen, unter denen es keine LP-Vertreter gibt. „Das hebt der Finanzier und Organisator, der einmal so manches Ding mitgehen ließ, besonders hervor.“

Die volle Offenheit in bezug auf Arbeit und Finanzen ist eine unerlässliche Bedingung jeder LP-Aktion und sorgt für den guten Namen der Stiftung. Die Kandidatur jedes der 24 Kuratoren der Organisation und der 7 Vorstandsmitglieder wird wirklich „auf die Apothekerwaage gelegt“, damit es nicht den geringsten Vorwand für Klatsch gibt. Ein einziger Fehlritt kann die 30 Jahre Bemühungen kompromittieren, die es möglich machen, 600 Plätze in drei Zentren und 30 im ganzen Land gegründete Kontaktbüros zu schaffen.

Im Schloß

Magnus Gabriel de la Gardie, geboren in Tallinn, war in seinem ungestümen Leben alles mögliche: Gardeoberst, Botschafter und sogar Schwedens Reichskanzler. An seinem Lebensabend zog er sich auf sein Schloß Venngarn nördlich von Stockholm zurück und wandte sich den Idealen des Christentums zu. Auf dem Gut dieses Autors des Psalms Nr. 555 aus dem schwedischen Psalter leben heute Diener Christi. Dank den Anstrengungen der LP und mit Zustimmung des Parlaments wurde das architektonische Denkmal aus dem 17. Jahrhundert eine Zuflucht für Familien mit 200 Plätzen für Brüder und Schwestern sowie ihre Kinder. Inmitten von Wald und Wiese versuchen sie, die Scherben ihres Lebens zusammenzukitten und ihre Traumata, Folge des Mißbrauchs von Drogen und Alkohol, zu heilen.

„Sobald wir einen freien Platz haben,

wählt der LP-Vorstand aus der langen Warteschlange einen neuen Patienten“, erzählt Erik Edins Tochter Sonja Gilberg, die das Haus verwaltet. Man spricht von ihr als der Nachfolgerin des Vaters im Amt des LP-Direktors. „Er (oder sie) lebt zuerst allein, später kann sich der Ehepartner anschließen. Vielen hat das Gericht ihre Elternrechte abgesprochen, deshalb kommen Kinder erst nach Monaten her, wenn unsere Tuteuren, vor allem aber unsere Behörden, von der Rehabilitation wirklich überzeugt sind. Alle Brüder und Schwestern, die in Behandlung sind, gelten nach dem schwedischen Gesetz als krank, aufgrund ihres Krankenscheins, der alle drei Monate verlängert wird, erhalten sie einen bestimmten Geldbetrag. Von diesem Geld bezahlen sie ihren Unterhalt, 55 Kronen pro Tag. Reicht das Geld nicht, so springen die Gemeinden ein. Selbstverständlich liegen die faktischen Ausgaben der LP viel höher, es kommt jedoch darauf an, daß sich die Einkünfte und die Ausgaben der Stiftung alles in allem die Waage halten. Die Wohnbedingungen und die Verpflegung sind ganz passabel, wenn es auch keine Extras gibt. Die Tage sind mit Gesprächen, Lesen und Beten ausfüllt. Vier Stunden täglich gehören der Erziehung durch Arbeit – viele machen diese Erfahrung erstmalig in ihrem Leben. An Arbeit haben wir keinen Mangel: Es gilt, das Schloßmuseum in mustergültiger Ordnung zu halten (Personal und Patienten leben in unterschiedlichen Gebäuden) und unser ausgedehntes Gelände zu pflegen; wir reparieren Kraftfahrzeuge, bauen Möbel, in unseren Werkstätten entstehen handgefertigte Kunstgewerbegegenstände.“

Die Empfindung eines Wunders kommt, wenn man Menschen sieht, die dank der LP-Tätigkeit zum normalen Leben zurückgekehrt sind. In der Möbeltischlerei, wo Gerth Bjurström beschäftigt ist, werden aus gelbrosa Kiefernholz erstklassige

Stühle und Tische gefertigt. Sie werden gern von ausländischen Firmen abgenommen, an Aufträgen fehlt es nicht. Der Staat gewährt eine Subvention, das Arbeits-tempo darf den Menschen nicht über die Kräfte gehen. Dennoch trödelt hier keiner, Rauchpausen sind unbekannt (Rauchen ist in den Räumen des Zentrums verboten). An Gerths rechtem Arm sehe ich eine erschreckende eintätowierte Spinne im Spinnengewebe; als ich ihm in der Kantine begegnete, hielt ich ihn für einen Berufsverbrecher. Das war er auch, solange er täglich auf Biegen und Brechen seine 1500 Kronen für Heroin beschaffen mußte. Gegenwärtig hat er eine Familie, verdient nicht schlecht, hat ein Eigenheim und einen Wagen.

„Jeder möchte sein Laster überwinden, nicht jeder bringt jedoch die Kraft auf“, sagt er. „Es kommt darauf an, einen Menschen zu unterstützen und ihm vielleicht ein gutes Beispiel vor Augen zu halten. Mit meinen früheren Kumpeln treffe ich mich jetzt so gut wie nie, ich lebe ein anderes Leben.“

Schwieriger ist es mit Menschen, die ein

normales Leben erst anpeilen. Einige halten es nicht lange aus und verfallen ihrem Laster erneut. Wie es heißt, können nur etwa 50 Prozent gleich beim ersten Versuch völlig mit der Vergangenheit brechen. Wer schwach ist, wird nicht verurteilt, muß aber gehen. Allerdings ist die Rückkehr keinem verwehrt. Andere werden erst beim zweiten oder sogar beim dritten Versuch geheilt. Ein Beispiel ist Arne Edin, ein alleinstehender Mann, der im dortigen Kindergarten als Erzieher beschäftigt ist.

In der Schule

Kinder. Sie leiden am meisten unter den Lastern ihrer Eltern. Diese Kleinen haben keine Kindheit, oft mußten sie bei fremden Leuten leben. Selbst jetzt, da sie wieder mit Vati und Mutti zusammen sind, können die Kinder in der ersten Zeit noch nicht so recht glauben, daß ihre Eltern o. k. sind. Immer wieder rennen sie in die Wohnung, um diese Tatsache zu überprüfen.

Viele alleinstehende Mütter, die nach

Vennsgarn geraten, haben keine Ahnung von der Erziehung. Einmal nüchtern, achten sie zum ersten Mal in ihrem Leben auf ihre Nachkommenschaft, was in einer übersteigerten Reaktion auf jedes Piepsen des Kindes zum Ausdruck kommt. Die Mütter kriegen es mit der Angst und verlangen „starke Medikamente mit Sofortwirkung“. Es gibt drei Krankenschwestern, aber sie können sich schließlich nicht zerreißen. Zudem muß hier auch auf die Erwachsenen individuell eingegangen werden.

Am Zustand der Kinder läßt sich verfolgen, wie die Rehabilitation der Eltern fortschreitet. Jeder Kurator hat seine Gruppe von Patienten und versichert, ein erfahrener Blick merkt sofort, was Sache ist. So verrät ein nervöses, vernachlässigtes Kind oft die Probleme der Eltern.

„Kinder aus solchen asozialen Familien haben es im Anfangsstadium manchmal schwer“, erzählt der Direktor einer Schule in Sigtuna, die 30 Schulkinder aus Vennsgarn beherbergt. „Wir behandeln sie wie alle anderen Kinder und geben uns Mühe,



Alle zum Kampf!...

Wir haben den Alkoholismus bekämpft. Gegenwärtig bekämpfen wir die Rauschgiftsucht. Wir schließen uns zusammen, wir gehen gemeinsam vor, alle wie ein Mann... Ob wir auch verstehen, gegen wen wir kämpfen?

Dr. jur. Tatjana BOGULJUBOWA vom Institut für Festigung der Gesetzmäßigkeit

beginnt ihr Interview gerade mit der Behauptung, daß schon die Worte „Kampf gegen die Rauschgiftsucht“ ein Nonsense seien.

Wir reden immer davon, daß wir die Drogensucht bekämpfen müßten. Ich bin grundsätzlich gegen diesen Wortgebrauch und diese Fragestellung. Der Terminus ist an sich grundfalsch, weil jede Sucht eine Krankheit ist, und eine Krankheit wird nicht bekämpft, sondern geheilt. Durch unseren Kampf gegen die Krankheit haben wir sie selbst und die Menschen, die von ihr befallen sind, in eine Sackgasse hineinmanövriert. Wer würde einen Menschen strafrechtlich verfolgen, der an Grippe oder Tuberkulose erkrankt? Die Tatsache, daß wir den Drogenverbrauch für eine strafrechtlich zu verfolgende Handlung erklärt haben, hat eine Unmenge negativer Folgen. So wissen die Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane nicht, wie hoch z. B. die wirkliche Zahl der Abhängigen ist.

Wogegen haben wir also zu kämpfen?

Bei uns wird jetzt alles strafrechtlich verfolgt, was mit Dro-

gen verbunden ist: Mißbrauch, Dealen, Aufbewahrung, Transit, Entwendung, Anbau von drogenhaltigen Kulturen, Einbeziehung in den Verbrauch, Quartiergewährung. Im Prinzip hat also der Staat die ganze Tätigkeit bei der gesetzwidrigen Drogenverbreitung unter strenger Kontrolle gestellt. Und? Kriminelle Statistiken geben uns Aufschluß. In 70 Prozent der Fälle wurden nicht Personen, die Narkotika verkaufen, zur Verantwortung gezogen, sondern Süchtige selbst. Nur 10–20 Prozent der Prozesse werden gegen Dealer angestrengt. Wir haben diese Fälle untersucht: Berufsmäßige Dealer gehen sehr selten ins Netz. Aber da nimmt ein Süchtiger eine Haschzigarette und bietet auch jemandem anders eine an. Das wird ebenfalls als Dealen qualifiziert. In Wirklichkeit existiert in unserem Land, wie Statistiken bezeugen, ein organisierter Absatz, ohne ihn könnten die zahlreichen Süchtigen, die amtlich erfaßt sind, gar nicht weiterleben. Sprechen wir lieber nicht von den „Nichterfaßten“. Gegen des Dealen aber kämpfen wir nicht energisch genug. Dabei sollte sich der Kampf nur gegen ihn richten.

Keine Gesetze? Oder zu milde Gesetze?

In diesem Fall geht es nicht um

Gesetze, sondern um den Rechtsschutz. Laut Gesetz steht bei uns auf Dealen eine recht harte Strafe. Würden wir das Gesetz auch noch anwenden, hätten wir vielleicht weniger Probleme. Aber die Rechtsschutzorgane sind passiv. Wir decken das Dealer-System nicht auf.

Und die Gründe?

Hier kann Verschiedenes genannt werden, bis hin zur organisierten Kriminalität. Die rechtlichen Bestimmungen über den Drogenmißbrauch sind zu ändern. Der Erlass vom 22. Juni 1987 führte folgende Normen ein: Wenn sich ein Mensch freiwillig meldet, in Behandlung gehen will und seine Drogenvorlage abliefer, wird ihm die strafrechtliche Verantwortung erlassen. Zugleich führte derselbe Erlass die strafrechtliche Verfolgung wegen Drogenverbrauchs ein. Bis 1987 bestand diese Verantwortung nur in drei Unionsrepubliken (Armenien, Georgien und Turkmenien), gegenwärtig ist sie im ganzen Land wirksam. Alles wird verkehrt gemacht. Mein Standpunkt ist: Wir müssen auf die strafrechtliche Verfolgung von Süchtigen verzichten. Ich bin mir bewußt, daß ich damit bei unserer Öffentlichkeit schlecht ankomme, haben wir sie doch selbst auf den Kampf nicht

gegen die Sucht, sondern gegen Süchtige orientiert.

Süchtige werden jedoch nicht nur strafrechtlich verfolgt, sondern auch behandelt, in manchen Fällen zwangswise. Bewährt sich die Methode des zwangseinsatzes?

Viel zu wenige Verfahren, und auch die kaum wirksam. Die Wirksamkeit beträgt nur 10 %. Eine übrigens nur annähernde Angabe. Die Behandlung ist schwierig, u. a. deshalb, weil wir alle in unserem Verhalten gegenüber Süchtigen nicht auf soziale Hilfe, sondern auf sozialen Druck setzen. Wird ein Süchtiger aus einer Führerschule oder einem Krankenhaus entlassen, gerät er in dasselbe Milieu, kollidiert mit gleichen Problemen, Schwierigkeiten und Erlebnissen wie vor dem Entzug. Er aber braucht Hilfe bei Einstellung, Wohnungszuweisung, sozialem Umgang. Ich höre schon, wie meine Opponenten mir entgegnen: Wir haben ohnehin Probleme über Probleme, und da sollen wir uns noch mit Süchtigen abgeben! Es ist aber so, daß wir unserer Gesellschaft konsequent das „Feindbild“ in Person des Süchtigen anerzogen, jetzt müssen wir dieses Bild abbauen. Im Westen bringt die Einschaltung der Öffentlichkeit in die Sozialisierung von Süchtigen gute Resultate. Wen können wir schon für die Hilfe an Süchtigen gewinnen? Ein paar Enthusiasten und Idealisten, wenn es hoch kommt. Was jedoch gebraucht wird, ist eine Massenbewegung.

Es gibt viele Untersuchungen darüber, warum zu Narkotika geprägt wird.

Aus zahlreichen Motiven:

ihnen wie auch anderen leistungsschwachen Kindern zu helfen. Allmählich kommt das Lernen in Fluß. Diese Kinder, die oft nur auf sich selbst angewiesen sind und noch für ihre Eltern sorgen müssen, werden manchmal schon früh selbstständig. Die Kinder aus Venngarn fluchen nicht, sie sind sehr freundlich. Manchmal erzählen sie von Gott.“

Wieder im Palast

Ich könnte nicht sagen, was die 20 000 jährlichen Besucher in Venngarn am meisten beeindruckt. Zweifellos sind sie im alten Schloß (in die Wohnhäuser wird ihnen kein Einlaß gewährt) über den mit Lack überzogenen Steinboden und die Holzschnitzereien in der Schloßkirche verblüfft, Fachleute bewundern die Rehabilitationsmethoden, die Revisoren die mustergültige Buchführung. Für mich waren diese Menschen, die erst vor kurzem hart am Rande standen, heute aber ein freies Leben führen, eine wahre Offen-

barung. Ich weiß noch, wie im Moskauer Hof meiner Kindheit vor 25 Jahren eine Familie von „Sektenmitgliedern“ auftauchte. Die Mieter und die Bezirksabteilung für Volksbildung verhielten sich sehr argwöhnisch, und jetzt noch steigt ein bitteres Gefühl in mir auf: In unmittelbarer Nähe gab es zahlreiche Säuer beiderlei Geschlechts, aber die erregten kein Mißtrauen.

„Worin der Grund unseres Erfolgs liegt?“ wiederholt Erik Edin meine Frage. „Die LP gibt leidenden Menschen ein Heim und Fürsorge, füllt die geistige und soziale Leere in ihren Seelen. Staatliche Hilfe muß natürlich sein, aber noch wichtiger ist, daß die Behörden nicht die Bürger selbst, gesellschaftliche und religiöse Organisationen behindern, wenn sie im Kampf gegen jederlei Sucht eine gesunde Initiative an den Tag legen. Für diesen Kampf brauchen wir selbstlose Menschen, die fähig sind, zu vollbringen, was scheinbar unmöglich ist.“

Das von Erik Edin entwickelte System der Bekämpfung von Trunk- und Rauschgiftsucht kommt mit ein paar Abwandlungen in Norwegen, Finnland, Portugal, Spanien, Australien und Ungarn zur Anwendung. Seiner Meinung nach hat dieses System auch in der UdSSR Erfolgsaussichten: „Der Glaube an Christus ist eine große Kraft in diesem Kampf. Es gilt, Schwachen und Kranken zu helfen. Wenn die Erfahrungen und die Hilfe der LP-Stiftelse nützlich sein können, schreiben Sie an uns, auch in Russisch.“

Auf Erik Edins Wunsch die Adresse der LP-Stiftelse: LP-Stiftelse, Box 1356, 111 83 Stockholm, Schweden

Alexander
Poljuchow
NZ-Korrespondent
STOCKHOLM

Foto: „LP-Foundation“

schwieriges Leben, der Wunsch, aus einer schweren, traumatischen Situation zu flüchten. Insgesamt kommen da etwa 100 unterschiedliche Faktoren in Betracht. Aber im allgemeinen bleibt sich das Bild gleich. Der Drogenverbrauch bedeutet ein Entrinnen-Wollen. Das passiert dann und dort, wenn alles fremd wird: die soziale Wirklichkeit, die Gesellschaft, der Staat, die von der Gesellschaft anerkannten Werte; dann und dort, wenn Kontakte mit einem Dealer aufgenommen werden. An dieser Nahtstelle zwischen dem inneren Drang des Menschen und äußeren Faktoren (Dealer mit Ware) beginnt der Drogenverbrauch. Auch das spricht dafür, daß wir in diesem Fall nicht gleich das Recht bemühen müssen. Wenn ein Mensch schon aus der sozialen Wirklichkeit ausgestoßen ist, muß man alles tun, ihn wieder in unsere Nähe zu bringen und ihn nicht an Haftanstalten abzuschieben. Dort wird seine Abhängigkeit nur noch wachsen.

Dennoch hielt die Staatsanwaltschaft der UdSSR eine Koordinationsberatung ab, die den Beschuß faßte, die Politik im Bereich der Drogensucht weiter zu verstärken und in diesem Rahmen z. B. die öhlaltigen Mohnsorten dem Schlafmohn gleichzustellen.

Gegenwärtig sind praktisch alle Narkotika verboten. Selbst der Mohn, mit dem unsere Sem-

meln bestreut wurden, wird nicht mehr angebaut. Ich will hier nur folgende Geschichte einschalten. Vor einigen Jahren gab es in einem Gebiet der Ukraine recht große mit Mohn bebaute Flächen, so daß in der dortigen Drogenszene das Opium vorherrschte. Die Rechtsschutzorgane des Gebiets bestanden sehr lange darauf, daß die Mohnanbauflächen entweder eingeschränkt werden oder daß man den Anbau gänzlich aufgibt, was dann auch gemacht wurde. Zu vermuten war, daß die Opiumsucht zurückgehen und nur die Haschischsucht bleiben würde. Es kam jedoch anders: Alle Opiumsüchtigen stellten sich auf Haschisch um, der Gesamtverbrauch blieb aber auf dem alten Stand. Mit Verboten ist das Problem nicht zu lösen, zumal die Süchtigen zu Toxika greifen können, und das ist noch schlimmer.

Sobald wir unseren Kampf gegen die Dealer aktivieren, schnellen die Drogenpreise auf dem „Schwarzen Markt“ hoch. Natürlich sorgen Süchtige für einen passenden Ersatz. Sie finden ihn auch, die moderne Chemie bietet ein reiches Spektrum an. Der Verbrauch von Giftstoffen aber läßt sich überhaupt nicht kontrollieren. Wer würde auch auf den Gedanken kommen, den Verkauf von Lacken, Farben und Benzin zu verbieten? Laut medizinischen Statistiken ist die Toxikomanie noch schrecklicher: Sie zerstört die Persönlichkeit rascher und hat

umkehrbare Folgen für den menschlichen Organismus.

In Großbritannien führte man in den 70er Jahren einen interessanten Versuch durch. Alle Süchtigen wurden in medizinischen Einrichtungen erfaßt, und Ärzte versorgten sie eigenhändig mit der erforderlichen Rauschgiftdosis. Die Ärzte waren darauf orientiert, die Dosis allmählich auf ein Minimum zu reduzieren. Erstens löste sich der „Schwarze Markt“ im Lande auf, zweitens befanden sich alle Süchtigen unter ständiger medizinischer Kontrolle. Freilich verzichteten die Engländer später auf dieses Verfahren. Ich glaube deshalb, weil Ärzte des Drogenmissbrauchs verdächtigt wurden. Dennoch wird in der ganzen Welt auch heute die Prophylaxe vorgezogen. Es gilt, vorzubeugen, nicht zuzulassen, daß Menschen die Hand nach einer Droge ausstrecken, einen bestimmten Lebensstandard zu sichern und dem Menschen die Möglichkeit einer seelischen Entspannung zu bieten, damit nicht einmal das Bedürfnis aufkommt. An zweiter Stelle steht die Behandlung. Erst an dritter Stelle kommt die Strafe. Wir aber fangen zum ersten Mal mit Fehlern an, die die ganze übrige Menschheit schon überwunden hat.

Statistiken zeigen jedoch, daß der Drogenverbrauch 1989 zurückgegangen ist.

Ja, wir raten jetzt, worum es

sich handelt, um einen realen Rückgang und reale Resultate unserer Einwirkung oder nicht? Meiner Meinung nach ist dieser statistische Rückgang auf die Müdigkeit unserer Rechtschutzorgane zurückzuführen. Sie sind gegenwärtig von diesem Problem – angesichts der vielen anderen – abgerückt. Eine so komplizierte Frage ist mit einer einzigen Kavallerieattacke, in nur zwei oder drei Jahren, nicht zu lösen. Zudem besteht unsere „Attacke“ nicht in komplexen Maßnahmen, sondern in verschärften Strafen. Schon 1969, als ich Untersuchungsrichterin war, sah ich Halbwüchsige im Haschischrausch. Inzwischen haben sie ihre Gefängnisstrafe abgebußt, haben dort ihre Erfahrungen weitergegeben, sind wieder auf freiem Fuß und treiben es weiter.

Ich betrachte die Zahlen; 1989 wurden mehr gesetzwidrig bestellte Flächen aufgedeckt als im Vorjahr. Sehr schön, die Aufdeckung geht ja einfach, man braucht nur bestimmte organisatorische Maßnahmen zu treffen. Dafür wurde weit weniger „Stoff“ entdeckt. Wird weniger gehandelt? Das bezweifle ich sehr. Diesen Statistiken zufolge ist auch der Verbrauch zurückgegangen, die Zahl der Süchtigen aber unverändert geblieben. Folglich war alles umsonst. Kämpfen wir falsch oder gegen das falsche Objekt?

Irina Lagunina

Um den „goldenen Bären“?

Notizen vom Berliner Filmfestival

Viktor Boshowitz

Jeder hämmert so gut er kann an der Mauer herum, die Schlaginstrumente, vom Hammer bis zum Stemmeisen, sind beliebig. Hat man gerade kein eigenes Gerät dabei, kann man sich für 2 Mark eins mieten. Inzwischen ist es allerdings schon ganz schön schwer, sich ein Stück abzuklopfen, denn der Putz ist längst abgeschlagen, und der Betonkern leistet erbitterten Widerstand. Was kann aber menschliche Beharrlichkeit nicht alles ausrichten! Schon klaffen in der Berliner Mauer, diesem unheilvollen Symbol der Entfremdung und Feindschaft, außer Lücken auch schon Breschen. Kesse Jungs schlängeln sich von einer Seite zur andern, aber auch die ältere und solidere Bevölkerung passiert sie manierlich geordnet an den Durchgangsstellen. Jetzt ist das einfach, die Prozedur dauert nicht länger als eine halbe Stunde, und man kann auf beiden Seiten der Mauer herumspazieren.

Um den Reichstag herum erinnern Kreuze an die Opfer, die in den letzten Jahren an der Mauer, damals noch „Todesmauer“ genannt, ihr Leben gelassen haben. Das neueste Kreuz trägt ein Datum vom Februar 1989. Möge es das letzte Opfer gewesen sein!

Im Rollstuhl auf die Bühne

Das Hämmern von der Berliner Mauer scheint bis in die Säle der Filmfestspiele vorgedrungen zu sein. Auch hier rannte man, allerdings mit den Mitteln der Kunst, gegen die Mauer aus Unverständnis und Entfremdung zwischen Menschen und Völkern an. Jeder tat das, was in seinen Kräften stand und wie es seinen Möglichkeiten entsprach. Viele klopften Putz ab. Einige wenige meißelten sich bis zum Beton vor.

Zum ersten Mal in den 40 Jahren ihres Bestehens fanden die Filmfestspiele, die wir früher als Westberliner Festival bezeichnet haben, in beiden Teilen Berlins statt. Auf beiden Seiten der Mauer wurden dieselben Programme gezeigt. Hier wie dort überfüllte Zuschauersäle. Der Direktor der Filmfestspiele, Moritz de Hadeln, sagte: „Wir wollten immer ein Bindeglied zwischen West und Ost sein. Heute kann dieses Ziel, auf das wir so lange und beharrlich hingearbeitet haben, endlich verwirklicht werden.“

In der Vergangenheit ist bei den Filmfestspielen alles mögliche vorgekommen. Man erinnert sich noch daran, wie vor nicht allzu vielen Jahren ein sowjetischer Vertreter

demonstrativ den Saal verließ, um gegen den amerikanischen Film „The Deer Hunter“ zu protestieren, in dem er eine Beleidigung des vietnamesischen Volkes zu erblicken glaubte. Später konnte man sich darüber schon weniger aufgeregter unterhalten, und es wurde deutlich, daß der Film sich nicht gegen Vietnamesen oder Amerikaner richtet, sondern gegen den Wahnsinn des Krieges, der Menschen ihr menschliches Wesen verlieren läßt.

Inzwischen kommt es Gott sei Dank keinem der sowjetischen Anwesenden in den Sinn, gegen den Film „Der Winterkrieg“ Protest einzulegen, den der finnische Regisseur Pekka Parikka dem Finnland-Feldzug 1939 – 1940 gewidmet hat. Sicherlich ist es ungewöhnlich und bitter für uns, sowjetische Soldaten mit den Augen von Menschen zu sehen, für die sie Eindringlinge waren, die sich an Heim und Herd und am Boden der Vorfahren der Überfallenen vergriffen hatten. So war es aber, das ist die historische Wahrheit, um die wir nicht herumkommen. Wenn wir mit den Augen des Filmhelden, eines finnischen Bauern, einem gefallenen Russen ins Gesicht schauen, fragen wir uns: Wer hat ihn in dieses fremde Land geschickt? Wer konnte angesichts der militärischen Erfolge eines Hitler nicht ruhig schlafen? In den 70 Jahren seines Bestehens hat der sowjetische Staat eben doch nicht nur gerechte Befreiungskriege geführt. Neben dem Finnland-Feldzug ist auch die jüngste afghanische Tragödie in uns noch lebendig.

Das Vietnam-Syndrom wird nach wie vor im amerikanischen Film verarbeitet. So auch in „Geboren am 4. Juli“, einem Film des Regisseurs Oliver Stone, den er nach einem autobiographischen Buch von Ron Kovic gedreht hat. Der Autor, also die von Tom Cruise verkörperte Hauptgestalt des Films, ist als Freiwilliger nach Vietnam gegangen und als Krüppel zurückgekommen. Er ist für immer an den Rollstuhl gefesselt. Der Film zeigt die langsame Bewußtwerdung der Hauptfigur, die sich allmählich darüber Rechenschaft ablegt, daß sie keineswegs für die richtige Sache gekämpft hat. Wie sein Filmheld so hat auch Kovic in sich die Kraft gefunden, in seiner Lebenseinstellung eine schroffe Wende zu vollziehen, mit primitivem Antikommunismus und denen zu brechen, die aus der persönlichen Tragödie eines „Vietnam-Helden“ politisches Kapital schlagen wollen. Heute engagiert Kovic sich aktiv in der Friedensbewegung und kämpft für Verständnis und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Die Filmemacher wiesen auf die Aktualität dieses Films hin, dessen symbolträchtiger Titel auf den Unabhängigkeitstag, den nationalen Feiertag der Amerikaner am 4. Juli, abzielt, indem sie auf ein denkwürdiges Zusammentreffen hinwiesen: Die erste öffentliche Vorführung dieses Films fiel auf den Tag der amerikanischen Invasion in Panama. „Die Regierung der Vereinigten Staaten“, sagte Kovic bei einer Pressekonferenz, „hätte in Mittelamerika das machen müssen, was Gorbatschow in Osteuropa gemacht hat: den Völkern die Freiheit der Wahl lassen.“ Ron Kovic wurde mit Ovationen gefeiert, als er im Rollstuhl auf die Bühne des Zoo-Palasts fuhr, um den „Goldenen Jubiläums-Bären“ entgegenzunehmen, den die Festspieldirektion seinem Film zuerkannt hatte.

Botschaft an alle

In qualitativer Hinsicht dominierten amerikanische Filme das offizielle Programm. Man kann darüber streiten, ob das gerechtfertigt war oder nicht. Einige Filme erhoben keinen Anspruch als den, zu unterhalten, die meisten aber, das muß man anerkennen, hatten eine deutlich ausgeprägte soziale und humanistische Tendenz und enthielten das, was man hier üblicherweise als message bezeichnet. In der Regel wurde die Frage nach dem künstlerischen Wert des jeweiligen Werks ausgebündet. Man kann sagen, daß bei diesen Festspielen die soziale und politische Problematik die Kunst als solche überwog. Amerikanische Filme sind fast immer gut gemachtes Kino mit aktuellen und leicht erfassbaren Denkaufgaben, mit einer genau dosierten Kombination aus Komik und Ernst, aus Dramatik und Sentimentalität.

Gewaltigen Anklang fand zum Beispiel „Miss Daisy und ihr Chauffeur“, ein Film des Regisseurs Bruce Beresford über eine Freundschaft, die entgegen allen sozialen, rassenmäßigen und religiösen Unterschieden zwischen einer reichen alten Dame und ihrem Negerchauffeur aufkeimt. Jessica Tandy und Morgan Freeman, die ihre Hauptrollen mit Bravour gespielt haben, erhielten für die beste gemeinsame schauspielerische Leistung den Silbernen Berliner Bären.

In „Music Box“ von Costa Gavras überwogen dramatische und psychologische Schattierungen. Er zeigt uns die Geschichte des Amerikaners Mike Laszlo, eines gebürtigen Ungarn, der sich nach dem zweiten Weltkrieg in den Vereinigten Staaten niedergelassen hat. Er ist umgeben von der Liebe seiner Kinder und Enkel, von der Achtung seiner Freunde und Bekannten. Für alle völlig überraschend wird ihm eines Tages vorgeworfen, daß er während des

Faschismus in besonderen ungarischen Vergeltungskommandos gedient und unschuldige Menschen bestialisch ermordet haben soll. Bei seinem Gerichtsprozeß wird Laszlo von seiner Tochter Ann (Jessica Lange), die selbst Rechtsanwältin ist, verteidigt. Ist er schuldig oder nicht? Diese Frage bleibt bis zum Finale des Films offen. Schlichte aber dafür garantiert wirksame Verschlüsse der Handlung halten die dramatische Spannung aufrecht. Zu guter Letzt, als Ann schon alle Beweise der Anklage entkräftet hat, findet sie zufällig unüberlegbare Indizien, die gegen ihren Vater sprechen. Für sie ist das ein schrecklicher Schlag, eine persönliche Katastrophe. Die Helden aber findet die Kraft und den Mut, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Die Vergangenheit darf nicht vergessen werden, das ist die eindeutige Schlußfolgerung aus dem Film „Music Box“, für den Costa Gavras den Hauptpreis der Filmfestspiele erhielt, den Goldenen Bären, den er sich mit dem tschechischen Regisseur Jiri Menzel teilte.

Filme aus der Schublade

Menzel, eine der führenden Gestalten des neuen tschechischen Films, mußte nach dem August 1968 alle möglichen Repressalien über sich ergehen lassen. Sein Film „Lerchen am Faden“, der 20 Jahre lang in der Schublade gelegen hatte, wendet sich gegen Heuchelei und Lüge der offiziellen Ideologie und verbindet mit dem Prager Frühling von 1968 Hoffnungen auf eine humanistische Erneuerung des Sozialismus. Nachdem der Film verboten war, hatte Menzel 6 Jahre lang keine Möglichkeit, in seinem Beruf zu arbeiten. Bis in die jüngste Vergangenheit war sein Name aus der Geschichte des tschechoslowakischen Films gestrichen. Der Gerechtigkeit halber muß man sagen, daß angesichts eines veränderten politischen Hintergrunds die kritische Masse dieses Films nicht ganz so erschütternd gewirkt hat, und auch in künstlerischer Hinsicht ist „Lerchen am Faden“ nicht Menzels bester Film. Man kann allerdings die Entscheidung der internationalen Jury verstehen und auch gutheißen, die einen begabten Künstler und mutigen Kämpfer für die Freiheit der Kunst damit ehren wollte.

Verständlicherweise war der deutsche Film bei den Berliner Filmfestspielen ausgiebig präsent. Einen besonderen Zyklus stellten die „Schubladen-Filme“ aus der DDR dar. Einer davon, „Spur der Steine“



Tom Cruise in „Geboren am 4. Juli“

Foto: Archiv der „Universal City und Studios“

des Regisseurs Frank Beyer, wurde im offiziellen Festspielprogramm vorgeführt. Der Film ist aufgebaut wie die Durchsicht einer Personalakte, die über den ehemaligen Sekretär der Parteiorganisation einer Großbaustelle angelegt worden ist. Er will kein Schräubchen im allgemeinen System der Mißwirtschaft und Verantwortungslosigkeit sein und der Verwaltung und dem Parteiaussprach nicht nach dem Mund reden. Dafür muß er bezahlen. Auch für andere Filme aus osteuropäischen Ländern waren Perestroika-Pathos und konsequente Abrechnung mit den Sünden der Vergangenheit bezeichnend.

Heiner Carow, ein Regisseur aus der DDR, nahm sich mutig und zugleich ernsthaft und verantwortungsbewußt eines früher tabuisierten Themas an, dem tragischen Schicksal von Homosexuellen, die sich geradezu in der Position von Parias befanden. Laut Statistik sind das Millionen von Menschen in aller Welt. Der Hauptdarsteller versucht, mit seinen psycho-physiologischen Neigungen fertigzuwerden. Er will nicht außerhalb allgemein anerkannter Verhaltensnormen stehen und steht zu seiner Homosexualität, worauf der englische Titel des Films „Coming out“ hinweist. Als er die Nutzlosigkeit seiner Bemühungen einsieht, wird er von Verzweiflung gepackt und versucht durch Selbstmord aus dem Leben zu scheiden.

Ohne Anspruch zu erheben auf die endgültige Lösung der Schwulen-Problematik, wollen die Autoren dieses Films nur eins sagen: Ein Mensch, der durch irgend etwas von der Mehrheit abweicht, darf nicht zum Gegenstand von Haß oder Verachtung werden. Dieses allgemein humanistische Pathos des Films „Coming out“ war es wohl

auch, welches ihm bei den Filmfestspielen Erfolg brachte. Bei der Verleihung des Silbernen Bären hieß es: „... für die einfühlsame Behandlung des Dilemmas, in dem sich Minderheiten, alle Minderheiten, befinden, und für die zum Ausdruck kommende tiefe Achtung für Menschenrechte, Humanität und Toleranz“.

„Das asthenische Syndrom“

Was läßt sich über sowjetische Filme sagen? Sie waren bei diesen Filmfestspielen gut plaziert. „Das asthenische Syndrom“ von Kira Muratowa erhielt den zweithöchsten Preis dieser Festspiele, den Sonderpreis der Jury und einen Silbernen Bären. Zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Filmfestspiele kam ein sowjetischer Film in den Wettbewerb, ohne die Staatliche Filmagentur der UdSSR zu passieren. „Das asthenische Syndrom“ wurde vom Filmstudio Odessa vorgestellt, ein weiterer Beweis für die zunehmende Selbständigkeit unserer Filmstudios.

„Karau“, der zweite sowjetische Wettbewerbsfilm des Leningrader Regisseurs Alexander Rogoskin, erhielt den den angesehenen Alfred-Bauer-Preis „für die Eröffnung neuer Perspektiven in der Filmkunst“ sowie den Preis des Internationalen Verbandes der Filmkritiker (FIPRESCI). Sergej Bodrows Film „S. E. R.“ („Freiheit, das ist das Paradies“) fand Beachtung und erhielt im Forum des jungen Films den Wolfgang-Staudte-Filmpreis. Der Trickfilm „Die Kuh“ von Alexander Petrow bekam beim Wettbewerb der Kurzfilme eine Ehrenurkunde. Die Retrospektive des armenischen Dokumentarfilms wurde interessiert aufgenommen.

Heute, da die Frage der Wiedervereinigung der beiden Deutschlands heiß diskutiert wird, hat die Vergegenwärtigung der Vergangenheit für die deutsche Nation besondere Bedeutung. Für uns übrigens auch, allerdings aus anderen Gründen. Nicht von ungefähr gab es gewisse thematische Überschneidungen zwischen äußerlich grundverschiedenen Filmen wie „Das schreckliche Mädchen“ des bundesdeutschen Regisseurs Michael Verhoeven über die tief verborgene aber immer noch lebendige faschistische Vergangenheit in Mentalität und Alltag einer bundesdeutschen Provinzstadt (ein Silberner Bär für die Regie) und Tofik Schachwerdijew's Film „Stalin ist unter uns“, der die starren Überreste des stalinistischen Mythos im Bewußtsein einiger unserer Landsleute analysiert.

Auf dem Steinplatz im westlichen Berlin sind mir zwei symmetrisch angeordnete Gedenktafeln aufgefallen. Auf der einen steht: „Den Opfern des Nationalsozialismus“, auf der anderen: „Den Opfern des Stalinismus“. Solche Denkmäler oder zumindest Gedenksteine sollten inzwischen auch in Moskau und anderen Städten unseres Landes stehen.

BERLIN – MOSKAU

Präsentiert von
Dr. jur. habil.
Valeri Sorjin

Der Akademiker, der immer noch dazulernnt: So bezeichneten Zeitgenossen den russischen Denker und Politiker Pjotr Struwe. Dieser Mann, der ein geradezu enzyklopädisches Wissen aufwies, hatte einen unwahrscheinlich weiten intellektuellen Horizont, der ihn wiederum nicht daran hinderte, die ihm umgebende Wirklichkeit sowie die Meinungen seiner Gesinnungsfreunde und Gegner kritisch zu betrachten. Als Kritiker war Struwe schonungslos. Seine Beziehungen zu politischen Gegnern kann folgende Episode illustrieren: In den kalten Februaratagen des Jahres 1917 half Wassili Schulgin dem erkrankten Struwe, in den Taurischen Palast zu gelangen, in dem die Duma tagte, und zwar einzige und allein, damit der Monarchist Schulgin und der konstitutionelle Demokrat Struwe mit parlamentarischer Polemik übereinander herfallen konnten.

Struwe hatte wirklich viel gelernt. In jungen Jahren

durchlief er die Schule des Marxismus: Er gehörte zu den ersten Übersetzern des „Kapitals“ von Marx und war Autor des ersten Programms der russischen Sozialdemokraten, des Manifests vom 1. Parteitag der SDAPR. Bald sollte er sich jedoch von der revolutionären Bewegung trennen. Der „Untergrundmarxismus“ führte nach Struwes Meinung zu Beschränktheit und Dogmatismus. Deshalb lehnte er ihn ab. Als „legaler Marxist“ wurde er dann von Lenin erbitterter Kritik unterzogen.

Die „drei Quellen“ von Struwes Werk waren Marx, John Stuart Mill und die russische religiöse Philosophie. Von den beiden russischen Revolutionen des Jahres 1917, in dem er auch zum Akademiemitglied gewählt wurde, ließ Struwe nur die erste gelten. Die zweite Revolution machte ihn zum Verfemten. Nach einigen Jahren im „Lager der Weißen“ ging Struwe in die Emigration. Im Ausland engagierte er sich weiterhin wissenschaftlich und politisch. Im von den Faschisten besetzten Belgrad wurde Struwe nach einer Denunziation verhaftet, dennoch gelang es ihm, freizukommen und sich

zu seinen Söhnen nach Paris durchzuschlagen, wo er auch seine letzten Jahre verlebte.

Heute veröffentlichen wir in leicht gekürzter Form einen Aufsatz von Pjotr Struwe in dem bekannten Sammelband „Wechi“.

Hierbei sollte man im Auge behalten, daß Struwe den Begriff der Intelligenz in diesem Aufsatz in einem besonderen Sinne benutzt. Er hat diesen Heiligenschein nicht, den man ihm in der aktuellen Diskussion um das „Wesen der Intelligenz“ aufsetzt. Für Struwe ist die Intelligenz auch keine soziale Kategorie, in die man etwa die „gebildete Klasse“ hätte einordnen können. Vielmehr kennzeichnet dieser Begriff den besonderen geistigen Zustand eines Teils dieser Klasse, der sich als gewaltsame Lösung von den Grundwerten der Gesellschaft definieren läßt. Bei all ihrer Ergebenheit für die Idee, dem Volk zu dienen, hält die Intelligenz einen vornehmen Abstand zum Volk, weil sie nur sich allein für den Hort der Wahrheit hält und dem Volk jede Selbständigkeit abspricht. Die geistige Armut der Intelligenz, bei Struwe „Gottlosigkeit“, die Absage an menschli-

POLITISCHE
GEDANKEN
DES
20.
JAHRHUNDERTS

che Werte, verkehrt die anfänglichen Ziele ihrer geistigen Bewegung, führt zur Verantwortungslosigkeit der führenden Persönlichkeiten und Einweihen und weckt in der Masse jene dunklen Kräfte, die alles, was ihnen im Weg ist, beiseite fegen, unter anderem eben auch die Intelligenz selbst. Struwes Logik zufolge wird das im Volk, welches sich in einem sklavenartigen Zustand befindet, so beliebte Märchen vom Wohlstand, der einem ohne Arbeit in den Schoß fällt, das Märchen von Jemeljan, der auf dem Ofen liegt und mit Hilfe eines Wunderhechts allmächtig wird, zum Pugatschow-Aufstand, zur tragischen Parabel von Jemeljan, dem Grausamen.

Intelligenz und Revolution

Pjotr Struwe (1870 – 1944)

Der Pugatschow-Aufstand war der letzte Versuch der Kosaken, die Volksmassen aufzurütteln und gegen den Staat zu führen. Nachdem dieser Versuch mißlungen ist, verschwinden als Element, das anarchistische und staatsfeindliche Gärung in die Volksmassen getragen hat, auch die Kosaken von der Bühne. Sie werden selbst einer Verstaatlichung unterzogen, und die Volksmassen bleiben in ihrem Kampf allein, bis eine andere Kraft die Funktion der Kosaken übernimmt. Nachdem die Kosaken als revolutionärer Faktor ausscheiden, reift in Rußland ein neues Element heran, welches, wenn in sozialer und praktischer Hinsicht den Kosaken auch wenig verwandt, sie im politischen Sinne ablöst und ihre historische Hinterlassenschaft antritt. Dieses Element ist die Intelligenz.

Das Wort Intelligenz läßt sich in verschiedener Bedeutung benutzen. Die Geschichte dieses Wortes in der russischen Umgangs- und Literatursprache könnte den Gegenstand einer interessanten Sonderstudie abgeben.

Unter Intelligenz verstehen wir natürlich nicht jenes Publikum,



das sich in Adelsversammlungen auf Bällen herumtreibt.

Unter diesem Begriff verstehen wir nicht einmal die sogenannte gebildete Klasse. In diesem Sinne gibt es die Intelligenz in Rußland schon längst. Sie stellt nichts Besonderes dar und verwirklicht auch keine Kosakenmission. Die gebildete Klasse rekrutierte sich in Rußland bekanntlich immer aus einem gewissen Teil der Geistlichkeit, und später sollte der Adel ihr in dieser Hinsicht den Rang ablaufen.

In jedem Staat war und ist die Rolle der gebildeten Klasse sehr groß; in einem zurückgebliebenen Staat, der vor noch nicht allzu langer Zeit an der äußersten Peripherie der europäischen Kultur lag, ist sie natürlicherweise von immenser Bedeutung.

Hier soll es nicht um diese Klasse und auch nicht um ihre historisch verständliche und durchsichtige Rolle gehen, die durch die kulturbildende Funktion der Aufklärung bedingt ist. In der russischen politischen Entwicklung stellt die Intelligenz einen absolut eigenständigen Faktor dar: Die historische Bedeutung der Intelligenz in Rußland wird bestimmt durch ihre Einstellung zum Staat als Idee und reale Verkörperung.

Von diesem Standpunkt aus trat die Intelligenz als politische

Kategorie im historischen Leben Rußlands erst in der Zeit der Reformen in Erscheinung und kam erst in der Revolution der Jahre 1905 bis 1907 endgültig zu einem Bewußtsein ihrer selbst. Ideell ist sie allerdings schon in der bemerkenswerten Zeit der 40er Jahre vorbereitet worden.

Im Phänomen der Intelligenz als ideell-politische Kraft in der historischen Entwicklung Rußlands kann man ein kontinuierliches Element, gewissermaßen eine feste Form, und ein eher variables, fließendes Element, den Inhalt, unterscheiden. Die ideelle Form der russischen Intelligenz ist ihre Abgespaltenheit, ihre Entfremdung vom Staat und ihre staatsfeindliche Haltung.

Diese Abspaltung tritt in der Geistesgeschichte der russischen Intelligenz in zwei Formen auf: als absolute und relative Abspaltung. In ihrer absoluten Form tritt sie im Anarchismus zutage, in der Ablehnung des Staates und jeder sozialen Ordnung überhaupt (Bakunin und Fürst Kropotkin). Die relative Abgespaltenheit kommt in verschiedenen Formen des russischen revolutionären Radikalismus zum Ausdruck, zu dem ich vor allem die verschiedenen Formen des russischen Sozialismus rechne. Historisch gesehen ist dieser Unterschied zwischen absoluter und relativer Abspaltung unerheblich, obwohl die Anarchisten darauf bestehen, denn die prinzipielle Leugnung des Staates durch den Anarchismus ist etwas hochgradig Abstraktes, ebenso wie die prinzipielle Anerkennung der Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Macht, im Grunde also des Staates, durch die revolutionären Radikalen auch wieder nur höchst abstrakt ist und vor der feindlichen Haltung gegenüber dem Staat in allen seinen konkreten Erscheinungsformen in den Hintergrund tritt. Deshalb war im gewissen Sinne auch der Marxismus mit seiner Lehre vom Klassenkampf und vom Staat als Organisation der Klassenherrschaft Zuspitzung und Kulminationspunkt jener staatsfeindlichen Abspaltung der Intelligenz. Wir würden das Wesen der Intelligenz jedoch nur unvollständig bestimmen, wenn wir ihre Abgespaltenheit nur in dem hier dargestellten Sinne beleuchten wollten. Für die Abspaltung des Intellektuellen ist nicht nur sein staatsfeindlicher Charakter bezeichnend, sondern auch seine Gottlosigkeit. Wenn die Intelligenz den Staat ablehnt und bekämpft, lehnt sie seine Mystifizierung nicht um irgendeines anderen mystifizierenden oder religiösen Prinzips willen ab, sondern sie tut das um des rationalen und empirischen Prinzips willen.

Darin besteht der tiefste philosophische und psychologische Widerspruch, der auf der Intelligenz lastet. Sie leugnet die Welt um der Welt willen und dient damit weder der Welt noch Gott. Allerdings wird in der russischen Literatur vor allem von Wladimir Solowjow mit leichter Hand eine Art Mythos von der Religiosität der russischen Intelligenz geschaffen. Hier wird der russischen Intelligenz im Grunde nur eine für meine Begriffe oberflächliche und keiner Kritik standhaltende Anschauung angedichtet, welche Solowjow dazu veranlaßte, antireligiöse Denker vom christlichen und religiösen Standpunkt her zu rehabilitieren. Der Unterschied besteht nur darin, daß der westeuropäische Positivismus und Rationalismus des 18. Jahrhunderts der religiösen Idee nicht so vollständig fremd gegenüberstehen wie der russische Positivismus und Rationalismus des 19. Jahrhunderts, den unsere gesamte Intelligenz mit der Muttermilch aufgesogen hat.

Der ganze erst jetzt richtig ausgeprägte Maximalismus der russischen Intelligenz, der sie formal mit Ibsens Brand („Alles oder nichts!“) gleichsetzt, ist durch den oben gekennzeichneten Widerspruch gestempelt und keineswegs abstrakter Natur: Dieser lebendige Inhalt durchdringt die gesamte Tätigkeit der Intelligenz und erklärt ihre politischen Schwankungen.

Anarchismus und Sozialismus der russischen Intelligenz sollen eine Art Religion sein. Gerade in dem bereits erwähnten Maximalismus will man ein religiöses Prinzip entdeckt haben. Weiter heißt es, daß Anarchismus und Sozialismus eigentlich nur Sonderformen

des Individualismus seien und wie dieser auch nur zu einem möglichst erfüllten und schönen individuellen Leben führen wollen, und darin bestehe angeblich ihr religiöser Inhalt. In allen diesen Hinweisen wird Religion völlig formal und blaß aufgefaßt.

Zeitlich muß nach einem Christentum, das neben der Unterwerfung auch die Liebe zu Gott predigt, das unverzichtbare Element jeder Religion im Glauben an die rettende Kraft und die entscheidende Bedeutung des persönlichen Werks bestehen, oder vielmehr der individuellen Tat, die in Übereinstimmung mit dem Willen Gottes zu vollbringen ist. Interessant ist, daß die dogmatischen Vorstellungen des neueren Christentums, die, wie Calvinismus und Jansenismus, die Idee des Determinismus in der Prädestinationslehre zur theoretischen Vollendung führten, ihr psychologisch und praktisch die Idee der individuellen Tat an die Seite gestellt haben. Es gibt keine Religion ohne Gottesidee, und die wiederum ist undenkbar ohne die Idee der individuellen Tat.

Die religiöse Abspaltung vom Staat ist durchaus möglich. Das wäre die Abspaltung eines Tolstoi. Weil Tolstoi aber religiös war, steht er ideell sowohl dem Sozialismus als auch dem unreligiösen Anarchismus feindlich gegenüber und damit außerhalb der russischen Intelligenz.

Das wesentliche Theorem des Sozialismus, das ideelle Fundament, auf dem er sich als Weltanschauung hält, ist die Annahme, daß Gut und Böse im Menschen zutiefst von äußeren Bedingungen abhängen. Deshalb gilt auch Robert Owen als Begründer des Sozialismus. Der Nachfolger der französischen Aufklärer und Bentham stellte die Lehre von der Ausformung des menschlichen Charakters auf und leugnet damit die persönliche Verantwortung. (Jeremy Bentham, 1748 – 1832, britischer Jurist, Ökonom, Soziologe und Begründer des Utilitarismus, einer liberal geprägten moralisch-ökonomischen Soziallehre. – d. Red.)

Eine für den modernen Menschen annehmbare Religion lehrt, daß das Gute im Menschen vollständig von seiner freiwilligen Unterordnung unter ein höheres Prinzip abhängt. Das wesentliche Theorem jeder Religion, die nicht auf Angst, sondern auf Liebe und Ehrfurcht beruht, lautet: „Das Reich Gottes ist inwendig in euch.“

Deshalb kann es für die religiöse Weltanschauung nichts Teureres und Wichtigeres geben als die individuelle Selbstverwirklichung des Menschen, die der Sozialismus prinzipiell außer acht läßt.

In seiner rein ökonomischen Lehre steht der Sozialismus zu keiner Religion im Widerspruch, nur ist er als solcher eben auch keine Religion. Ein religiöser Mensch kann nicht an den Sozialismus glauben („Ich glaube, o Gott, und bekenne“), ebenso wenig, wie er an die Eisenbahn, die drahtlose Telegraphie und das Verhältniswahlrecht glauben kann.

Darauf, wie die fortschrittlichsten Denker Rußlands den westeuropäischen atheistischen Sozialismus aufgenommen haben, geht die geistige Geburt der russischen Intelligenz in dem von uns dargestellten Sinne zurück. Einer dieser ersten russischen Intellektuellen war Bakunin, ein Mann, dessen zentrale Rolle für die Entwicklung des russischen politischen Denkens noch längst nicht genügend geschätzt worden ist. Ohne Bakunin hätte Belinski seine Linkswendung nicht vollzogen und wäre auch Tschernyschewski nicht zum Fortsetzer jener Tradition des politischen Denkens geworden. Es reicht aus, Nowikow, Raditschew und Tschaadajew mit Bakunin und Tschernyschewski zu konfrontieren, um zu verstehen, was für ein ideeller Abgrund zwischen den hellsten Köpfen der russischen Aufklärung und den hellsten Köpfen der russischen Intelligenz klapft. Nowikow, Raditschew und Tschaadajew sind wahrhaftig von Gott besessen, während der Atheismus in seinem tiefsten philosophischen Sinne ein wirklich geistiges Element ist, dem sich letztendlich Bakunin, Tschernyschewski und andere verschrieben haben. Der Unterschied zwischen Nowikow, Raditschew und Tschaadajew auf der einen und Bakunin und Tschernyschewski auf der anderen Seite ist nicht nur ein „historischer“ Unterschied. Bei-

des sind nicht Glieder ein und derselben Kette, sondern zwei ihrem Wesen nach nicht zu vereinbarende Geistesströmungen, die sich in jedem Stadium gegenseitig bekämpfen müssen.

In den 60er Jahren, als sich Journalismus und Publizistik entwickeln, trennt die Intelligenz sich scharf von der gebildeten Klasse ab und pocht auf ihre geistige Eigenständigkeit. Es ist bemerkenswert, daß unsere Nationalliteratur eine Domäne bleibt, welche die Intelligenz nicht zu erobern vermag. Die großen Schriftsteller Puschkin, Lermontow, Gogol, Turgenjew, Dostojewski und Tschechow bieten keinen Intelligenz-Anblick. Belinskis Größe ist nicht die des Intellektuellen und Bakunin-Schülers, sondern liegt vor allem darin, wie er Puschkin und seine nationale Bedeutung interpretiert. Hin und wieder trägt Herzen die Uniform des russischen Intelligenzlers, und der Trennungsstrich, den er zwischen sich und den Denkern der 60er Jahre zieht, ist wiederum nicht einfach nur ein historisches oder historisch bedingtes Faktum des Konflikts zwischen Menschen auf unterschiedlichen Stufen ihrer kulturellen Entwicklung oder ihres politischen Denkens, sondern etwas anderes, sehr viel Größeres und Wesentlicheres. Der gesamte russische Liberalismus hält es für seine Pflicht, die Uniform der Intelligenz zu tragen, obwohl das radikal abspalterische Wesen der Intelligenz ihm absolut fremd ist.

Allein in der Revolution, die wir erlebt haben, hat sich intelligentes Denken mit dem Denken im Volk gekreuzt, zum ersten Mal in der russischen Geschichte in diesem Sinn und in dieser Form.

Zum Zeitpunkt der staatlichen Umformung 1905 wurden weiteste Kreise der gebildeten Menschen in Rußland von abspalterischen Ideen und einer abspalterischen Einstellung beherrscht. Eine Macht, die sich in Jahrhunderten historisch herausgebildet hatte, sollte unmittelbar nach dem Zugeständnis, das sie gemacht und wodurch sie im Prinzip die Frage der russischen Verfassung gelöst hatte, zum Teufel gehen. Es ging darum, wie die sozialdemokratische Presse jener Zeit sich ausdrückte, „das Scheusal mit dem letzten Fußtritt zu zermalmen“. Solche Erklärungen wurden abgegeben, als noch keine Volksvertretung zusammengerufen war, als die wirkliche Stimmung des ganzen Volkes und vor allem das Ausmaß seiner Vorbereitung auf die politische Praxis und seine politische Selbstbeherrschung noch niemanden bekannt waren. Noch nie hatte jemand mit solch einem bodenlosen Leichtsinn zu folgenschwersten politischen und sozialen Veränderungen aufgerufen wie unsere revolutionären Parteien und ihre Organisationen in den Tagen der Freiheit. Es mag genügen, darauf hinzuweisen, daß in keiner einzigen großen Revolution von vornherein die Parole ausgegeben worden war, die Monarchie zu stürzen. Sowohl im England des 17. Jahrhunderts als auch im Frankreich des 18. Jahrhunderts kam es erst durch eine verhängnisvolle Verkettung von Tatsachen, die niemand vorausgesehen, die niemand provoziert, die niemand „geschaffen“ hatte, zum Sturz der Monarchie.

Fremde revolutionäre Erfahrungen stellen den besten Kommentar zu unserer russischen Revolution dar. In den Volksmassen fand die Intelligenz nur verschwommene Instinkte vor, die sich wie ein fernes Rauschen anhörten. Anstatt nun dieses Rauschen durch systematische Bildungsarbeit in bewußte und deutlich artikulierte Töne eines nationalen Subjekts zu entwickeln, pflanzte die Intelligenz diesem Rauschen ihre abgerissenen, formelhaften Buchweisen auf. Als dann das Rauschen verstummte, blieben die Formeln in der Luft hängen.

In den Kampf gegen die historisch gewachsene russische Staatlichkeit und die „bourgeoise“ soziale Ordnung, der nach dem 17. Oktober mit noch größerer Erbitterung und in weitaus revolutionäreren Formen geführt wurde als vordem, brachte die Intelligenz fanatischen Haß, eine mörderische Gerafflinigkeit der Schlußfolgerungen und Konstruktionen und kein Körnchen religiöser Ideenhaftigkeit ein.

Scheinbar haben Religiosität oder Gottlosigkeit der Intelligenz nichts mit Politik zu tun. Aber eben nur scheinbar. Es ist kein Zufall, daß die in dem nicht formalen Sinn, den wir hier unterstellen, zutiefst unreligiöse russische Intelligenz in der Politik zur gleichen Zeit zu Träumerei, Praxisferne und Leichtsinn neigte. Leichtgläubigkeit ohne Glauben, Kampf ohne Kreativität, Fanatismus ohne wirkliche Begeisterung, Intoleranz ohne Ehrfurcht: Hier haben wir die ganze Form der ihres Inhalts beraubten Religiosität vor Augen. Dieser Widerspruch ist freilich typisch für jeden Radikalismus, der sich als Materialismus und Positivismus ausgibt. Auf keine einzige lebendige historische Kraft aber hat dieser Widerspruch so stark gewirkt wie auf die russische Intelligenz. Radikalismus oder Maximalismus finden ihre Berechtigung nur in einer religiösen Idee, wenn man sich vor einem höheren Prinzip beugt und diesem dient. Zum einen kann die religiöse Idee die Kanten eines solchen Radikalismus, seine Härten und Grausamkeit glätten, daneben aber, und das ist entscheidend, appelliert der religiöse

Radikalismus an das innere Wesen im Menschen, denn vom religiösen Standpunkt her ist die äußerliche Gestaltung des Lebens ein zweitragiges Problem. Wie entschieden der religiöse Radikalismus die politische und soziale Frage auch immer stellt, er wird die Erziehung des Menschen als Problem nie aus den Augen verlieren.

Selbst wenn diese Erziehung sich über die unmittelbare Hinwendung des Menschen zu Gott, also etwas sozusagen Übermenschliches, vollzieht, bleibt sie dennoch Erziehung und Vervollkommenung des Menschen, die sich auf ihn selbst orientiert, auf seine inneren Kräfte und sein Verantwortungsgefühl.

Im Gegensatz dazu fegt der unreligiöse Maximalismus, in welcher Form er auch immer auftritt, das Problem der Erziehung in Politik und sozialer Ordnung vom Tisch und ersetzt es durch die äußere Gestaltung des Lebens.

Wenn wir sagen, daß die russische Intelligenz die persönliche Tat und die persönliche Verantwortung gelehrt hat und immer wieder leugnet, geraten wir offenbar in Widerspruch zu der historischen Tatsache, daß die Intelligenz dem Volke dient, sowie zu dem Heldenmut, dem Pioniergeist und der Selbstaufopferung, welche dieser Dienst am Volk verlangt und die effektiv nachgewiesen sind. Man muß aber begreifen, daß die faktische Praktizierung von Selbstaufopferung keineswegs bedeutet, daß man die Idee der persönlichen Verantwortung als Prinzip, welches das private und gesellschaftliche Leben lenkt, auch anerkennt. Solange der Intellektuelle über seine Pflicht gegenüber dem Volk grübelt, denkt er nie auch daran, daß die im Prinzip der Pflicht zum Ausdruck kommende Idee der persönlichen Verantwortung nicht so sehr ihn selbst ansprechen muß, sondern das Volk, das heißt, jeden einzelnen, unabhängig von seiner Herkunft und seinem sozialen Stand. Asketismus und Pioniergeist der Intelligenz, die ihre Kräfte auf den Dienst am Volk konzentriert hat, waren trotz all ihrer Anziehungs Kraft eben dadurch ohne prinzipiell moralische Bedeutung und erzieherischen Impetus.

In der Revolution kam das mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Die intellektuelle Doktrin des Dienstes am Volk erlegte dem Volk selbst keinerlei Verpflichtungen auf und stellte ihm keinerlei erzieherische Aufgaben. Da aber das Volk sich aus Menschen zusammensetzt, die von Interessen und Instinkten gelenkt werden, hätte die intellektuelle Ideologie, da sie sich in das Milieu des Volkes infiltriert hatte, überhaupt keine idealistischen Früchte tragen dürfen. In der historischen Realität artete das Credo der Volkstümmer, von dem der Marxisten ganz zu schweigen, in Zügellosigkeit und Demoralisierung aus.

Außer der Idee der Erziehung in der Politik gibt es nur noch zwei Möglichkeiten: Despotismus oder die Herrschaft des Mobs. Als unsere radikale Intelligenz ihre radikalsten Forderungen aufstellte und das Volk in ihrem Namen zum Handeln aufrief, hat sie die Erziehung in der Politik vollkommen vernachlässigt und die Wek-

In jeder Gesellschaft hat die gebildete Klasse eine bedeutende Funktion.

In einer zurückgebliebenen Gesellschaft ist sie immens

kung des Volkszorns an ihre Stelle gesetzt. Der Zorn aber war bald veraucht und konnte nichts mehr bewirken. Als er abflaute, war die Chance verpaßt und die Reaktion gewann die Oberhand. Dabei geht es nicht einmal nur darum, daß hier eine Chance verpaßt wurde.

Die Aufpropfung des politischen Radikalismus intellektueller Ideen auf den sozialen Radikalismus der Instinkte des Volkes vollzog sich mit atemberaubender Geschwindigkeit. In der Tatsache, daß die Intelligenz so leicht und zieltrebig auf diesen Weg der politischen und sozialen Radikalisierung der ausgeworfenen Volksmassen geriet, lag nicht nur ihr politischer Fehler oder taktischer Fehlritt. Hier wurde ein moralischer Fehler begangen. Ihm lag die Vorstellung zugrunde, daß der „Progress“ der Gesellschaft kein Ergebnis der menschlichen Vervollkommnung ist, sondern ein Einsatz, den man im historischen Spiel wagen muß, während man gleichzeitig an den Volkszorn appelliert.

Politischer Leichtsinn und Praxisferne mündeten in diesen grundlegenden moralischen Fehler. Während die Intelligenz immerhin noch über die Form der ihres Inhalts beraubten Religiosität gebot, war ihr „Positivismus“ im Gegensatz dazu etwas absolut Formloses. Das waren „positive“, „wissenschaftliche“ Ideen ohne jede wirkliche Bestimmtheit, ohne Lebens- und Menschenkenntnis, „Empirismus“ ohne Erfahrungen, „Rationalismus“ ohne gesunden Menschenverstand oder gar Weisheit.

Diese gottlose Abgespaltenheit vom Staat, die so kennzeichnend ist für die politische Weltanschauung der russischen Intelligenz, war es also, die sowohl ihren moralischen Leichtsinn als auch die Praxisferne ihrer Politik bedingt haben.

Was ergibt sich nun aus einer solchen Diagnose? Vor allem folgt daraus, wie ich es bereits weiter oben betont habe, daß die Krankheit tiefer wurzelt und es deshalb albern wäre, wollte man sie analysieren, über politische Taktik zu reden. Die Intelligenz muß ihre ganze Weltanschauung überprüfen und in diesem Zusammenhang ihr wichtigstes Postulat revidieren, nämlich die sozialistische Verleugnung der persönlichen Verantwortung, die wir ebenfalls schon angesprochen haben. Wenn dieser Stein erst einmal herausgezogen ist, und er muß herausgezogen werden, bricht das ganze Gebäude dieser Weltanschauung in sich zusammen.

Dabei muß sich auch das Politikverständnis der Intelligenz verändern. Einerseits wird die Politik aufhören, der isolierte und vom gesamten übrigen Geistesleben unabhängige Bereich zu sein, der sie bisher war. Denn auch der Politik liegt nicht die Idee der äußeren Einrichtung des sozialen Lebens, sondern die innere Vervollkommnung des Menschen zugrunde. Andererseits muß die Herrschaft der Politik über das gesamte übrige von ihr unabhängige geistige Leben beendet werden.

Unter den russischen Intellektuellen bildete sich letzten Endes eine deformierte und in sich widersprüchliche Einstellung zur Politik heraus. Indem die Intelligenz die Politik auf die äußere Gestaltung des Lebens reduzierte, was sie vom technischen Standpunkt auch tatsächlich ist, sah sie in ihr das A und O ihres eigenen und des Volkes Seins (Ich nehme hier Politik in eben jenem weiten Sinne einer äußeren Einrichtung des gesellschaftlichen Lebens). Damit wurde ein beschränktes Mittel zum unumschränkten Ziel, und das war eine klare, obwohl in der menschlichen Gesellschaft immer wieder anzutreffende Verkehrung des Verhältnisses von Mitteln und Ziel.

Wenn man die Politik der Erziehung unterordnet, befreit man sie aus der Isoliertheit, zu der man die Politik unweigerlich verurteilt, wenn man sie rein „äußerlich“ auffaßt.

Eine so verstandene Politik darf man nicht mehr auf den Wettkampf von sozialen Kräften reduzieren, etwa auf den Klassenkampf, der letzten Endes durch physische Überlegenheit entschieden wird.

Freilich kann Erziehung auch rein äußerlich aufgefaßt werden.

Das tut gerade ein sozialer Optimismus, der davon ausgeht, daß der Mensch für ein besseres Leben allzeit bereit und reif genug ist, und daß nur eine unvernünftige Gesellschaftsordnung ihn daran hindert, bereits vorhandene Eigenschaften und Möglichkeiten an den Tag zu legen. In diesem Sinne ist die „Gesellschaft“ ein guter oder schlechter Erzieher des einzelnen Individuums. Wir verstehen unter Erziehung jedenfalls nicht die „Einrichtung“ des sozialen Milieus und sein pädagogisches Einwirken auf das Individuum. Das ist die „sozialistische“ Idee von Erziehung, die mit der Idee von Erziehung im religiösen Sinne nichts gemein hat. Eine Erziehung in diesem Sinne ist dem sozialistischen Optimismus völlig fremd. Sie glaubt nicht an die Einrichtung, sondern nur an das Schaffen, an die positive Arbeit des Menschen an sich selbst, an seinen inneren Kampf um schöpferischer Aufgaben willen.

Wenn die russische Intelligenz sich von ihrer gottlosen staatlichen Abgelöstheit distanziert, hört sie auf, als besondere kulturelle Kategorie zu existieren. Ist sie imstande, zu einer solchen gewaltigen Tat, kann sie ihr eigenes krankhaftes Wesen überwinden?

Von der Lösung dieser Aufgabe wird das Schicksal Rußlands und seiner Kultur in entscheidendem Maße abhängen.

Es gibt Anlaß zu der Meinung, daß die Veränderung von zwei Ausgangspunkten herrühren und einen entsprechenden Doppel-

charakter haben wird. Zum einen wird die Intelligenz im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung „verbürgerlichen“, das heißt, sie wird sich im Verlauf ihrer sozialen Anpassung mit dem Staat aussehen, sich organisch und spontan auf die bestehende, auf verschiedene Gesellschaftsklassen aufgeteilte Gesellschaftsordnung einlassen. Das wird eigentlich keine geistige Umwälzung sein, sondern nur eine Anpassung ihrer geistigen Physiognomie an eine gegebene soziale Ordnung. Die Geschwindigkeit dieses Prozesses wird davon abhängen, wie schnell die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands verlaufen und sein gesamter staatlicher Aufbau im verfassungsmäßigen Sinne überarbeitet werden wird.

In der Intelligenz hat bereits ein lebhafter Gärungsprozeß eingesetzt. Hier sind neue Ideen entstanden, und die alten ideellen Grundlagen sind erschüttert und kompromittiert. Dieser Prozeß hat eben erst begonnen, und es läßt sich gegenwärtig noch nicht sagen, welche Erfolge er haben und wo er stehenbleiben wird. Heute läßt sich jedoch bereits sagen, daß, insofern als das russische ideelle Leben mit der geistigen Entwicklung anderer, weiter von uns entfernter Länder zusammenhängt, die dort ablaufenden Prozesse sich auf den Geisteszustand in Rußland auswirken müssen. Als besondere kulturelle Kategorie ist die russische Intelligenz ein Ergebnis der Wechselwirkung zwischen westlichem Sozialismus und den besonderen Bedingungen unserer kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Bevor der Sozialismus in Rußland rezipiert worden ist, hat es keine russische Intelligenz gegeben. Es gab nur eine „gebildete Klasse“ und in ihr unterschiedliche Tendenzen.

Für die geistige Entwicklung des Westens gibt es in der gegenwärtigen Zeit keinen Prozeß, der bezeichnender und folgenschwer wäre als die Krise und die Dekadenz des Sozialismus. Der sich zersetzende Sozialismus wird von der Sozialpolitik absorbiert. Bentham hat Saint-Simon und Marx besiegt. Der Versuch einer romantischen Wiedergeburt des Sozialismus und seine offene Aufwertung zu spontanen irrationalen Prinzipien würde einen ebenso offenen Aufruf zur Barbarei bedeuten. Es ist völlig offensichtlich, daß diese ohnmächtigen Bemühungen nichts fruchten würden. Unter diesen Bedingungen kann der Sozialismus für die Elemente der russischen Gesellschaft, aus denen die Intelligenz besteht, kaum das Lebenswasser ihres geistigen und gesellschaftlichen Seins werden.

Diese ideale Krise kann man weder durch einen Kamillenaufguß taktischer Direktiven noch die strenge Bettruhe hirnloser Kulturarbeit kurieren. Natürlich brauchen wir eine beharrliche Arbeit an der Kultur, aber eben nicht, um uns in ihr zu verlieren, sondern um darin zu bestehen. Wir brauchen Ideen, die kreative Auseinandersetzung der Ideen.

ANT-Gate?

Als man im Hafen von Noworossijsk eine Sendung, zwölf Panzer, für den staatlich-genossenschaftlichen Konzern ANT entdeckte, die nicht den Frachtpapieren entsprach, ahnte noch niemand, daß damit ein großer politischer Skandal ausgelöst werden würde. Mit der Untersuchung befassen sich die Presse, die Staatsanwaltschaft, Parteiorgane und einzelne Deputierte. Auf der Anklagebank landeten neben dem Konzern ANT auch einige Zeitungen, die Genossenschaftsbewegung, die Regierung und die neue ökonomische Politik als Ganzes.

Der Panzer-krimi

Die Geschichte um den branchenübergreifenden staatlich-genossenschaftlichen Konzern ANT bewegt nun schon wochenlang die Gemüter. Im Sitzungssaal, wo der Kongreß der Volksdeputierten tagte, gab es Blitz und Donner, als man auf ANT und die Panzer zu sprechen kam. Gleich nach dem Kongreß gab die Staatsanwaltschaft der UdSSR bekannt, daß ein Verfahren wegen „verbrecherischen Mißbrauchs“ im Konzern ANT angestrengt worden sei.

„Bei der Untersuchung wurde festgestellt...“ Rechtsexperten streiten sich schon lange um die Richtigkeit dieser Formulierung. Etwas feststellen kann nur das Gericht. Die Aufgabe der Untersuchung ist es, alle Umstände eines Falles zu ermitteln. Die Untersuchung wird fortgesetzt, die Prüfung der Finanztätigkeit des Konzerns ist noch nicht abgeschlossen, aber die Staatsanwaltschaft spricht jedoch schon von der Schuld einiger Mitarbeiter von Branchenministerien und Außenhandelsorganisationen, von deren eigenmächtigen Handlungen und Verstößen gegen Regierungsbeschlüsse. Übrigens hat das Präsidium des Ministerrates der UdSSR schon längst jene bestraft, die es für schuldig befand, ohne den Abschluß der Untersuchung abzuwarten.

Die Geschichte mit den zwölf Panzern, die die Phantasie einiger Leute so erregte, bildete nicht nur den Anlaß für die Einstellung der Tätigkeit von ANT, sondern ebenso für eine neue Attacke gegen die Genossenschaftsbewegung, gegen die neuen Methoden der Wirtschaftsführung. Es fällt jedoch auf, daß die Diskussion um den Konzern ANT vorwiegend emotional ausgetragen wird. Die Hintergründe sind nicht aufgeklärt, die Tatsachen noch nicht alle bekannt. Beim sorgfältigen Studium der Unterlagen zum Fall ANT lassen sich aber ganz unerwartete Schlußfolgerungen ziehen...

Panzer rosten nicht

ANT wird vorgeworfen, er habe zwölf

nagelneue Panzer ins Ausland verkaufen wollen.

Leute, die mit der Zuversicht aufgewachsen sind, unsere Panzer seien die besten und schnellsten, bekamen einen großen Schrecken: Die Kampfkraft des Imperiums wird ins Ausland verschoben! Die Genossenschaftler entblößen die Heimat!

Was ist denn eigentlich passiert? Sind vielleicht früher sowjetische Panzer niemals exportiert worden?

Offenbar sind viele dieser Ansicht. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Die Sowjetunion ist der größte Panzerproduzent der Welt und hat diese Kriegsmaschinen zu Tausenden ins Ausland geliefert. Manchmal für Geld, oft jedoch auf Kredit, der sich auf Milliarden von Dollars beläuft und nicht zurückgezahlt werden kann, also praktisch kostenlos. Angaben des Stockholmer Instituts für Friedensforschung zufolge hat die UdSSR allein innerhalb von vier Jahren 4345 Panzer an Länder der Dritten Welt geliefert.

Weshalb empört man sich denn dann so über die zwölf Panzer, die von ANT angeblich ins Ausland verkauft werden sollten?

Deshalb, sagen die ANT-Entlarver, weil nur Regierungsorganisationen mit Waffen handeln dürfen. Was machen wir, wenn die Waffen in die falschen Hände gelangen? Das scheint logisch. Läßt sich aber immer garantieren, auch wenn die Waffen von der Regierung verkauft werden, daß sie in die „richtigen“ Hände gelangen? In Afghanistan wurden die sowjetischen Soldaten beispielsweise mit sowjetischen Waffen beschossen. Und im Nahen Osten? Und in Lateinamerika? Wer benutzt denn dort die Erzeugnisse sowjetischer Waffenschmiede?

Parallel hierzu tauchen Fragen auf, die die Zustände in unseren Rüstungsbetrieben betreffen. Kann denn tatsächlich jeder so ohne weiteres und ohne Kenntnis der Leitung zwölf nagelneue Panzer durchs Werktor fahren, sie auf spezielle Eisenbahnwagen setzen und sie vom Ural ans Schwarze Meer transportieren?

Das ist jedoch noch nicht einmal das Wichtigste. Die Staatsanwaltschaft der UdSSR ermittelte, das Präsidium des Ministerrates der UdSSR hat schon einige Leiter bestraft, dabei gibt es keinerlei Dokumente, die eine Verwicklung des Konzerns ANT in den Verkauf von Panzern ins Ausland beweisen würden. Der Schriftwechsel zwischen ANT und der wissenschaftlichen Produktionsvereinigung „Wsljot“, die bei der Panzergeschichte als Vermittler auftrat, bezeugt eher das Gegenteil. In einem der Protokolle heißt es: „Gemäß der Vereinbarung Nr. 22 vom 24.11.89 ... haben die Seiten vereinbart, daß NPO „Wsljot“ ... ANT beim Erwerb von 14 Erzeugnissen, **nichtkompletter** (Hervorhebung – **die Red.**) Modelle 172, behilflich ist, mit dem Ziel, diese einer Verwendung in der Volkswirtschaft zuzuführen. 2 dieser Erzeugnisse 172 werden von ANT für „Wsljot“ bezahlt...“

Im Schriftwechsel gibt es auch ein Telegramm mit analogem Inhalt, das vom Direktor des Uraler Waggonbaus W. Serjakow unterschrieben ist, in dem schwarz auf weiß steht, daß „ihre Dekomplottierung vorgesehen“ ist.

Aus Presseberichten ist inzwischen ersichtlich geworden, daß es sich beim „Erzeugnis 172“ um die Tarnbezeichnung für Panzer vom Typ T 72 handelt. Um uns davon zu überzeugen, ob wir das Wort „Dekomplottierung“ auch richtig verstanden haben, griffen wir auf das Bedeutungswörterbuch

Sind jene, die schon vor dem Prozeß verurteilt wurden, wirklich schuldig? Und warum hat sich die Regierung so hastig von ihrer eigenen Schöpfung losgesagt?

zurück. Darunter ist in diesem Fall das Abnehmen bzw. Entfernen von Teilen zu verstehen, wodurch ein Mechanismus usw. in einen funktionsuntüchtigen Zustand versetzt wird. Auf unsere Geschichte bezogen heißt das, nicht Panzer sollten ge- bzw. verkauft werden, sondern etwas anderes, was als Panzer schon nicht mehr verwendet werden kann. Die Leiter von ANT bestehen auch darauf, keine Panzer, sondern Lafetten gekauft zu haben.

Man könnte natürlich die Frage diskutieren, ob sich Genossenschaftler überhaupt mit „dekomplettierten“ Waffen befassen dürfen. Geht es dabei aber um die Genossenschaftler?

In wessen Taschen fließt das Geld?

Wladimir Rjaschenzew, ehemaliger Generaldirektor des Konzerns ANT:

„Ende März 1989 fuhren wir nach Frankreich. Die offizielle Einladung war an die staatlich-genossenschaftliche Industrievereinigung ANT gerichtet. Von dieser Einladung wurde der Ministerrat der UdSSR in Kenntnis gesetzt. Dort entschied man, daß der Sektorleiter des Ministerrates der UdSSR Wladimir Babajew und der stellvertretende Abteilungsleiter in der Staatlichen Außenhandelskommission Wladimir Grinew mit mir zusammen zu den Verhandlungen fahren sollten. In Paris wurden sie als Experten von ANT vorgestellt. Dort hat man sich jedoch offenbar nicht täuschen lassen. Das läßt sich schon aus dem hohen Rang der Vertreter der Finanz- und Geschäftswelt erkennen, mit denen man uns zusammenführte. Bankiers aus Frankreich, Großbritannien und Monaco, Ölmagnaten, Manager und Vertreter solider staatlicher Behörden... Wir vereinbarten den Abschluß eines Vertrages für fünf Jahre über eine Summe von mindestens 500 Millionen Rubel pro Jahr. Alle Berechnungen wurden in Rubel geführt. Wir sollten Konsumgüter, Anlagen und Rechentechnik geliefert bekommen. ANT verpflichtete sich seinerseits, beim Einkauf für die erwirtschafteten Rubel dessen behilflich zu sein, was die Partner benötigten. Einen Teil dieser erzielten Rubelleinnahmen wollten die westlichen Geschäftleute in die Finanzierung von Investbauten und wissenschaftlichen Entwicklungen in der UdSSR stecken.

Die Zusammenarbeit sah einige Etappen vor. Zunächst sollten Waren geliefert werden. Dann sollten Betriebe gebaut werden, deren Erzeugnisse sowohl für den einheimischen Bedarf als auch für den Export vorgesehen sind. Ein Vertrag, der mit dem Industrieministerium Frankreichs abgestimmt war, sah u. a. die Errichtung von sieben Holzverarbeitungskomplexen unter Verwendung abfallfreier Technologien vor. Das Projekt kostete 1,2 Milliarden Franc. Den Kredit hierfür stellte das Industrieministerium Frankreichs zur Verfügung. Die Zinsen sind in diesem Fall minimal.

In der Staatlichen Außenhandelskom-



Zeichnung: Viktor Bogorad

mission wurde der Vertrag nochmals eingehend studiert, bevor man uns die Genehmigung gab, ihn zu unterschreiben... Am 30. Mai kam die Verfügung des Ministerrates der UdSSR „Über die Gründung des branchenübergreifenden staatlich-genossenschaftlichen Konzerns ANT“ heraus. Dem Aufsichtsrat, einem Kontrollorgan, gehörten verantwortliche Vertreter des Ministeriums für außenwirtschaftliche Beziehungen, des Handelsministeriums, des Staatlichen Plankomitees und der Verwaltung für Angelegenheiten des Ministerrates der UdSSR an...“

Beeindruckend ist auch der Vorwurf, ANT habe „nationale Reichtümer verschleudert“. Der 1. Sekretär des Regionskomitees der KPdSU von Krasnodar I. Poloskow sagte voller Pathos: „Die frischgebackenen Geschäftemacher von ANT haben, wie offiziell mitgeteilt wurde, ihre Finger nach 564 Millionen ausgestreckt, obwohl das nur ein Näherungswert ist, da allein die Realisierung der Güter, die sich in Noworossijsk befinden, ihnen einen Schattenumsatz von Milliarden eingebracht hätte.“ Eine eigenartige „Verschleuderung“. Laut Statut fließen 99 Prozent des Importgewinns und 97 Prozent des Exportgewinns von ANT in die Staatskasse...

Die Unabhängigkeit des Konzerns von Behörden ermöglichte ihm, Entscheidungen operativ zu treffen, also wendiger zu sein und effektiver zu arbeiten.

Warum haben denn die staatlichen Behörden nicht selbst das getan, was sie ANT aufrügten? Warum haben sie diesen Konzern gegründet? Diese Frage beantwortete der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR beim Kongreß.

ANT konnte es sich erlauben, den Betrieben für ihre überplanmäßigen Erzeugnisse und Bestände nicht den Großhandels-, sondern einen Vereinbarungspreis zu zahlen, was natürlich ein Anreiz war, mit dem Konzern zusammenzuarbeiten. Der Uraler Waggonbau, der die

„Erzeugnisse 172“ an ANT verkauft hatte, konnte so ein Problem lösen und den Arbeitern die Jahresendprämie auszahlen. Das Geld, das ANT an Hunderte anderer Betriebe gezahlt hat, haben diese auch dringend benötigt. Dieser Umstand läßt sich ebenso nicht mit der Behauptung Poloskows in Einklang bringen, der da sagte: „Die Tragödie besteht darin, daß Millionen von Werktätigen bestohlen wurden...“

Besser verderben lassen als verkaufen?

Als wir zum ersten Mal die Liste der Waren zu Gesicht bekamen, die ANT exportiert hat, griffen wir uns an den Kopf. Abfälle aus Schwarz- und Buntmetall, Altpapier, Walzstahl, Silber, Gold, Polypropylen... Jeder Posten eine Mangelware auf dem Binnenmarkt. Weil es an diesen Werkstoffen mangelt, leidet die Bevölkerung, müssen Hüttenwerke, Papierfabriken und chemische Kombinate Bummelschichten fahren. Es stimmt also, was die Zeitungen schreiben, Poloskow hat also recht...

Stellen wir uns doch einmal die Frage: Warum ist, sagen wir, nichtrostender Walzstahl für die meisten sowjetischen Betriebe ein ewiges Defizit, für ANT dagegen eine „gängige Ware“? Wie ist das möglich bei unserem Zuteilungssystem der materiell-technischen Versorgung?

Wir konnten feststellen, daß ANT hauptsächlich das nutzte, was als totes Kapital in den Lagern jahre-, ja sogar Jahrzehntelang herumlag. Viele Milliarden Rubel. Besonders trifft das auf die Rüstungsindustrie zu. Für jeden Betrieb war es von Vorteil, etwas für „schlechte Zeiten“ in Reserve zu haben, als es anderen abzugeben. Der Preis, den man dafür verlangen konnte, war nicht sehr hoch, und was kann man heute schon für dieses Geld kaufen. ANT bot Konditionen an, die für die Betriebe von Interesse waren: Im Austausch gegen Überschüsse und Abfälle bekamen die Betriebe zwei bis drei Monate später Anlagen oder Konsumgüter, die weder im Großhandel noch auf den Ladentischen zu finden sind.

Im Hüttenkombinat von Orsko-Chalilowsk fallen jedes Jahr Hunderttausende von Tonnen Abfälle an. Im Bergbau und Hüttenkombinat von Norilsk gibt es riesige Halden mit Abfällen aus der Nickel- und Titanlegierungen. Die Betriebe nutzen diese Abfälle selbst nicht. Die Hauptverwaltung für Staatliche Versorgung verteilt sie nicht. Dabei handelt es sich um ausgesprochene Mangelware. Soll das Zeug doch auf Halden vergammeln und die Umwelt schädigen! Hauptsache zu Hause! Hauptsache es „verschwindet“ nicht ins Ausland und bringt uns wie ihnen Gewinn und Nutzen.

Wir meinen, man sollte ANT, eine Organisation, die Dinge nutzte, die scheinbar keiner mehr brauchen konnte, nicht schmähen und verfolgen, sondern reale ökonomische Bedingungen schaffen, damit die Betriebe ihre Überbestände und Abfälle dem Staat wieder zuführen, sie nutzen.

Dann haben die Betriebe die Wahl, die Leistungen von ANT in Anspruch zu nehmen oder nicht. Diese Wahl hat man freilich heute auch schon: Entweder man bekommt etwas über ANT und riskiert zusammen mit ihm, durch das Scherbengericht verurteilt zu werden, oder man bekommt nichts als die Billigung durch Hurra-Patrioten, die meinen: besser verkommen lassen als verkaufen.

Dabei geht es keineswegs um Kleinigkeiten. In diesem Jahr beabsichtigt ANT, gefragte Waren im Wert von 30 bis 40 Milliarden Rubel im Austausch gegen das, was heute verkommt oder ungenutzt herumliegt, auf den Binnenmarkt zu bringen. Das verschwieg Poloskow wohlweislich. Was sind das für Waren? Einwegspritzen, Medikamente, Schuhe, Bekleidung, Audio- und Videotechnik, Computer, Anlagen usw.

Oder ist der Warenzuwachs in Höhe von mindestens 100 Milliarden Rubel in drei Jahren so gering, daß wir darauf verzichten können, um den Anhängern alter ideologischer Klischees Genüge zu tun? Das scheint der Fall zu sein. Die Außenhandelsaktivität von ANT wurde suspendiert. Die Verträge mit ausländischen Firmen hängen in der Luft.

Nein, die Leiter von ANT sind keine Engel. Es gibt in der Sowjetunion keinen guten, erfolgreichen Wirtschaftspraktiker, der der Sache zuliebe noch keine behördliche Instruktion oder Durchführungsbestimmungen übertragen hätte. Es gibt auch keinen Grund zu der Annahme, bei ANT hätten „Ausnahmen“ von der Regel gearbeitet. Warum hat man sie so grimmig aufs Korn genommen? Eine Erklärung dafür, die nicht gegen den gesunden Menschenverstand verstößt, haben wir nicht gefunden.

Es bleibe noch zu sagen, daß die Tätigkeit von ANT immer auf den Widerstand jener traf, die nichts ändern wollten, aber sich der Unterstützung durch die Regierung gewiß waren. Allem Anschein nach wird sich die Regierung jetzt von ihrem Konzern und der Idee, die darin realisiert war, lossagen. Das ist aber ein viel zu hoher Preis für einzelne Fehler oder Sünden, wenn es solche überhaupt gegeben hat. Es betrübt einen, wenn man daran denkt, wie viele gute Neuerungen der Perestroika in den letzten Jahren auf diese Art von militärtalem Grau und müffigen Dogmen erdrosselt wurden.

*Boris Balkarej,
Xander Guber*

P. S.: Als Zeichen des Protestes gegen „Anschwärzung und Verleumdung“, wie es in seiner Erklärung heißt, ist der Generaldirektor von ANT Pjotr Schpjakin in den Hungerstreik getreten. Der Anlaß hierfür war das rechtswidrige Vorgehen von Mitarbeitern der lokalen Milizdienststelle, die in seine Privatwohnung eindrangen, einige persönliche Sachen und Unterlagen mitnahmen, ohne die dafür erforderliche Order vorzuweisen.

Drei in einer Episode

Was wird bei der Kritik an ANT eigentlich kritisiert?

Leonid Ionin

„A m 13. und 14. März spielte sich im Parlament eine dramatische Episode ab. Ein Vertreter der Rechten erhob scharfe Vorwürfe gegen die Regierung, die Presse und einige Deputierte, beschuldigte sie der Korruption und Verschwörung zugunsten einer Gruppe Industrieller. Ein Deputierter von denen, gegen die sich diese Angriffe richteten, widerlegte sie und verwies darauf, daß alle einschlägigen Gesetze schon vor seinem Einzug ins Parlament verabschiedet wurden, daß die genannte Gruppe von Industriellen nur mittelbar mit der Sache zu tun hat und die ganze Schuld für den betriebenen Mißbrauch einzig allein auf die Regierung fällt. Der Ministerpräsident, der danach das Wort ergriff, protestierte in einer nervösen und unzusammenhängenden Rede gegen den Vorwurf der Korruption. Er akzeptierte die Möglichkeit von Fehlern, bestand jedoch auf der Richtigkeit der geführten Politik insgesamt. Gleichzeitig erklärte er, daß es unter den Bedingungen des Obstruktionismus, die von der Presse und einigen Deputierten geschaffen werden, unmöglich sei, fruchtbringend zu arbeiten. Er drohte, daß die Regierung, sollte sich die Lage nicht ändern, zurücktreten werde.

Es löst allerdings Befremden aus, daß...

An dieser Stelle unterbrechen wir den Bericht eines fiktiven Parlamentsreporters. Dieser „Bericht“ ist nicht nur als Illustration gedacht. Die Möglichkeit, leidenschaftliche Streitereien im Kremlpalast in der Sprache normaler Parlamentsdiskussionen wiederzugeben, zeugt davon, daß wir

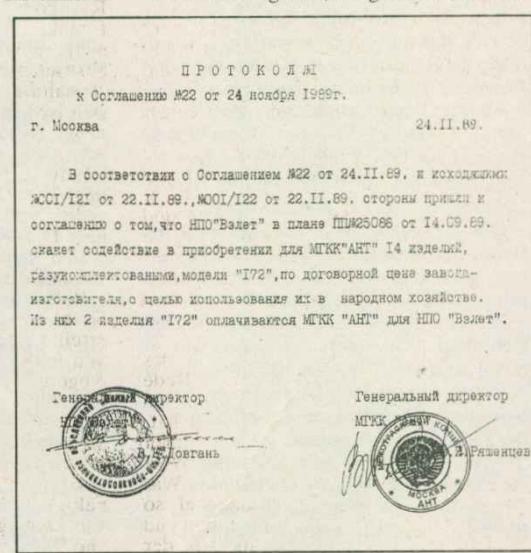
ein gewisses Niveau an Zivilisiertheit erreicht haben, daß das politische „Spiel“ schon nach Regeln verläuft, daß eine „Rollenverteilung“ stattfindet, die für ein normales parlamentarisches Leben typisch ist. Das „Befremden“ bleibt, doch darüber später...

Viele Leser werden sich an diese Episode erinnern. Am 13. März zog der 1. Sekretär des Regionskomitees der KPdSU von Krasnodar, der Volksdeputierte I. Poloskow, über die Genossenschaften her, die angeblich das Volk bestehlen. Er bezichtigte die „parlamentarisch-journalistische Lobby“ der Genossenschaften, zu der seiner Meinung nach die Deputierten Tichonow und Sobtschak sowie Journalisten der Zeitungen „Iwestija“ und „Moscow News“ angehören, die daran ein „eigenständiges Interesse“ hätten, der Nachsicht gegenüber den Genossenschaftlern. Als Räuber und „Kraken“, wie sie von Poloskow bezeichnet wurden, figurierte u. a. der Konzern ANT, der in den Panzer-Skandal verwickelt ist.

Der Begriff „Panzer-Skandal“ ist etwas Besonderes. Hier gibt es viele Unklarheiten, die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Interessant und wichtig ist jedoch, wie dieser Skandal von Vertretern verschiedener politischer Kräfte ausgenutzt wird. Für Poloskow ist die Geschichte mit ANT ein typischer Fall für „Genossenschafts-Räuberei“. Je höher die Summe der Geschäftsabschlüsse, desto besser, denn sie fällt unter die Kategorie „Diebesgut“. Außer den genannten Millionensummen enthält die Rede Poloskows keine konkreten Angaben über den Fall. Er braucht sie nicht, denn sie passen nicht in sein Konzept. Er schreit nur: „Haltet den Dieb!“ Damit wird der Eindruck erzeugt, ANT sei eine Bande von Geschäftsmachern, die sich beinahe die ganze Volkswirtschaft des Landes unter den Nagel reißen wolle.

Es wäre uninteressant, diesen Teil der Äußerungen Poloskows zu analysieren, denn er enthält keinerlei Argumente. Allerdings tritt darin der Mechanismus populistischer Demagogie zutage, der Einschüchterungsmechanismus. Alles wird in einen Topf geworfen: Handels- und Aufkaufgenossenschaften, käufliche Schreiberlinge, korrupte Gesetzgeber, Freunde leichten Geldverdienstes und dazu gleich noch Kriminelle und Nationalsozialisten. Dahinter kann nur die einheimische und nationale Mafia stecken. Wer seine Abende regelmäßig vor dem Fernseher verbringt, identifiziert diese Kainsmale mit den Fisagen der Mafia-Bosse, gegen die Kommissar Catani angereten ist, und läßt sich schnell ein neues Schloß in seine Wohnungstür einbauen.

Vor diesem Hintergrund nimmt sich Poloskow als Kämpfer, als Ritter ohne Angst, als ein Catani aus. Hat er etwa sich selbst gemeint, als er sagte, daß derjenige, der sich der Mafia in den Weg stellt, „täglich einen massierten Druck spürt, Erschöpfung und Drogen bis hin zu physischen Eingriffen ausgesetzt ist“? Wir sympathisieren mit Kommissar Catani und können also



Protokoll der Vereinbarung zwischen ANT und „Wslijot“ über die Lieferung von demontierten „Erzeugnissen 172“



Iwan Poloskow:
So sehr sich auch einige Medien bemühen, ANT als hervorragendes ökonomisches Experiment der Perestroika darzustellen, bleibt dieser Konzern ein Räuber.



Anatoli Sobtschak:
Ich habe mich mit den Dokumenten vertraut gemacht, die sich auf den Konzern beziehen, und kann erklären: Sowohl bei der Gründung von ANT als auch bei seiner Tätigkeit hatte unsere Regierung ihre Hand im Spiel.



Nikolai Ryshkow:
Ich bin der Ansicht, daß die Gründung von ANT sowie ähnlicher genossenschaftlicher und anderer Organisationen eine nützliche Sache war... Wer hat damals ahnen können, daß solche Machenschaften, darunter die Sache mit den Panzern, passieren?

auch Kommissar Poloskow liebgewinnen, der im Alleingang den Kräften des Bösen die Stirn bietet...

Poloskow ist jedoch kein Polizist, sondern 1. Sekretär eines regionalen Parteikomitees. Das gestattet uns, seine Ideologie und Politik zu erklären. An einer Stelle seiner Rede offenbarte er, warum ihm das Genossenschaftswesen nicht paßt: Es ist „eine soziale Basis, auf deren Boden unterschiedliche politische Strömungen wie Pilze aus dem Boden schießen“. Das stimmt nicht ganz, denn politische Strömungen sprühen bei uns nicht nur auf dem Boden des Genossenschaftswesens. Andererseits ist es aber auch richtig, denn letztlich ist die ökonomische Unabhängigkeit ein Unterpfand und eine Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit, für die Autonomie von Personen und Gruppen überhaupt. Unabhängigkeit und Autonomie kann aber ein Mensch, der in den alten Kategorien der administrativen Kommandomacht denkt, nicht tolerieren.

Das ist es, was Poloskow bewegt, mit den Waffen zu rasseln, Feindbilder zu zeichnen und den ehrlichen Durchschnittsbürger zu erschrecken, der so schon über die gegenwärtige Situation im Land genug besorgt ist. Er ist nicht allein, dieser Kommissar Poloskow, der diesen „Burschus“ und ihrer ganzen Clique den Kampf angesagt hat. Er hat viele Gleichgesinnte, darunter auch im Parlament. Ihre Ideologie und Politik ist die konservative Kommunisten, die im Zuge des demokratischen Umbaus den Boden unter den Füßen verlieren. Das ist die Ursache für ihren Populismus, für ihren Anspruch auf den „stolzen Titel eines Volksbeschützers“. Ein großes Risiko gehen sie dabei nicht ein, höchstens den Verlust ihrer Privilegien, der sie zu normalen Sowjetbürgern zurückstufen würde. Im Falle des Erfolges ihrer demagogischen Politik bekämen sie alles, wie zu Zeiten der Stagnation.

Die beiden anderen handelnden Personen dieser dramatischen Episode im Parlament sind der Volksdeputierte Anatoli Sobtschak und Ministerpräsident Nikolai Ryshkow. Sobtschak ist für die Apparatschiks eine äußerst unbeliebte Figur. Er ist „bewaffnet und sehr gefährlich“. Seine

chefs und des Saales nicht an ihn gerichtet? Nur weil die Rede Poloskows mit populistischen Ausfällen gegen die „Bourgeoisie“ angereichert war?

Wir wollen hier nicht die Politik Ryshkows analysieren. Das würde erstens den Rahmen dieses Beitrags weit überschreiten, und zweitens würden wir riskieren, den Regierungschef zu beleidigen und damit allgemeinen Unmut der Bevölkerung heraufbeschwören. Nikolai Iwanowitsch Ryshkow ist allem Anschein nach dabei, aufgrund seiner feinen Manieren und seinem stets besorgten Gesichtsausdruck zum „Liebling der Volksdeputierten“ zu werden, wie seinerzeit ein anderer Nikolai Iwanowitsch, nämlich Bucharin, „Liebling der Partei“ war. Das ist gefährlich. Ein Parlament darf keine Lieblinge haben, sonst könnten wichtige Dinge im Sirup der Liebe zum Volk und zu Nikolai Iwanowitsch versinken.

„Die Regierung kann sich irren, aber unsere Regierung ist nicht korrupt“, wies Ryshkow nach, und das Mitgefühl des Saals war auf seiner Seite. Wer konnte denn ahnen, daß es zu solchen Machenschaften kommt, sagte er, und der Saal stimmte ihm zu. Sind denn die Regierung, die Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und andere Experten nicht verpflichtet, die Folgen ihrer Entscheidungen vorauszusehen? Das Recht der Regierung, sich zu irren, ist äußerst begrenzt. Erst recht in der gegenwärtigen angespannten Situation. „Das ist mehr als ein Verbrechen, das ist ein Fehler“, sagte einst Talleyrand. Das war es, was Sobtschak meinte, als er davon sprach, es könne die Vertrauensfrage gestellt werden. Das ist eine Frage des Professionalismus, nicht der persönlichen Ehrlichkeit von Nikolai Ryshkow, an der zu zweifeln es keinerlei Veranlassung gibt. Persönliche Ehrlichkeit ist jedoch keine professionelle Kategorie. Sie ist nötig, jedoch keine ausreichende Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit der Regierung.

Das sind alles Bemerkungen über die Stimmungen und Sitten, die beim Kongreß herrschten. Über den Fall ANT hat Ryshkow eigentlich nicht gegen Sobtschak, sondern gegen Poloskow polemisiert, obwohl sein Zorn ausschließlich Sobtschak galt. Ich riskiere sogar die Annahme, daß Ryshkow in seiner Art, die politischen Aufgaben zu sehen, Sobtschak näher steht. Sein Stil jedoch, der politische Stil der Nomenklatura-Kameradschaft, verbindet ihn mit Poloskow. Darin liegt das Wesen der dramatischen Episode, die sich beim Kongreß abgespielt hat. Das ist der Grund für die auf den ersten Blick befremdlich erscheinende „Rollenverteilung“ in diesem Konflikt.

Poloskow war der „Anstifter“. Er griff Ryshkow und Sobtschak an. Ryshkow erzielte aber nur Sobtschak eine Abfuhr und lenkte damit den Zorn der meisten Abgeordneten auf diesen Mann. Poloskow blieb im Schatten, und man kann sagen, daß er aus dieser Parlamentsrunde als Sieger hervorgegangen ist. Ob er und seinesgleichen den politischen Kampf insgesamt gewinnen können, hängt von der Fähigkeit der Deputierten ab, Tatsachen von Demagogie, Politik von der Person und Recht von abstrakten Gerechtigkeitsvorstellungen unterscheiden zu können. Der Einsatz ist hoch. Gewinnen die Poloskows, ist die Demokratie verloren.

Zur Nachermittlung zurück

W er regelmäßig Gerichtsverhandlungen besucht oder Gerichtsprotokolle liest, kennt die Formulierung „den Fall zur Nachermittlung zurückweisen“. Eine gewohnte und eigentlich normale Angelegenheit. Während des Verfahrens sind neue Fragen aufgetreten, verschiedene Umstände sind nicht endgültig geklärt, irgend etwas ist übersehen worden. Dieses „irgend etwas“ im laufenden Verfahren zu klären ist unmöglich, und der Fall wird an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben.

Alles gut und schön, wenn da nicht dieser Mensch wäre, der hin und her geschoben wird.

1984 ist in einem Haus in Baku eine Gasleitung explodiert. 59 Menschen kamen ums Leben, 13 wurden verletzt. Der Staat erlitt Einbußen in Höhe von 300 000, die Bürger erlitten einen Schaden von 100 000 Rubel. Die Ermittlung führte zu dem Ergebnis, daß die Havarie auf das Versagen des Chefingenieurs von „Bakgas“ zurückzuführen sei. Das Gericht versäumte es aber, die Kausalverbindung zwischen dem Verhalten des Chefingenieurs und der Explosion zu untersuchen. Der Grund dafür, daß die Gasleitung defekt war, lag in einer mangelhaft ausgeführten Schweißnaht, und als die Rohre zu rosten anfingen, warf der Chefingenieur diese Frage auf, aber eine Reparatur ist nicht erfolgt. Kurzum, das Gericht sprach den Mann frei. Es gab Proteste des Staatsanwalts der Aserbaidschanischen SSR, die jedoch vom Präsidium, später dann auch vom Plenum des Obersten Gerichts der Republik abgelehnt wurden. Daraufhin legte der amtierende Generalstaatsanwalt der UdSSR im Obersten Gericht der UdSSR gegen den Freispruch Berufung ein. Die Motive: „Das Gericht hat auf Freispruch erkannt, weil es die Materialien dieses Falles nur unzureichend geprüft hat.“ Seine Schlußfolgerung: zur Nachermittlung zurückweisen.

„Wieso kann man denn fünf Jahre später überhaupt noch irgend etwas nachermitteln?“ Diese Frage stellte ein Mitglied des Obersten Gerichts. Eine fundierte Antwort hat er nicht erhalten.

Nach soviel Jahren irgend etwas Neues festzustellen wäre nicht möglich gewesen, und das Oberste Gericht wies den Protest der Staatsanwaltschaft der UdSSR zurück. Der Freispruch wurde endlich rechtswirksam. Natürlich darf und muß die Staatsanwaltschaft ihren eigenen Standpunkt zu einem Urteil haben, unter anderem auch zu einem bis in jüngste Zeit so einzigartigen Urteil wie Freispruch. Sind aber selbst beim gegenwärtigen Verfahrenstempo fünf Jahre nicht doch ein bisschen viel? Fünf Jahre zwischen Freiheit und Gefängnis. Kommt der Mensch, der Zustand, in dem er sich befindet, überhaupt in Betracht? Der gesunde Menschenverstand und das Gerechtigkeitsempfinden sagen uns, daß hier eine unzulässige Verschleppung stattfindet. Vom Standpunkt der bestehenden Normen für das Ermittlungs- und Gerichtsverfahren ist jedoch niemandem etwas vorzuwerfen. Alles ist „juristisch einwandfrei“.

Innerhalb eines halben Jahres wurden auf diese Weise „juristisch einwandfrei“ 34 000 Fälle zur Nachermittlung zurückgewiesen. Das bedeutet, daß Menschen mit ihrer Freiheit für die schlechte Qualität der Ermittlung bezahlen müssen. Das geht noch an, wenn das Gericht infolge der Nachermittlung das Strafmaß herabsetzt und den Betreffenden aus der Haft entläßt. Oft kommt das jedoch nicht vor, denn für die Ermittlung ist es bequemer, die Person in Untersuchungshaft zu halten.

Ich zitiere ein Dokument, das während des Plenums des Obersten Gerichts eine Rolle gespielt hat: „Obwohl seit dem Zeitpunkt der Untersuchung des vorliegenden Straffalles 10 Jahre vergangen sind, schickte das Präsidium des Obersten Gerichts der Usbeki-



Die Anklageschrift wurde irgendwie zusammengepfuscht, dem Gericht vorgelegt und abgelehnt. Ist der Angeklagte damit frei? Das nun wieder nicht. Der Fall wird zur Nachermittlung zurückgewiesen. Ein Mensch bleibt hinter Gittern

schen SSR am 15. 11. 1988 einen Fall zur Nachermittlung zurück und empfahl, mehrere Personen noch einmal zu den Tatumständen zu verhören, zu denen sie bereits vom Gericht verhört worden waren, Personen vorzuführen und zu verhören, die mit den Verurteilten in derselben Zelle beziehungsweise an denselben Orten zur Verbüßung einer Freiheitsstrafe und dergleichen verwahrt worden sind. Angesichts der langen Zeitspanne, die nach dem Vorfall vergangen ist, angesichts des Todes eines Verurteilten im neunten Jahr seiner Haft ist die vorliegende Entscheidung des Präsidiums formaler Natur. Es ist nicht möglich, vorhandene Widersprüche und Lücken zu beseitigen und weitere Beweise für die Schuld der Verurteilten vorzubringen.“

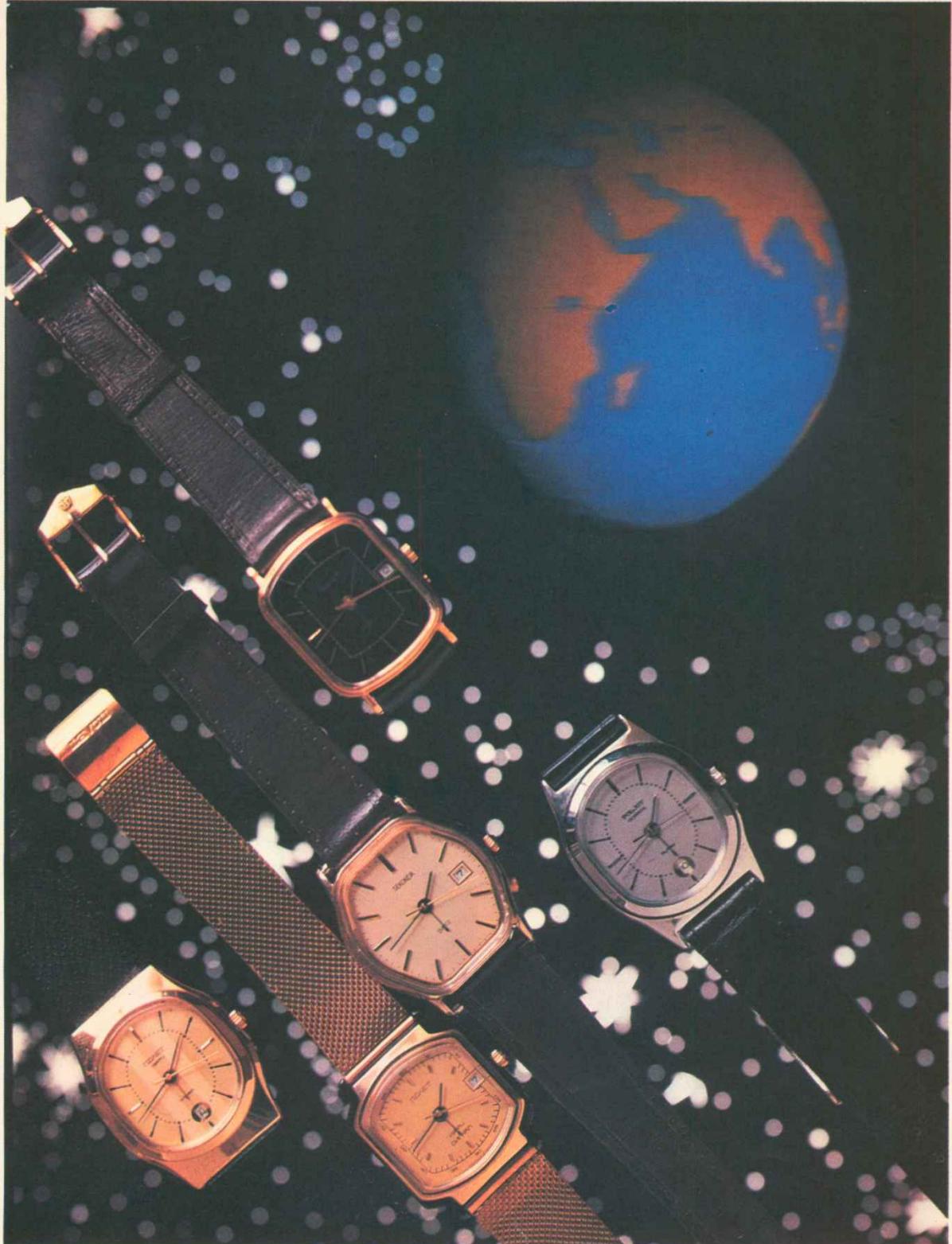
Sicherlich, die Personen, um die es hier geht, darunter auch der Verstorbene, haben schwere Verbrechen, einen Mord und verschiedene andere Straftaten, verübt. Heißt das aber, daß man mit ihnen umgehen darf wie mit irgendem Rohmaterial, das man von einem Lager ins andere verfrachtet? Wir haben uns schon so daran gewöhnt, Fälle zur Nachermittlung zurückzuweisen, daß wir meinen, es handele sich dabei um eine für ein Gerichtsverfahren normale Erscheinung. Dabei habe ich von Juristen gehört, daß es in vielen Ländern, unter anderem auch in den USA, mit denen wir uns in letzter Zeit immer so gerne vergleichen, die Nachermittlung als Rechtsinstitution nicht gibt. Alles wird direkt bei der Verhandlung geklärt, in aller Öffentlichkeit. Wenn die Anklage keine schlüssigen Beweise vorlegen

kann, dann hat sie eben schlecht gearbeitet. Dann wird die Anklage zurückgewiesen. Stimmt doch, warum soll der Angeklagte für die Nachlässigkeit der Ermittlung die Verantwortung tragen und dafür leiden? Genaugenommen ist die Nachermittlung eine Art Experiment an Menschen, nach der Trial-and-error-Methode. Irgendwie hat man die Materialien der Anklage zusammengepfuscht und dem Gericht vorgelegt. Damit ist man nicht durchgekommen. Halb so schlimm! Das Gericht weist den Fall zur Nachermittlung zurück, da bügeln wir noch ein paar Mängel aus, diesmal wird's schon klappen. Was, schon wieder zurückgewiesen! Was soll's, dann probieren wir's eben nochmal.

In diesem ganzen Verfahren gibt es noch einen Aspekt, der einem elementaren Menschenrecht und dem Recht schlechthin widerspricht. Das Gesetz beschränkt die Untersuchungshaft, die der Staatsanwalt verhängen kann, auf 9 Monate (inzwischen anderthalb Jahre). Wird der Fall aber ans Gericht weitergeleitet, wird diese Frist nicht angerechnet. Das Gerichtsverfahren kann sich ein Jahr hinziehen, dann wird der Fall zur Nachuntersuchung zurückgewiesen, kommt danach wieder vor Gericht, nochmal zur Nachuntersuchung und so weiter. Die ganze Zeit über kann ein Mensch manchmal über Jahre in Untersuchungshaft genommen werden.

Der Oberste Sowjet der UdSSR hat beschlossen, die Praxis einzustellen, daß Fristen für Untersuchungshaft immer wieder verlängert werden können. Trotzdem behindern viele Umstände noch die Verwirklichung dieses für jeden Menschen völlig eindeutigen Rechts, keinen Tag über die gesetzlich festgelegte Frist hinaus seiner Freiheit beraubt zu werden. Sicherlich gibt es Fälle, deren Untersuchung lange Zeit in Anspruch nimmt. Das sind dann aber schon die Probleme der Ermittlung. Diese darf der Bürger nicht mit seiner Freiheit bezahlen.

Juri Feofanow

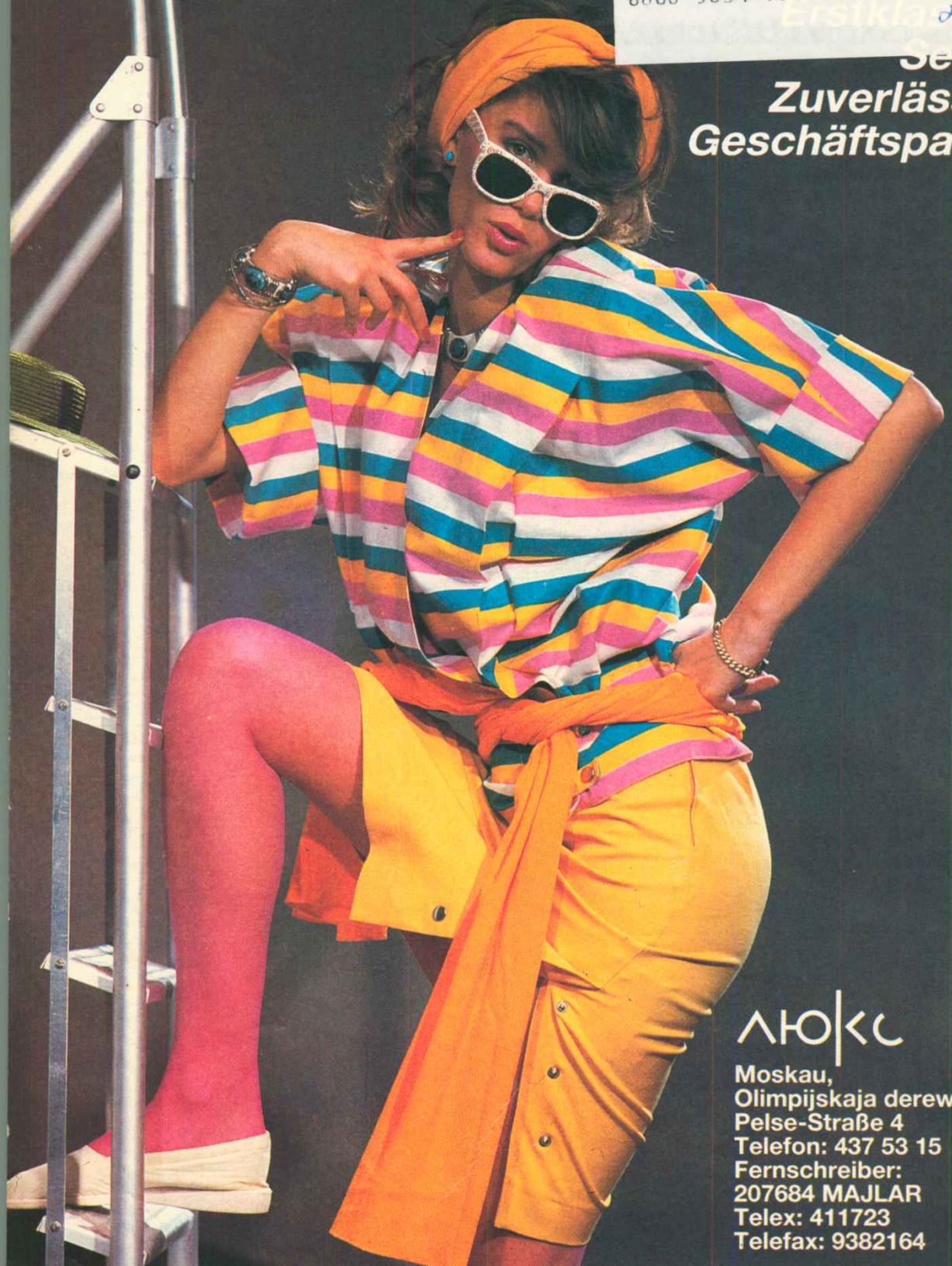


Das Erste Moskauer Uhrenwerk – Spitzenreiter der sowjetischen Uhrenindustrie

Unionshandelsfirma POLJOT
Marxistskaja ul. 34; 109 147 Moskau, UdSSR
Telefon: 274 00 13; Telefax: 274 00 22; Telex: 411 989 POLEX SU

14159 14 100 000 002
JANSETSCHKE, R
8800 5031 9864 SLBN 27/0424
222

SERVICE
Zuverlässige
Geschäftspartne



ЛЮКС

Moskau,
Olimpijskaja derewnya
Pelse-Straße 4
Telefon: 437 53 15
Fernschreiber:
207684 MAJLAR
Telex: 411723
Telefax: 9382164

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ